

Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Fachgebiet II 1.1
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt
 /umweltbundesamt

Autorinnen und Autoren:

Christa Böhme
Dr. Thomas Franke
Daniela Michalski
Dr. Bettina Reimann
Wolf-Christian Strauss

Redaktion:

Christiane Bunge
Umweltbundesamt
Fachgebiet II 1.1 Übergreifende Angelegenheiten Umwelt
und Gesundheit

Satz und Layout:

Infografik Oberländer

Druck:

oeding print GmbH, Braunschweig
gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier

Die Broschüre wurde im Refoplan-Projekt „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ (FKZ 3719612790) erarbeitet. Die Broschüre gibt Ergebnisse des Forschungsprojekts wieder, nicht zwangsläufig die Position des Auftraggebers.

Publikationen als pdf:

www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:

Titelseite: Wolf-Christian Strauss
Seite 4, 8/9, 16/17, 83: Wolf-Christian Strauss

Danksagung:

In diese Broschüre sind Praxiserfahrungen und Hinweise aus zahlreichen Kommunen eingeflossen. Wir bedanken uns bei allen Beispielmunicipen für ihre Mitarbeit und Unterstützung, ihre Informationen und das bereitgestellte Fotomaterial.

Stand: Juni 2022

ISSN 2363-8311
ISSN 2363-832X

Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene



Inhaltsverzeichnis

1

2

Vorworte	6
-----------------------	---

Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene	9
---	---

Beispiele für gute Praxis auf kommunaler Ebene	17
---	----

Achim: „Neue grüne Quartiersmitte“	19
--	----

Berlin: sozialräumlich orientierte Umweltbelastungsanalyse	23
--	----

Bremen: Naherholungspark Bremer Westen	27
--	----

Dresden: Hitzebelastungen – sozialräumliche Unterschiede bei der subjektiven Wahrnehmung	31
--	----

Gelsenkirchen: Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bei der Quartiersentwicklung	35
---	----

Güstrow: Neugestaltung eines Schulhofs und des Schulumfeldes	39
--	----

Halle (Saale): bürgerschaftliches Engagement für einen Nachbarschaftspark	43
---	----

Herne: Verknüpfung von Prävention und Gesundheitsförderung mit Klimaschutz und Klimaanpassung	47
---	----

Umsetzung von Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in Kassel, Marburg und München	51
---	----

Kassel: strategische und organisatorische Verankerung von Umweltgerechtigkeit	51
---	----

Leipzig: Masterplan Grün Leipzig 2030	55
---	----

Mannheim: SMARTilience – ämterübergreifende Entscheidungshilfe zur Klimaanpassung	59
---	----

Münster: gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Stadtentwicklung	63
---	----

Nürnberg: Hochwasserschutz und Naherholung	67
--	----

Potsdam: von der Plattenbausiedlung zur emissionsfreien Gartenstadt	71
---	----

Saarlouis: Schulen als gesundheitsförderliche Lern- und Lebensorte ...	75
--	----

Stadallendorf: Inseln in der Stadt und ein grünes Band	79
--	----



Foto: Umweltbundesamt, Jonas Stoll

Prof. Dr. Dirk Messner
Präsident des
Umweltbundesamtes

Liebe Leser*innen,

immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Auch in Deutschland nehmen die Urbanisierung und Verdichtung der Städte zu. Dies hat klare ökologische Vorteile. Nachverdichtungen können zu einem sparsameren Umgang mit Fläche, zur Vermeidung von Verkehr, zur Verringerung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und somit auch zum Klimaschutz beitragen. Jedoch sind mit der urbanen Entwicklung auch Herausforderungen für die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen verbunden.

Nicht erst im Zuge des zunehmenden Wachstums der Städte sehen wir, dass es oftmals die benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind, die von Umweltproblemen besonders betroffen sind. Häufig konzentrieren sich Hitze, Lärm und Luftschadstoffe gerade in sozial benachteiligten Stadtquartieren. Diese Quartiere sind meist gleichzeitig mit wenig Grünflächen und Parks ausgestattet. Zum Nachteil der Gesundheit und Lebensqualität der dortigen Bevölkerung, die oft zusätzlich mit sozialen Problemen zu kämpfen hat.

Hier setzt das Leitbild Umweltgerechtigkeit an. Es zielt darauf, eine gesunde Umwelt für alle, aber auch gemeinsam mit allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, sicherzustellen. Damit sollen für alle Bürger*innen bestmögliche Gesundheitschancen und Voraussetzungen für eine gute Lebensqualität geschaffen werden. Als integrierter Ansatz verbindet Umweltgerechtigkeit viele Themen und Politikfelder: vom Umwelt-, Naturschutz über den Klimaschutz, -anpassung bis zur Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Gesundheitsförderung und Gemeinwesenarbeit.

Das Umweltbundesamt setzt sich seit vielen Jahren für mehr Umweltgerechtigkeit ein – für gesündere und nachhaltigere Städte und Gemeinden für alle. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation, für eine zukunftsfähige und sozial gerechte Gesellschaft.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie schnell sich soziale Ungleichheiten verschärfen können. Auch deshalb müssen wir uns noch konsequenter am Leitbild Umweltgerechtigkeit orientieren, weil es Umwelt und Gesundheit verbindet und die Bedeutung der sozialen Dimension hervorhebt.

In vielen Kommunen in Deutschland ist Umweltgerechtigkeit bereits ein Thema. Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen mit guten Beispielen aus der kommunalen Praxis zeigen, wie sich vor Ort unterschiedliche Akteure gemeinsam erfolgreich um mehr Umweltgerechtigkeit bemühen. Die guten Beispiele werden hoffentlich viele Nachahmer*innen finden und damit den Mehrwert des integrierten Ansatzes Umweltgerechtigkeit verdeutlichen. Wir möchten weitere Kommunen inspirieren, in ähnlicher Weise vorzugehen, um gesunde Umwelt- und Lebensverhältnisse für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.



Foto: Vera Gutofski

Prof. Dr. Carsten Kühl
 Deutsches Institut für Urbanistik,
 Wissenschaftlicher Direktor und
 Geschäftsführer

Liebe Leser*innen,

gesund, sicher, erholsam, qualitativ – so wünschen wir uns unser Lebensumfeld. Doch nicht alle Menschen leben gleichermaßen in einem gesunden Wohnumfeld, auch haben sie nicht in gleichem Maße die Möglichkeit, sich für eine Verbesserung des eigenen Lebensumfeldes einzusetzen. Insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren sind Menschen oftmals Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffen und Hitze ausgesetzt, zusätzlich mangelt es häufig an einer qualitativvollen und ausreichenden Grünversorgung für die Naherholung. Die Bewohner*innen sozial benachteiligter Quartiere sind daher häufig mehrfach belastet.

Gesunde und qualitativvolle Umweltbedingungen für alle – kurz: Umweltgerechtigkeit – muss das erklärte Ziel für unsere Städte sein. Erreichen lässt sich dieses Ziel auf unterschiedlichen Wegen. Gesamtstädtische Strategien und Leitbilder schaffen Grundlagen, an denen sich Akteure orientieren und aus denen sich konkrete Maßnahmen ableiten lassen. Die Maßnahmen selbst fokussieren auf die Quartiersebene. Denn in den Lebenswelten vor Ort entscheidet sich, wie gesund die Wohnverhältnisse sind, wie attraktiv der öffentliche Raum für die Naherholung ist, wie gut die Bewohner*innen vor Umweltbelastungen geschützt sind und welche Möglichkeiten es gibt, sich selbst für ein gesundes Lebensumfeld zu engagieren.

Zahlreiche deutsche Kommunen setzen sich gemeinsam mit professionellen Akteuren und Bürger*innen bereits dafür ein, die Umweltqualität in den Städten zu verbessern. Als interdisziplinäre Forschungs- und Beratungseinrichtung unterstützt das Deutsche Institut für Urbanistik die Kommunen dabei, Defizite und Problemlagen zu erkennen und integrierte Lösungsansätze für mehr Lebensqualität für alle in den Städten zu entwickeln. Bei Verkehr und Mobilität, beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung, bei der Freiraumentwicklung – immer geht es darum, Umweltbelastungen zu reduzieren und die Lebensqualität in den Städten zu verbessern. Werden dabei sozial benachteiligte und mehrfach belastete Quartiere in den Fokus genommen, geht es auch immer um mehr Umweltgerechtigkeit in der Stadt.

Die vorliegende Sammlung an guten Beispielen veranschaulicht, wie engagiert und innovativ sich Kommunalverwaltungen und -politik, Stadtakteure und Bürger*innen für mehr Umweltgerechtigkeit in sozial benachteiligten Stadtquartieren einsetzen. Die ausgewählten Beispiele stehen stellvertretend für weitere gute Projekte im Bundesgebiet. Sie sollen allen interessierten Vor-Ort-Akteuren als Vorbild dienen, auch in ihren Städten und Gemeinden mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen.





Mehr Umwelt- gerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene

1

Mit dem integrierten Ansatz Umweltgerechtigkeit sollen gesundheitsrelevante Belastungen der Umwelt in sozial benachteiligten Quartieren vermieden bzw. reduziert werden. Auch geht es darum, den Zugang zu gesundheitsförderlichen Umweltressourcen wie Grün- und Freiflächen zu verbessern. Dabei spielen integratives und planerisch-strategisches Handeln ebenso wie zielgruppenspezifische Beteiligungsansätze eine zentrale Rolle.



Foto: Thomas Frank

Freiräume in mehrfach belasteten Quartieren qualifizieren

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerung lediglich zu etwa 40 Prozent von individuellem Verhalten, zu 60 Prozent dagegen von äußeren Umständen abhängt (vgl. u.a. Marmot/Allen 2014). Damit wird deutlich, wie wichtig ein qualitativvolles, gesundheitsförderliches Wohn- und Lebensumfeld für die Menschen in der Stadt ist. Kommunen stehen hierbei in einer großen Verantwortung. Unter anderem ist das Ziel, Umweltbelastungen weitestgehend zu reduzieren und Umweltqualitäten zu befördern.

Besonderer Handlungsbedarf besteht in mehrfach belasteten Stadtquartieren, in denen sich, verschiedene umweltbezogene und soziale Herausforderungen überlagern. Mit Blick auf das Thema Umwelt ist die Wohnumfeldsituation vielfach durch hohe bauliche Dichte und Versiegelung, starke Verkehrsbelastungen und ein mangelhaftes Angebot an Grün- und Freiflächen geprägt: entweder fehlen sie generell oder aber ihre Aufenthalts- und Nutzungsqualität ist beispielsweise aufgrund unzureichender Pflege und Ausstattung gering. In solchen Quartieren mangelt es also an attraktiven Räumen für Bewegung und Sport, Begegnung und Freizeit im Freien (vgl. u.a. BMUB 2014: 6 ff.).

Auch aufgrund dieser Situation finden sich in mehrfach umweltbelasteten Stadtteilen die vergleichsweise günstigsten Mietwohnungen, weshalb hier vor allem Menschen wohnen, die über ein niedriges Einkommen verfügen. Dazu gehören vor allem Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind,

staatliche Transferleistungen beziehen oder aufgrund besonderer Belastungen – zum Beispiel Alleinerziehende oder kinderreiche Familien – über ein niedriges Einkommen pro Kopf verfügen (ebd.). Somit kann davon ausgegangen werden, dass dort viele Menschen wohnen und leben, die oftmals nicht freiwillig die räumliche und soziale Lebenswelt ihrer Wohnadresse gewählt haben.

Das Zusammenspiel von umweltbezogenen und sozialen Faktoren kann gravierende gesundheitliche Belastungen mit sich bringen: Umgebungslärmbelastungen durch Verkehr und dichtes Zusammenleben, Schadstoffbelastungen in der Luft, Hitzebelastungen aufgrund baulicher Dichte und hoher Versiegelung bei fehlenden Grünflächen, Stress durch soziale Dichte ohne gute Ausweichmöglichkeiten ins Freie, Stress durch die Stigmatisierung der eigenen Wohnadresse als problematischer Ort, Vereinsamung in einer Situation ohne attraktive Begegnungsräume und funktionierende Nachbarschaften (vgl. u.a. Adli 2017). Zu den gesundheitlichen Risiken, die damit verbunden sind, gehören Atemwegs-, Herz- und Kreislauf- oder auch psychosomatische Erkrankungen.

An dieser Stelle setzt der integrierte Ansatz Umweltgerechtigkeit an. Er zielt darauf ab, gesundheitsrelevante Belastungen der Umwelt in sozial benachteiligten Quartieren zu vermeiden bzw. zu reduzieren und den Zugang der Quartiersbevölkerung zu gesundheitsförderlichen Umweltressourcen – beispielsweise Grün- und Freiflächen – zu ermöglichen (vgl. u.a.

Böhme/Franke/Preuß 2019; Difu 2022; SRU 2020; UBA 2019).

Mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen, ist ein Querschnittsthema und kein sektorales Einzelthema, das von einem kommunalen Fachbereich alleine verantwortet und wie eine singuläre Umweltschutzmaßnahme umgesetzt werden kann. Vielmehr geht es vor allem darum,

- ▶ zunächst mehrfach belastete Stadtteile im gesamtstädtischen Zusammenhang zu identifizieren,
- ▶ in und mit den betreffenden Quartieren Ist-Stand und Bedarfe für geeignete bzw. notwendige Maßnahmen zu ermitteln,
- ▶ also partizipativ vorzugehen,
- ▶ Know-how und Ressourcen aller relevanten Fachbereiche der Verwaltung zusammenzubringen,
- ▶ Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung, die einen Beitrag leisten können, einzubeziehen.

Wie können die Kommunen dabei vorgehen? Anregungen und Hilfestellungen geben die Beispiele guter kommunaler Praxis, die in dieser Broschüre dokumentiert sind. Sie alle leisten einen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit – einige von ihnen explizit unter dieser Bezeichnung, andere benutzen den Begriff Umweltgerechtigkeit nicht, bewegen sich jedoch in diesem Feld.

Um einen Überblick potenziell guter Beispiele zu erhalten, wurde im Herbst 2019 eine Online-Befragung der für Umweltgerechtigkeit relevanten Ministerien in allen 16 Bundesländern durchgeführt. Die Auswahl der Beispiele für diese Broschüre aus dem so generierten Fundus basiert auf einer Reihe von formalen und inhaltlichen Kriterien. Formale Kriterien waren:

- ▶ regionale Verteilung nach verschiedenen Bundesländern,
- ▶ unterschiedliche Gemeindegrößen und Kommunitypen (Groß-, Mittel- und Kleinstädte, kreisfreie/kreisangehörige Städte sowie Landkreise),
- ▶ verschiedene räumliche Ebenen und Lagen (Gesamtstadt oder Quartiere; innerstädtische oder Stadtrandlage),
- ▶ verschiedene Projektdimensionen (gesamtstädtisch und/oder stadtteil-/quartiersbezogen ausgerichtet).

Unter inhaltlichen Auswahlkriterien wurde mit Blick auf die thematischen Handlungsfelder des Ansatzes Umweltgerechtigkeit im Vorfeld analysiert, ob die Beispiele ein Thema oder mehrere der folgenden Themen aufgreifen:

- ▶ Lärmschutz,
- ▶ Luftreinhaltung,
- ▶ Verkehr und Mobilität,
- ▶ Freiraumentwicklung,
- ▶ Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel,
- ▶ Gesundheitsförderung,
- ▶ Umweltbildung.

Unter Umsetzungsaspekten wurden Beispiele ausgewählt, in denen

- ▶ Monitoring und die Identifizierung mehrfach belasteter Stadtteile/Quartiere,
- ▶ Planungen, Konzepte oder strategische Ansätze mit erkennbarem Bezug zu (Teilaspekten von) Umweltgerechtigkeit,
- ▶ vernetzungsorientierte, auf Kooperation angelegte Organisationsformen und/oder
- ▶ Maßnahmen und Projekte als unmittelbare Beiträge für mehr Umweltgerechtigkeit

eine erkennbare Rolle spielen. Und schließlich: Als „Gute Praxis“ sollen Beispiele dann gelten, wenn sie von einem Sozialraum- und Soziallagenbezug ausgehen, also auf „Verteilungs-“ und „Zugangsgerechtigkeit“ abzielen, und darüber hinaus möglichst die folgenden Kriterien erfüllen:

- ▶ klare Zielorientierung auf Vermeidung oder Abbau von Umweltbelastungen bzw. den Ausbau von Umweltressourcen in mehrfach belasteten Teilräumen,
- ▶ ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung,
- ▶ Beteiligung von Zielgruppen als Beitrag zu „Verfahrensgerechtigkeit“,
- ▶ Nachhaltigkeit,
- ▶ innovativer Gehalt,
- ▶ Evaluation und Qualitätsmanagement.

Gute Beispiele

Im Ergebnis zeigen die 16 ausgewählten Beispiele acht Aspekte oder Themenfelder auf, die in den kommunalen Bemühungen um mehr Umweltgerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen. Kein Beispiel kann lediglich

einem einzigen Themenfeld zugeordnet werden, allerdings steht jedes dennoch in besonderem Maße für jeweils einen inhaltlichen Aspekt. Wenn die Beispiele also in der nachfolgenden Kurzdarstellung doch einzelnen Themen zugeordnet werden, muss dies im Sinne von „beispielhaft“, nicht jedoch als Ausschließlichkeit gelesen werden. Jedes dieser Themen samt zugeordneter Praxisbeispiele ist mit einem eigenen Piktogramm gekennzeichnet. Diese finden sich auch im zweiten Teil dieser Broschüre in der alphabetischen Darstellung der Praxisbeispiele wieder – zur Wiedererkennung des jeweiligen „Hauptthemas“.



Mehrfach belastete städtische Teilräume identifizieren

Um mehrfach belastete städtische Teilräume identifizieren zu können, bedarf es geeigneter Analyse- und Beobachtungsinstrumente. (Nicht nur) im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit kommt daher städtischen Monitoring-Systemen eine besondere Bedeutung zu. In der Regel liegt den Kommunen bereits eine Fülle an aufschlussreichen Daten vor, darunter Informationen zu Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur, Umweltqualität und gesundheitlicher Lage. Durch Verknüpfung solcher Daten – vor allem mit Hilfe georeferentieller Systeme – lassen sich mehrfach belastete Teilräume im Stadtgebiet identifizieren und Hinweise auf Handlungsbedarfe in diesen Räumen ableiten.

Das > **Praxisbeispiel Berlin** veranschaulicht, wie sich auf Grundlage verschiedener Daten Strategien zur Identifizierung mehrfach belasteter Räume im gesamtstädtischen Kontext entwickeln lassen: Berlin verknüpft unterschiedliche Indikatoren zu Umweltbelastungen mit Informationen zu Stadtentwicklung, Städtebau und sozialer Lage in Quartieren.

Das > **Praxisbeispiel Gelsenkirchen** zeigt, wie sich mithilfe von Daten und Indikatoren verschiedene Bedarfe bestimmter Bevölkerungsgruppen kleinräumlich erkennen lassen: Die Stadt hat einen Partizipationsindex entwickelt, der die Teilhabechancen von Kindern abbildet und Handlungsbedarfe für einzelne Sozialräume aufzeigt.

Im > **Praxisbeispiel Mannheim** wird deutlich, dass die Stadt regionale umweltbezogene Daten mit Blick auf Klimaveränderungen auswertet und auf dieser

Basis Strategien entwickelt, um den negativen Folgen des Klimawandels entgegenzusteuern: Mannheim führt bestehende Datenbankinformationen mit Geodaten zusammen, entwickelt diese zu raumbezogenen Geofachdaten weiter, visualisiert sie mittels eines geografischen Informationssystems (GIS) und stellt sie verschiedenen Fachbereichen der Stadtverwaltung als Arbeitsgrundlage zur Verfügung.



Integrativ denken und ressortübergreifend handeln

Die in den vorgestellten Beispielen dokumentierten Maßnahmen sind vielfältig: Das Spektrum reicht von Maßnahmen für ein gesundes Stadtklima und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse über die Gestaltung des öffentlichen Raums, die Verbesserung der Ausstattung mit Grünflächen über solche im Themenfeld Verkehr und Mobilität bis hin zu Maßnahmen im Bereich der Umweltbildung und Gesundheitsförderung. Auch werden meist mehrere Themenfelder, die zu einer Verbesserung der lokalen Umweltqualität beitragen können, gleichzeitig adressiert – Umweltgerechtigkeit ist ein integrierter Ansatz.

Die inhaltlich-thematische Bandbreite der Anknüpfungspunkte für mehr Umweltgerechtigkeit korrespondiert mit unterschiedlichen fachlichen Zuständigkeiten auf der kommunalen Verwaltungsebene: Vor allem die Bereiche Umwelt, Soziales, Gesundheit, Stadtentwicklung, Verkehr gehören dazu. Für ihre Zusammenarbeit sind ressortübergreifende Kooperationsstrukturen notwendig.

Am > **Praxisbeispiel Herne** wird ersichtlich, wie Schnittstellen verschiedener Themen mit Blick auf Umweltgerechtigkeit qualifiziert werden können: Im Kommunalen Klimaschutzkonzept der Stadt werden die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung, Gesundheitsförderung und Prävention miteinander verknüpft sowie um den Aspekt Umweltgerechtigkeit ergänzt.

Das > **Praxisbeispiel Kassel** verdeutlicht die Notwendigkeit ressortübergreifender Zusammenarbeit auf der kommunalen Verwaltungsebene: Wegbereitend für die strategische und organisationale Verankerung von Umweltgerechtigkeit ist hier die eigens dafür eingerichtete ressortübergreifende „Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit“.



Planerisch-strategisch vorgehen

Mehr Umweltgerechtigkeit kann sicherlich in kleinem Maßstab

„aus der Gelegenheit vor Ort“ geschaffen werden, indem beispielsweise eine Grünfläche im Quartier qualifiziert wird. Gleichwohl zeigt sich insbesondere in Großstädten, wie mit einem stärker planerisch-strategischen Ansatz Umweltgerechtigkeit systematischer und vor allem mit Blick auf unterschiedliche Teilräume aus gesamtstädtischer Perspektive in Angriff genommen werden kann. Dazu stehen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung, beispielsweise Grün- und Freiraumplanung oder Stadt- und Quartiersentwicklungskonzepte.

Das > **Praxisbeispiel Leipzig** demonstriert sowohl auf Ebene der Gesamtstadt als auch quartiersbezogen, wie die grün-blaue Infrastruktur auch mit Blick auf Umweltgerechtigkeit strategisch gesichert werden kann. Seit dem Jahr 2019 erarbeitet Leipzig mit breiter Bürgerbeteiligung einen „Masterplan Grün Leipzig 2030“, mit dem Festlegungen der bereits bestehenden Freiraumstrategie „Lebendig grüne Stadt am Wasser“ möglichst flächenscharf auf Quartiersebene konkretisiert werden sollen. Im Ergebnis soll der Masterplan eine Entscheidungs- und Abwägungsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung bieten.



Mit Partner*innen außerhalb von Politik und Verwaltung zusammenarbeiten

Kommunalpolitik und -verwaltungen

sind zentrale Akteure für mehr Umweltgerechtigkeit. Um vor Ort zu bedarfsgerechten, die Lebensqualität nachhaltig verbessernden Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit zu kommen, sind auch die Ressourcen und das Know-how von Akteuren außerhalb von Politik und Verwaltung gefragt. Von der wissenschaftlichen Prozessbegleitung bis zur Kooperation mit lokalen Initiativen in unterschiedlichen Themenbereichen und mit verschiedenen Anliegen ist das Spektrum für eine Zusammenarbeit groß.

Das > **Praxisbeispiel Dresden** steht für die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Universität: Auf Basis einer repräsentativen Bewohner*innenumfrage des Umweltamtes wurden in mehreren Untersuchungsgebieten mit unterschiedlichen sozialen Lagen hitzebedingte Gesundheitseffekte auf die lokale



Foto: Wolf-Christian Strauss

Bürgerschaftliches Engagement unterstützen

Bevölkerung untersucht und daraus Handlungsoptionen abgeleitet. Die Untersuchung erfolgte durch ein interdisziplinäres Forschungsteam unter Beteiligung der Technischen Universität Dresden.

Das > **Praxisbeispiel Münster** steht ebenfalls für die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität. Die Stadt Münster erarbeitet gemeinsam mit der Universität ein kommunales Handlungsprogramm mit dem Ziel, gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bewohner*innen in der Stadt zu schaffen. Dafür sollen gesundheitsrelevante Initiativen stadtweit vernetzt und Akteursgruppen auf Stadtteilebene gestärkt werden. Die Themen Gesundheit und Umwelt gehen hier Hand in Hand.



Quartiersbewohner*innen beteiligen und bürgerschaftliches Engagement unterstützen

Das Spektrum der Akteure, die sich für bessere Lebensbedingungen in der Stadt und vor allem in sozial benachteiligten Quartieren einsetzen können, geht weit über Kommunalpolitiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen hinaus.

In den mehrfach belasteten Quartieren sind es die Bewohner*innen, die ihr eigenes Lebensumfeld aus der Bedarfsperspektive einschätzen können. Daher ist ihre Beteiligung an der Konzeption geeigneter Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit vor Ort elementar, oftmals jedoch auch voraussetzungsvoll. Für eher bildungsferne Bevölkerungsgruppen und Menschen, für die die deutsche Sprache eine Barriere darstellt, müssen zielgruppenadäquate, niedrigschwellige Beteiligungsformate und -ansätze entwickelt und umgesetzt werden.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Kinder und Jugendliche im Fokus

Dort, wo sich ein Interesse an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes aus der Bewohnerschaft entwickelt, bedarf es der Unterstützung von bürger-schaftlichem Engagement durch die Kommune.

Im > **Praxisbeispiel Halle** wird deutlich, auf welche Weise Quartiersbewohner*innen Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensumfelds nehmen können. Die Bewohnerschaft setzte sich in ihrem Stadtteil erfolgreich dafür ein, brachliegende Gewerbeflächen im Quartier zu einem öffentlichen Nachbarschaftspark zu entwickeln. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung wurde ein „Bürgerschaftliches Quartierskonzept“ erarbeitet und realisiert.

Das > **Praxisbeispiel Stadtallendorf** zeigt, wie es gelingen kann, auch Bevölkerungsgruppen zu betei-ligen, die als schwer erreichbar gelten. Im Zuge der geplanten Neugestaltung eines Parks konnten unter anderem ältere Migrant*innen und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund durch ein niedrig-schwelliges Planungsfest in der Parkanlage angespro-chen und einbezogen werden.



Kinder und Jugendliche beson- ders in den Fokus nehmen

Eine Bevölkerungsgruppe, die besonders im Fokus von mehr Um-weltgerechtigkeit steht, sind Kinder und Jugendliche. Da sich ihr Bewegungsradius meist auf das eigene Wohnumfeld beschränkt, sind sie dort besonders auf qualitätsvolle Frei- und Grünflächen für Bewegung, Spiel und Sport angewiesen. Sie benötigen eine zielgruppengerechte Ansprache und geeignete Betei-ligungsmöglichkeiten, um ihre Bedarfe und Vorstel-

lungen in Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit einfließen lassen zu können. Daher setzen viele gute Praxisbeispiele in der Schule an, einem Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche einen Großteil des Tages aufhalten. Die Neugestaltung von Schulhöfen ist eine Stellschraube für mehr Umweltgerechtigkeit.

Das > **Praxisbeispiel Güstrow** steht stellvertretend für viele weitere gute Beispiele zum Thema Schulhof-gestaltung: Die hier vorgestellte Maßnahme war Teil einer umfassenden Handlungsstrategie zur Wohn-umfeldverbesserung im Quartier. Die Neugestaltung eines Schulhofes und des zugehörigen Schulumfeldes erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Schule und mit Beteiligung der Schüler*innen.

Im > **Praxisbeispiel Saarlouis** erfolgt die Neugestal-tung des Schulhofes einer Förderschule im Rahmen eines Förderprogramms: Der Landkreis Saarlouis unterstützt die Weiterentwicklung von Schulen zu gesundheitsförderlichen Lern- und Lebensorten. Grundlage hierfür ist das 2010 vom Landkreistag be-schlossene Programm „Gemeinsam Schule gestalten – Landkreis Saarlouis macht Schule“. Die im Praxis-beispiel vorgestellte Neugestaltung eines Schulhofs mit Sport- und Freizeitflächen zeichnet sich insbeson-dere im Hinblick auf Umweltbildung und Schüler*in-nenbeteiligung aus.



Umweltbelastungen abbauen

Umweltgerechtigkeit zielt darauf, Um-weltbelastungen gezielt abzubauen und die Wohnumfeldqualität zu ver-bessern – damit steht dieses inhaltliche Handlungs-feld im Zentrum des Ansatzes Umweltgerechtigkeit. Häufig ist eine der bedeutendsten Umweltbelas-tungen im Quartier der motorisierte Individualverkehr mit seinen negativen Folgewirken: Flächenverbrauch und Flächenversiegelung sowie Zunahme von Lärm und Luftschadstoffen. Wohnungen von sozial benach-teiligten Menschen liegen häufig an Hauptverkehrs-straßen, Bahntrassen und Stadtautobahnen. Hier an-zusetzen und für eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu sorgen, ist daher eine wichtige Maßnahme zur Herstellung gesunder Wohnverhält-nisse und zur Steigerung der Umweltqualität.

Das > **Praxisbeispiel Potsdam** zeigt, wieviel mehr Lebensqualität in einem Stadtteil entstehen kann, wenn Verkehrsflächen zurückgebaut und in attraktive Freiflächen für Aufenthalt, Spiel und Sport umgewan-

delt werden. Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt eine Großwohnsiedlung zu einer Gartenstadt – bis 2025 soll sie emissionsfrei sein. Eine der zentralen Maßnahmen ist der Rückbau einer mehrspurigen Hauptverkehrsstraße zu einer Erschließungsstraße für Anwohner*innen. Auf den ehemaligen Verkehrsflächen befindet sich heute ein Stadtteilpark.



Freiräume qualifizieren und Grünanteile in mehrfach belasteten Quartieren erhöhen

Die Qualifizierung von Grün- und Freiflächen ist ein weiteres zentrales Handlungsfeld für mehr Umweltgerechtigkeit. In Politik und Verwaltung geht es darum, Strategien und Konzepte zu entwickeln und zu beschließen, mit denen generell eine gute Balance zwischen Bebauung und Freiraum gewährleistet wird. Auf der Umsetzungsebene Quartier müssen Maßnahmen der Grün- und Freiflächenentwicklung Bedarfe vor Ort aufgreifen und dazu beitragen, die Lebensverhältnisse der lokalen Bewohnerschaft gezielt zu verbessern.

Am > **Praxisbeispiel Achim** wird die Bedeutung zentral gelegener Freiräume für das Miteinander im Stadtteil deutlich. Im benachteiligten Quartier Magdeburger Viertel wurden durch den Rückbau nicht mehr wirtschaftlich verwertbarer, leerstehender Gebäude große Freiräume gewonnen, auf denen eine neue grüne Quartiersmitte als zentraler Anker für das Quartiersleben geschaffen werden konnte.

Das > **Praxisbeispiel Bremer Westen** zeigt stadtteilübergreifend, welche Potenziale die offene Landschaft für angrenzende mehrfach benachteiligte Stadtteile bereithält. Die Freie Hansestadt Bremen entwickelt im Bremer Westen ein 480 Hektar großes Gebiet mit Kleingartenanlagen zu einem öffentlichen Naherholungspark.

Mit dem > **Praxisbeispiel Nürnberg** wird ein Vorhaben mit stadtteilübergreifender Wirkung vorgestellt. Die Stadt hat das Entstehen einer Badebucht infolge von Hochwasserschutzmaßnahmen an einem See zum Anlass genommen, das Ufer zu einem attraktiven Naherholungsbereich zu entwickeln. Von den Maßnahmen profitieren nicht nur ein unmittelbar angrenzender Stadtteil, sondern auch zwei nahegelegene, mehrfach belastete Quartiere.

Quellenverzeichnis

Adli, Mazda (2017): Stress and the City. Warum Städte uns krank machen. Und warum sie trotzdem gut für uns sind. München.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.)(2014): Bundestransferstelle Soziale Stadt. Statusbericht Soziale Stadt 2014. Berlin.

Böhme, Christa, Thomas Franke und Thomas Preuß (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau (UBA-Reihe „Umwelt & Gesundheit“ 02/2019).

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2021): Toolbox Umweltgerechtigkeit. <https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/> (Zugriff am 4.2.2022).

Marmot, Michael and Jessica J. Allen (2014): Social Determinants of Health Equity. Online unter <https://ajph.aphapublications.org/doi/full/10.2105/AJPH.2014.302200> (Zugriff am 02.09.2021).

SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2020): Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Umweltgutachten 2020. Berlin. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Entschlossene_Umweltpolitik.html (Zugriff am 27.10.2021).

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.)(2019): Innenentwicklung in städtischen Quartieren: Die Bedeutung von Umweltqualität, Gesundheit und Sozialverträglichkeit. Dessau-Roßlau (hintergrund // dezember 2019).



Quartiersbewohner*innen beteiligen

Foto: Wolf-Christian Strauss



The background of the entire page is a photograph of a sunlit park. In the foreground, there is a grassy area with a wooden picnic table and a trash can. A large, leafy tree stands in the center. The background is filled with more trees and foliage, creating a dense green canopy. The lighting suggests a bright, sunny day.

Beispiele für gute Praxis auf kommunaler Ebene

2

Kommunale Praxisbeispiele zeigen, dass Umweltgerechtigkeit bereits vielerorts in Deutschland ein Thema ist und überall geschaffen werden kann. Dafür gibt es verschiedene Anlässe und Handlungsmöglichkeiten zwischen großen Themen wie Klimaschutz und kleineren Gelegenheiten wie beispielsweise der Qualifizierung von Grün- und Freiflächen im Quartier. In jedem Falle gilt: Umweltgerechtigkeit ist ein Querschnittsthema an der Schnittstelle Umwelt – Gesundheit – Soziales.

Die hier dargestellten Beispiele guter Praxis auf kommunaler Ebene veranschaulichen, dass Umweltgerechtigkeit bereits in vielen Kommunen in Deutschland unmittelbar oder mittelbar ein Thema ist. Dafür gibt es viele Anlässe und Handlungsmöglichkeiten. Einerseits kommen hier die großen Themen Lärmschutz und Luftreinhaltung, Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels und Überwindung sozialer Polarisierung zum Tragen. Es gibt aber auch kleine Anlässe, bessere und gesündere Lebensbedingungen vor Ort zu schaffen. Dazu gehören die Umnutzung nicht mehr benötigter Gebäude, Flächen und Straßenräume ebenso wie die Anlage und Qualifizierung von Grünflächen, mit einem besonderen,

ausgleichenden Blick auf mehrfach belastete Stadtteile und deren benachteiligte Bewohner*innengruppen.

Umweltgerechtigkeit ist gleichermaßen ein Querschnittsthema für die Verwaltung, Herausforderung für verschiedene Akteursgruppen und Ziel von Transformationsprozessen in städtischen Lebenswelten. In diesem Sinne stehen alle in dieser Broschüre vorgestellten Praxisbeispiele für einzelne, jedoch entscheidende Schritte, um die Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt gezielt zu verbessern. Sie sollen zum Nachmachen anregen. Mehr Umweltgerechtigkeit lohnt sich – und kann in jeder Kommune geschaffen werden!



Foto: Wolf-Christian Strauss

Umnutzung ehemaliger Gewerbeflächen und Qualifizierung von Grünflächen (Bremen Überseepark)



Achim: „Neue grüne Quartiersmitte“

Kurzbeschreibung: Das benachteiligte Quartier Magdeburger Viertel wurde im Jahr 2000 als Sanierungsgebiet in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Im Zuge der Sanierung wurden bis 2017 Wohngebäude modernisiert, die soziale Infrastruktur gestärkt, das Wohnumfeld attraktiver gestaltet und durch den Rückbau nicht mehr wirtschaftlich verwertbarer, leerstehender Gebäude große Freiräume gewonnen, in denen mit der „neuen grünen Quartiersmitte“ ein zentraler Anker für das Quartiersleben geschaffen werden konnte.



Beteiligung: Bereits seit den 1980er-Jahren kümmert sich das lokale Bürgerzentrum um die Gemeinwesenarbeit und Beteiligungsprozesse im Quartier. Der Sanierungsprozess wurde von zahlreichen Stadtteilkonferenzen sowie ergänzenden Beteiligungsverfahren beispielweise zur Wohnumfeldgestaltung, der Gestaltung der „neuen Mitte“ oder den Wünschen einzelner Gruppen (Kinder/Jugendliche, Schüler*innen/Lehrer*innen, Eltern) begleitet. Während der Programmumsetzung konnten sich Bürger*innen in einem Stadtteilbüro informieren, beraten lassen und einbringen.

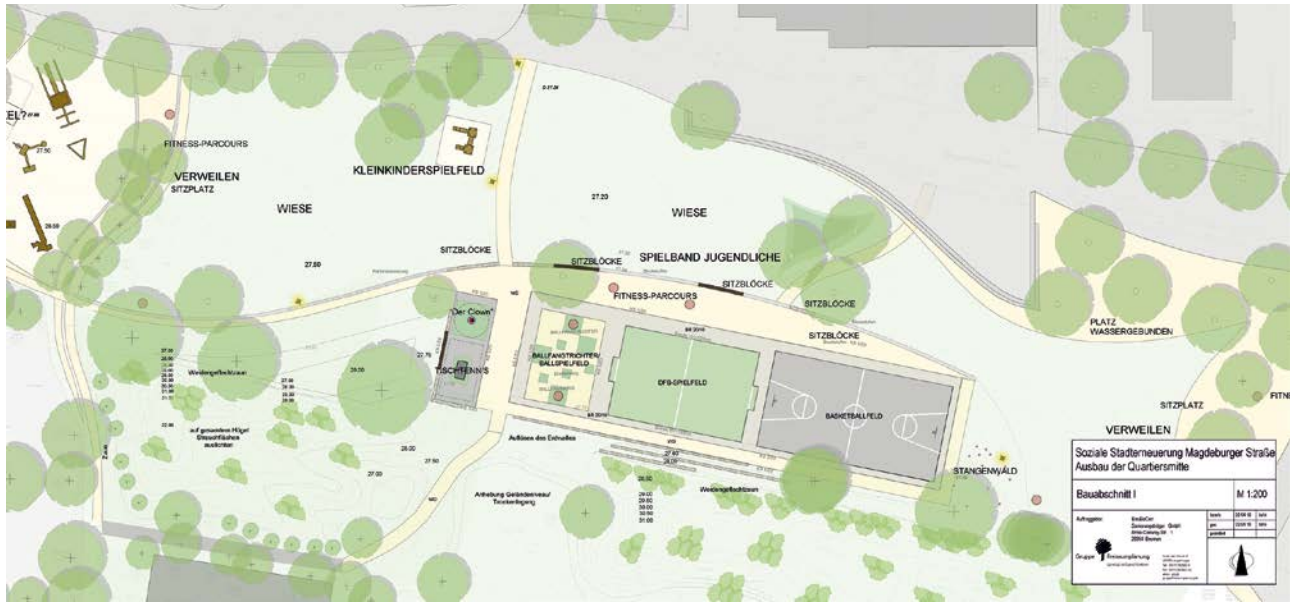
Koordination und Förderung: Für die fachliche Koordination des Sanierungsvorhabens war der Fachbereich Bauen + Stadtentwicklung der Stadt Achim zuständig, unterstützt durch einen externen Sanierungsträger (BauBeCon). Das Bürgerzentrum war für die Planung, Koordinierung und Durchführung der ergänzenden sozialen Projekte sowie die Fördermitteleinwerbung im Rahmen des Sanierungsvorhabens zuständig. In den Jahren 2000 bis 2017 wurden im Quartier Städtebauförderungsmittel des Programms Soziale Stadt eingesetzt.

Entwicklung vom „Mustervorhaben“ zu einem sozial benachteiligten Stadtteil

Das Quartier Magdeburger Viertel ist eine Wohnsiedlung mit heute rund 1.300 Einwohner*innen am nördlichen Siedlungsrand der niedersächsischen Stadt Achim (32.000 Einwohner*innen; Stadt Achim 2015; achim.de). Die Bebauung des Stadtteils datiert auf die 1970er-Jahren, in denen hier rund 1.100 geförderte Wohnungen (für ehemals über 2.200 Einwohner*innen) samt sozialer Infrastruktur wie Kindergarten, Grundschule, Senioreneinrichtung und Bürgerzentrum errichtet wurden. Mit seinen vier- bis achtgeschossigen, teilweise architektonisch sehr dominanten Wohngebäuden und seiner großen Bebauungsdichte unterscheidet sich das Magdeburger Viertel von der sonstigen Siedlungsstruktur Achims (Stadt Achim 2017).

Mit der Abwicklung der Neuen Heimat, der Eigentümerin der Siedlung, wurden seit den 1980er-Jahren die Wohnungsbestände privatisiert. In der Folge nahm unter anderem der Instandhaltungs- und

Modernisierungsstau an den Gebäuden zu. Parallel verstärkten sich auch sozial-integrative Herausforderungen durch selektive Fort- und Zuzüge. Gegen Ende der 1990er-Jahre lebten im Magdeburger Viertel viele Bewohner*innen mit Migrationshintergrund. Die Arbeitslosenquote war hoch, der Anteil von Transferleistungsempfänger*innen überdurchschnittlich. Die Abwanderung aus dem Quartier nahm weiter zu, was unter anderem zu Wohnungsleerstand führte. Das nachbarschaftliche Umfeld war zunehmend von Konflikten, Drogenmissbrauch, Vandalismus und Kriminalität geprägt. Ebenso zum Teil hochproblematisch waren Gestaltung und Nutzungsmöglichkeiten des Wohnumfeldes. Nicht nur die Vermüllung des öffentlichen Raums, sondern auch ein generelles Defizit an Grün- und Freiflächen trugen zu den gesundheitsbelastenden Lebensbedingungen auf Grund der sozialen und baulichen Situation im Quartier bei (Stadt Achim 2017).



Plan: Stadt Achim/Gruppe Freiraumplanung

Unterschiedliche Elemente, Spielflächen und Nutzungszonen bilden die „neue grüne Quartiersmitte“

Programm Soziale Stadt als Chance

Ende der 1990er-Jahre entschloss sich die Stadt Achim zur Durchführung einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme. Im Jahr 1999 wurden im Magdeburger Viertel Vorbereitende Untersuchungen zur Ausweisung eines Sanierungsgebiets vom Oldenburger Planungsbüro NWP durchgeführt und ein Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt gestellt. Verbunden war dies mit der Hoffnung auf die Initiierung eines positiven Quartiersentwicklungsprozesses. Im Herbst des Jahres 2000 folgte die Aufnahme des Magdeburger Viertels in die Förderung durch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (bis 2017). Die Fachhochschule Nordost-niedersachsen erarbeitete zum Programmstart eine Sozialstudie, deren Empfehlungen für ein stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept in die im Jahr 2001/2002 entwickelte städtebauliche Rahmenplanung sowie das integrierte Handlungskonzept einfließen. Bereits in dieser Sozialstudie wurde explizit ein Defizit an beispielbaren Freiräumen für Kinder und Jugendliche im Quartier konstatiert. In Reaktion darauf wurde im Jahr 2003 die Rahmenplanung insbesondere mit Blick auf das neue Vorhaben einer „neuen grünen Quartiersmitte“ fortgeschrieben (Stadt Achim 2017).

Übergeordnetes Ziel der Quartiersentwicklung war es, insbesondere Impulse zu setzen und durch geeignete Maßnahmen die Veränderung hin zu einem zukunftsfähigen, lebenswerten und attraktiven Wohnquartier zu initiieren. Die Stadt Achim setzte hierzu

neben baulich-investiven Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden und Infrastruktur insbesondere auch Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für alle Bevölkerungsgruppen um, was besondere Relevanz für mehr Umweltgerechtigkeit in Achim hat.

Grüne Freiflächen als Eckpfeiler der Quartiersentwicklung

Zu Beginn des Sanierungsprozesses wurde das Quartier in seiner zentralen Mitte noch vom Gebäuderiegel des „Servicehauses“ nahezu durchschnitten, der wie eine Barriere die Infrastruktureinrichtungen im Norden (Bürgerzentrum und Seniorenzentrum) von denen im Süden (Grundschule) und Westen (Kindertagesstätte) förmlich gegeneinander abschottete. Im Verlauf der sich dynamisch entwickelnden Sanierungsprozesse ergab sich jedoch die Perspektive eines Abrisses des Gebäudes. Dies eröffnete räumliche Chancen zur Verknüpfung der vorhandenen Infrastruktureinrichtungen und einer Stärkung des Stadtteils. Ziel des daraus entstandenen Vorhabens „Neue grüne Quartiersmitte“ war die Schaffung von Spiel- und Sportflächen für die Kinder und Jugendliche des Quartiers. Gleichzeitig sollten die Freiflächen der im Quartier bestehenden sozialen Infrastruktureinrichtungen zwischen Bürgerzentrum und dem Gelände der Astrid-Lindgren-Grundschule miteinander verbunden und qualifiziert werden. Auch für Erwachsene und ältere Menschen sollten attraktive Aufenthaltsmöglichkeiten entstehen (Gruppe Freiraumplanung 2013).

Für die Entwicklung dieses neuen Grün- und Freiraums im Quartier als zentralem Element von mehr Umweltgerechtigkeit spielten die Wünsche und Interessen der Bewohner*innen über alle Altersgruppen hinweg im Sinne von Verfahrensgerechtigkeit eine entscheidende Rolle. Neben einem kontinuierlichen Prozess mit zahlreichen Stadtteilkonferenzen ab dem Jahr 1998 waren wichtige Beteiligungsschritte unter anderem ein Workshop zur Wohnumfeldgestaltung (2003) sowie der Beteiligungsprozess zur Gestaltung der „neuen Quartiersmitte“ (2006), in dem auch Kinder und Jugendliche des Quartiers sowie Schüler*innen und Lehrkräfte der Grundschule mitwirkten. Zentraler Akteur war und ist dabei das Bürgerzentrum, das die kontinuierliche Ansprache und Aktivierung der Quartiersbevölkerung übernimmt. Bereits seit dem Jahr 1981 verfolgt das Bürgerzentrum einen starken Ansatz der Gemeinwesenarbeit mit vielfältigen, niedrigschwelligen Angeboten für alle Generationen – auch über das Quartier hinaus (Stadt Achim 2017).

Die bauliche Realisierung der „neuen grünen Quartiersmitte“ erfolgte in mehreren Bauabschnitten zwischen den Jahren 2010 und 2013 auf Grundlage eines vom Büro Gruppe Freiraumplanung unter Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse erstellten Entwurfs. Dabei wurden die Gestaltungselemente parallel zu Modernisierungen und Erweiterungen der anliegenden Infrastruktureinrichtungen angepasst. Die so entstandene „neue Quartiersmitte für Jung und Alt“, die als Scharnier und Verknüpfung zwischen den sozialen Infrastruktureinrichtungen im Magde-



Foto: Stadt Achim

Minifußballspielfeld in der „neuen grünen Quartiersmitte“

burger Viertel fungiert, bietet heute eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten für Ruhe und Erholung, Spiel und Bewegung, Alleinsein und Gemeinschaftliches. Dazu gehören so unterschiedliche Elemente wie ein vom Deutschen Fußball-Bund e.V. gesponsertes Minifußballspielfeld, Basketballfelder, Kraftsport- und Trimmgeräte, Spielplatzflächen für unterschiedliche Altersgruppen, Bocciabahn und Schachspiel, Aufenthaltsflächen, Rückzugsräume und offene Grünflächen (Stadt Achim 2017; Gruppe Freiraumplanung 2013).

Anhaltendes Engagement aller Akteure für das Quartier bleibt erforderlich

Die Programmumsetzung Soziale Stadt im Magdeburger Viertel ist inzwischen abgeschlossen und das Sanierungsgebiet seit 2019 offiziell aufgehoben. Mit



Foto: Stadt Achim

„Neue grüne Quartiersmitte“ als Ort des sozialen Zusammenlebens im Quartier: Stadtteilstift in Achim

den investiven und nicht-investiven Maßnahmen konnte im Quartier ein positiver Entwicklungsschub initiiert werden: Es hat eine städtebauliche Aufwertung stattgefunden, die soziale Infrastruktur wurde gestärkt, der Wohnungsbestand hat sich diversifiziert und es gibt wieder Zuzug in das Viertel. Mit der „Grünen Mitte“ wurden Flächen für Spiel, Sport und Aufenthalt für alle Quartiersbewohner*innen und alle Altersgruppen realisiert, die das Zusammenleben im Magdeburger Viertel entspannen und gesünder machen können. Voraussetzung für diesen Erfolg waren vor allem die frühzeitigen Beteiligungsprozesse und die kontinuierliche Gemeinwesenarbeit des Bürgerzentrums, die Aktivierung der Wohnbevölkerung durch die sozialen Einrichtungen vor Ort sowie die vielfältigen Feste im Quartier (Stadt Achim 2017). Aber auch ohne Fördermittel werden zukünftig finanzielle und personelle Ressourcen für die integrierte Quartiersentwicklung bereitgestellt werden müssen. Und es braucht ein anhaltendes Engagement von Politik, Verwaltung, Gemeinwesenarbeit, (Bildungs-) Einrichtungen und Bewohner*innen in Achim, um das bisher Erreichte zu erhalten und das Quartier weiterzuentwickeln.



Foto: Stadt Achim

Aktivitäten für Jung und Alt



Foto: Stadt Achim

Spielfest im Magdeburger Viertel

Quellenverzeichnis

Gruppe Freiraumplanung Landschaftsarchitekten (2013): Hochhausabriss 2008 und dann? Umgestaltung der Quartiersmitte im Programmgebiet „Soziale Stadt“ Achim Magdeburger Viertel. Dokumentation. URL: <https://www.achim.de/downloads/datei/OTAyMDEwMTgwOy07L3Vzci9sb2Nhbc9odHRwZC92aHRkb2NzL2Ntcy9hY2hpbS9tZWRpZW4vZG9rdW1lbnRlL3F1YXJ0aWVyc21pdHRlX21hZ2RlYnVyZ2VvX3ZpZXJ0ZWwucGRm> (Zugriff am 5.10.2021).

Mix, Michael (2019): Stadt zieht formal den Schlussstrich. Sanierung des Magdeburger Viertels: Viel investiert, viel erreicht. In: Kreiszeitung.de, 14.3.2019. URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/verden/achim-ort44553/viel-investiert-viel-erreicht-magdeburger-viertel-achim-11854950.html> (Zugriff am 5.10.2021).

MS – Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2017): Stadtgrün in Niedersachsen. Handlungsleitfaden und gute Beispiele aus niedersächsischen Städten und Gemeinden. Hannover: 27.

Stadt Achim (2019): Soziale Stadt Magdeburger Viertel, hier: Aufhebung der Sanierungssatzung. Beschlussvorlage 233-1/10 vom 20.02.2019.

Stadt Achim (2017): Für ein erfolgreiches Morgen. Soziale Stadterneuerung 2000 bis 2017 – Magdeburger Viertel. Die Abschlussdokumentation der Sanierung. URL: <https://www.achim.de/downloads/datei/OTAyMDEzOTQ0Y07L3Vzci9sb2Nhbc9odHRwZC92aHRkb2NzL2Ntcy9hY2hpbS9tZWRpZW4vZG9rdW1lbnRlLzE3MDgyMV9kb2t1bWVudGF0aW9uX21hZ2RlYnVyZ2VvX3ZpZXJ0ZWwucGRm> (Zugriff am 5.10.2021).

Stadt Achim (2015): Integriertes städtisches Entwicklungskonzept der Stadt Achim (ISEK) 2014–2020.



Berlin: sozialräumlich orientierte Umweltbelastungsanalyse

Kurzbeschreibung: Das Land Berlin hat mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption bundesweit erstmalig die Grundlage für ein Monitoringsystem erarbeitet, das unterschiedliche Indikatoren zu Umweltbelastungen mit Faktoren von Stadtentwicklung, Städtebau und sozialer Lage in Quartieren verknüpft. Es bildet so auf kleinräumiger Ebene Mehrfachbelastungen von Stadträumen ab und dient als Informationsgrundlage für eine sozialraumorientierte, auf Umweltgerechtigkeit ausgerichtete Planung.



Beteiligung: Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption und die Berliner Umweltgerechtigkeitskarte wurden ressortübergreifend durch das Land Berlin unter Mitwirkung externer Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus Umweltverbänden und Stadtplanung erarbeitet. Die Ergebnisse sollen unter anderem auch als Anstoß und Grundlage für Diskussions- und Beteiligungsprozesse von Akteuren und Stadtgesellschaft dienen.

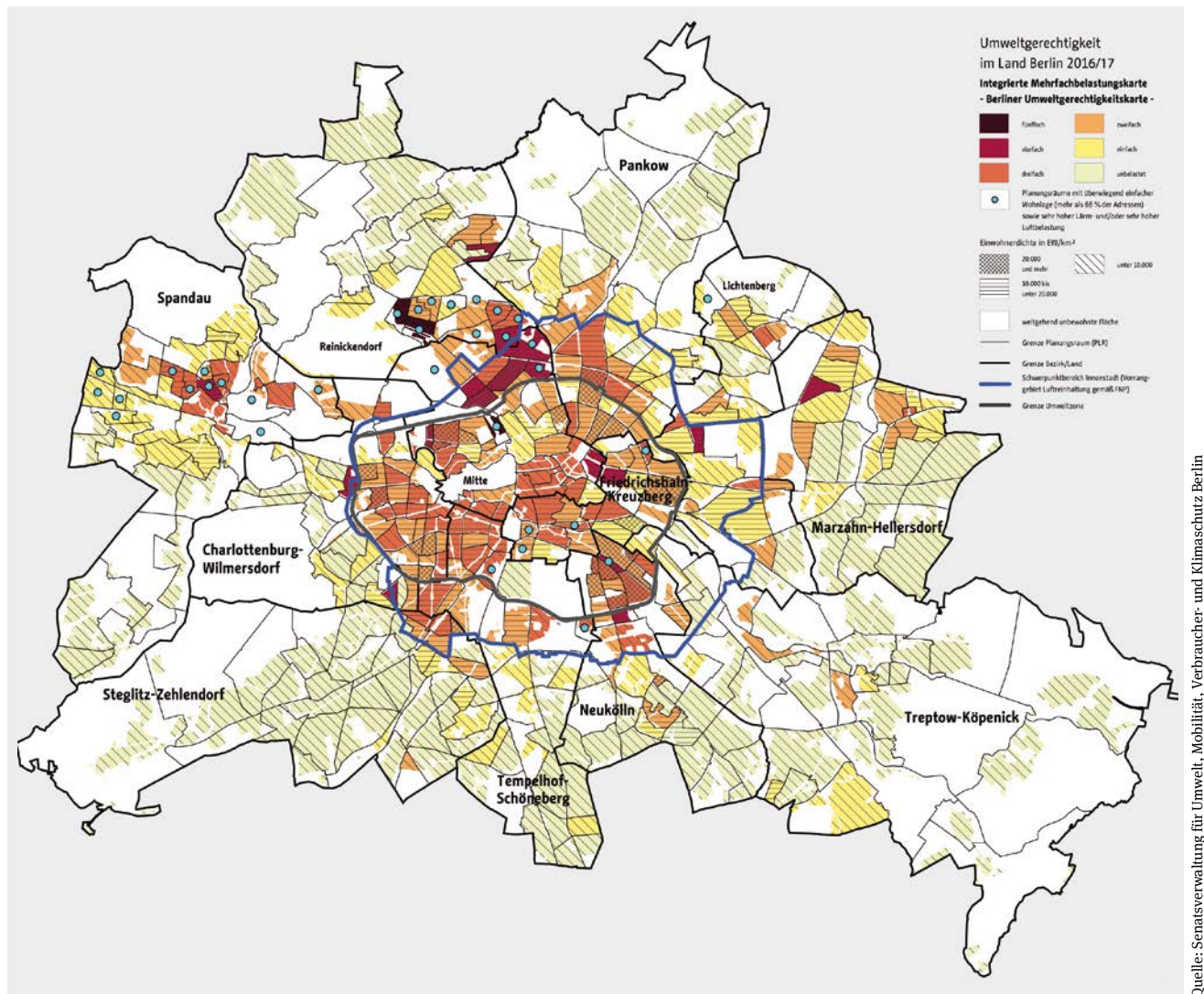
Koordination und Förderung: Die Federführung für die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption liegt bei der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Die Bearbeitung erfolgt fachebenen- und ressortübergreifend mit anderen betroffenen Senatsverwaltungen und den Bezirken. Die Erstellung und Umsetzung des Umweltgerechtigkeitsmonitorings erfolgen aus Mitteln des Landeshaushalts.

Ungleiche Lebens- und Umweltbedingungen in Quartieren

Das Land Berlin mit seinen fast 3,7 Millionen Einwohner*innen und einer Fläche von 892 km² umfasst von der dicht bebauten Innenstadt bis zu ausgedehnten Wald- und Wasserflächen eine große Vielzahl unterschiedlichster Stadt-, Siedlungs-, Grün- und Freiräume. In diesen Räumen variieren die Lebens- und Umweltqualität durch die jeweiligen Rahmenbedingungen, die auf die Bewohner*innen in den Stadtquartieren einwirken, erheblich. Gerade in den urbanen, innerstädtischen Quartieren mit Blockrandbebauungen aus der Gründerzeit oder Großsiedlungen der 1960er- bis 1980er-Jahre ist eine Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen festzustellen. Die Bewohner*innen dieser Quartiere sind oft Verkehrslärm, Luftschadstoffen und thermischen Belastungen ausgesetzt. Gleichzeitig sind diese Quartiere häufiger durch soziale Problemlagen und einen Mangel an Grün- und Freiflächen mehrfach benachteiligt (berlin.de/SenUVK o.J.).

Umweltgerechtigkeit stärken durch Monitoring der Umweltsituation

Berlin wird in den kommenden Jahren durch Zuzüge weiter wachsen. Ziel ist es, dieses Wachstum im Rahmen ausgewogener und klimaresilienter Stadtstrukturen nachhaltig zu gestalten. Dazu gehört unter anderem, sozialen Ausgleich, mehr Lebensqualität, Gesundheit sowie Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen sowohl im Bestand als auch in neuen Stadtentwicklungsvorhaben zu fördern. Das Land Berlin hat bereits im Jahr 2008 im Rahmen des Modellvorhabens „Umweltgerechtigkeit in Berlin“ damit begonnen, sich verstärkt mit Ansätzen von Umweltgerechtigkeit und deren Implementierung in das kommunale Handeln zu beschäftigen (SenSU 2015b; SenUVK 2019b: 10). Im Kern geht es um Fragen der Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Gesundheits- sowie Sozialpolitik. Dabei werden „Art, Ausmaß und Folgen ungleicher räumlicher Verteilungen von Umweltbelastungen und Ressourcen“ ebenso in den Blick genommen wie die Gründe dafür (berlin.de/SenUVK o.J.).



Quelle: Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Berlin

Berliner Umweltgerechtigkeitskarte: Darstellung der Planungsräume mit Mehrfachbelastungen

Als Analyse- und Handlungsgrundlage hat das Land Berlin mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption als erste deutsche Großstadt einen ressortübergreifenden, mehrstufigen Monitoringansatz entwickelt, um einen Überblick über die Umweltsituation in Verbindung mit der sozialen Situation in der Stadt zu erhalten. Die zuständige Senatsverwaltung (seit Dezember 2021: Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz) betrachtet im Rahmen ihrer Umweltgerechtigkeitsanalysen fünf Kernindikatoren. So werden Umweltbelastungen durch Lärm, Luftschadstoffe und das Bioklima mit Informationen zur Grün- und Freiflächenversorgung sowie der sozialen Problematik verknüpft. Letztere wird dabei anhand des Berliner „Monitorings Soziale Stadtentwicklung“ eingebunden, das sozialstrukturelle und sozialräumliche Veränderungen in den Quartieren und Problemdichten abbildet. Ferner wurde geprüft, inwieweit das Betrachtungsspektrum

durch weitere Ergänzungsindikatoren aus den Bereichen Gesundheit, Stadtstruktur und Soziales erweitert werden könnte. Dazu gehören „die überwiegende Nutzung eines Planungsraums, seine Bebauungsstruktur, die vorherrschende Wohnlage (nach dem Berliner Mietspiegel), Gesundheits- und Umweltrisiken, der Zusammenhang von Umwelt, sozialer Lage und Sterblichkeit, die Lichtverschmutzung, die perspektivische Hitzebelastung“ (SenUVK 2019b: 6, 10).

Betrachtet werden dabei alle Indikatoren auf der kleinräumigen Ebene des Quartiers, in insgesamt 447 Planungsräumen (Stand 02/2019). Diese stellen die kleinste statistische Betrachtungsebene des im Jahr 2006 eingeführten einheitlichen Systems der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) in Berlin dar. Das System wird von einem Datenpool ergänzt, der aus unterschiedlichen amtlichen Quellen mit abgestimmten, themenbezogenen Daten gespeist wird und der

Verwaltung eine quartiersgenaue Situationsanalyse ermöglicht (SenUVK 2019b: 12).

Die quantitativen, raumbezogenen Daten zu den Kernindikatoren werden sowohl in thematischen Einzelkarten aufbereitet als auch in einer integrierten Karte (Ist-Analyse „Berlin heute“) zusammengeführt. In dieser Berliner Umweltgerechtigkeitskarte wird für das gesamte Stadtgebiet jeweils auf kleinräumiger Ebene dargestellt, inwieweit die Quartiere und Stadträume mehrfachen Umweltbelastungen ausgesetzt sind (Kategorien unbelastet sowie einfach bis fünf-fach belastet). Ergänzt werden die Karteninformationen durch Angaben zur Bevölkerungsdichte und zu Regelungsbereichen (Vorranggebiet Luftreinhaltung, Umweltzone). Hervorgehoben sind zudem besonders betroffene Planungsräume, die durch eine „überwiegend einfache Wohnlage“ (eine Kategorisierung nach dem Berliner Mietspiegel) bei gleichzeitig hoher Lärm- und/oder sehr hoher Luftbelastung geprägt sind. Dies betrifft mehr als 30 Quartiere in unterschiedlichen städtischen Lagen (ebd.: 36f.).

Unterstützung für das Handeln von Politik und Verwaltung

Das Umweltgerechtigkeitsmonitoring bildet eine Informationsgrundlage für die darauf aufbauenden Handlungsebenen. Auf Ebene der räumlichen Planung kann es als Orientierungsrahmen für die pla-

nenden Fachverwaltungen dienen. Das Monitoring ist darüber hinaus eine mögliche Hintergrundfolie und Entscheidungsgrundlage beispielsweise bei der passgenauen Verortung von gebietsbezogenen Förderprogrammen. Auf der konkreten Umsetzungsebene können mit Hilfe der Informationen des Monitorings raumbezogen Handlungsschwerpunkte und prioritäre Handlungsbedarfe bestimmt und Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minderung der Umweltbelastungen verfolgt werden (ebd.: 10).

Verwaltung und Kommunalpolitik auf Landes- und Bezirksebene werden mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption bei der Entscheidungsfindung im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung unterstützt. Im Sinne eines Frühwarnsystems und Instruments zur Politikfolgenabschätzung befördert das Monitoring eine ressort-, ämter- und fachübergreifende kommunale Betrachtung. Zukünftig ist eine regelmäßige Aktualisierung der Berliner Umweltgerechtigkeitskarte vorgesehen. Die neue Landesregierung Berlins hat die Bedeutung des Themas Umweltgerechtigkeit im Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode hervorgehoben. So sollen bis zum Ende der 19. Wahlperiode die mehrfach belasteten Gebiete reduziert, der Bericht zur Umweltgerechtigkeit fortgeschrieben und die Umweltgerechtigkeitskarten regelmäßig vorgelegt werden (Koalitionsvertrag 2021: 49).



Foto: Wolf-Christian Strauss

Von der ehemaligen Bahnbrache zur attraktiven Freifläche: Park am Gleisdreieck

Fortschreibung und Weiterentwicklung des Ansatzes

Mit den raumbezogenen Analysen und der Verknüpfung von unterschiedlichen Datengrundlagen ist es mit der Integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption gelungen, auf einer empirischen Basis mehrfach belastete Quartiere zu identifizieren. Bundesweit erstmalig für eine Großstadt werden die ressortbezogenen Fachinformationen nicht nur getrennt betrachtet, sondern zusammengeführt und und Mehrfachbelastungen kartographisch aufbereitet. Auf der kleinräumigen Quartiersebene zeigt sich nicht nur, dass die Konzentration von sozialen Benachteiligungen mit Umwelt- und Gesundheitsproblemen korreliert. Diese Stadträume und ihre Bewohner*innen sind in der Regel auch mehrfach belastet und vulnerabler in Hinblick auf die Folgen von Klimaveränderungen. Die Erkenntnisse des Monitorings richten sich dabei nicht nur an Verwaltung und Politik, sondern stellen allen Akteursgruppen, Stakeholdern und der breiten Öffentlichkeit Berlins transparente und leicht zugängliche Informationen zu gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen in den Quartieren zur Verfügung (SenUVK 2019b: 5f., 25ff.).

Im nächsten Schritt wird Berlin die Umweltgerechtigkeitskarte als Grundlage für Strategien und Handlungsempfehlungen auf Landes- und Bezirksebene zum Abbau von Umweltbelastungen fortschreiben und die diesbezügliche Datenauswertung weiterentwickeln. Übergeordnetes Ziel bleibt es, die Anzahl der mehrfach belasteten Quartiere zu reduzieren.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Niedrigschwelliger Zugang für alle Bevölkerungsgruppen:
Nachbarschaftsgärten auf dem Tempelhofer Feld

Quellenverzeichnis

berlin.de/SenUVK – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (o.J.): Umweltgerechtigkeit. URL: www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/ (Zugriff am 30.11.2021).

berlin.de/SenSW – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (o.J.): Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/gemeinschaftsinitiative/index.shtml> (Zugriff am 30.11.2021).

Döllefeld, Manuel, Leilah Haag, Jörn Welsch (2021): Umweltatlas Berlin – planungsrelevante Umweltdaten für Berlin. In: zfv Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement. Nr. 2/2021 (Jg. 146), Augsburg: 138-143. URL: https://geodasie.info/system/files/privat/zfv_2021_2_Doellefeld_et-al.pdf (Zugriff am 30.11.2021).

Koalitionsvertrag – SPD/Bündnis 90 - Die Grünen/Die Linke (2021): Zukunftshauptstadt Berlin. Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark. Entwurf zur Beschlussfassung des Koalitionsvertrages 2021–2026. Berlin. URL: https://spd.berlin/media/2021/12/211203_Koalitionsvertrag_nachtraegliche-Aenderungen.pdf (Zugriff am 8.12.2021).

SenUVK – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Abteilung Umweltpolitik, Abfallwirtschaft, Immissionsschutz (Hrsg.) (2019a): Basisbericht Umweltgerechtigkeit – Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik mit Umweltbelastungsanalyse. Berlin. URL: https://datenbox.stadt-berlin.de/filr/public-link/file-download/8a8ae3ab-73c9245d0173fc744ea3719c/2007/6593154860902717743/umweltgerechtigkeit_broschuere.pdf (Zugriff am 30.11.2021).

SenUVK – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (Hrsg.) (2019b): Die umweltgerechte Stadt. Auf dem Weg zu einer sozialräumlichen Umweltpolitik. Berlin. URL: https://datenbox.stadt-berlin.de/filr/public-link/file-download/8a8ae3ab-73c9245d0173fc74736671a0/2008/-7663652225703793580/umweltgerechtigkeit_broschuere_kurzfassung.pdf (Zugriff am 30.11.2021).

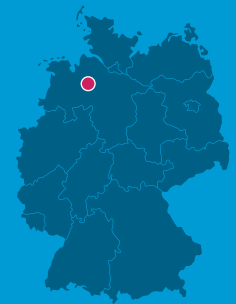
SenSU – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2015a): Umweltgerechtigkeit (9.01 Ausgabe 2015). Berlin. URL: https://www.berlin.de/umweltatlas/_assets/mensch/umweltgerechtigkeit/de-texte/k901.pdf (Zugriff am 30.11.2021).

SenSU – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2015b): Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption (IBUK). URL: https://www.berlin.de/umweltatlas/_assets/mensch/umweltgerechtigkeit/de-abbildungen/a901_01.pdf (Zugriff am 30.11.2021).



Bremen: Naherholungspark Bremer Westen

Kurzbeschreibung: Die Freie Hansestadt Bremen entwickelt im Bremer Westen ein 480 Hektar großes Gebiet mit Kleingartenanlagen zu einem öffentlichen Naherholungspark. Der Park kommt vor allem den Bewohner*innen der beiden angrenzenden Stadtteile Gröpelingen und Walle zugute. Beide weisen Umweltbelastungen und soziale Benachteiligungen auf. In Gröpelingen mangelt es zudem an öffentlichen Grün- und Freiräumen.



Beteiligung: An der Weiterentwicklung der Kleingartenanlagen zum „Naherholungspark Bremer Westen“ wurden 14 ansässige Kleingartenvereine, die Bevölkerung sowie zahlreiche Akteur*innen und Institutionen beteiligt. Mittlerweile bietet der neugestaltete Park dauerhafte Gemeinschaftsprojekte und Partizipationsangebote.

Koordination und Förderung: Eine Projektkoordinatorin im Fachbereich Umwelt, Referat für Grünordnung der Bremer Verwaltung ist für die Neugestaltung des Landschaftsraums zuständig. Für die Realisierung erster Maßnahmen kamen Fördermittel aus dem ExWoSt-Forschungsprojekt „Green Urban Labs“ des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ sowie aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)-Programm zum Einsatz. Seit 2021 werden Städtebauförderungsmittel aus dem Programm „Sozialer Zusammenhalt“ eingesetzt.

Mehrfach belastete Stadtteile grenzen an vernachlässigten Landschaftsraum

In den Stadtteilen Gröpelingen und Walle im Bremer Westen leben insgesamt mehr als 77.000 Menschen (Statista 2021). Beide Stadtteile prägt eine hohe bauliche Dichte, in Gröpelingen fehlen zudem Grün- und Freiräume. Außerdem sind die Stadtteile durch verkehrsbedingten Lärm und Luftschadstoffe stark belastet. Soziale Benachteiligungen (u.a. hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen) kommen hinzu (StaLa online). Im Stadtteil Gröpelingen ist der Handlungsbedarf aufgrund des dortigen Freiraumdefizits noch höher als in Walle (Stadtportal bremen.de 2021a).

Beide Stadtteile grenzen an die offene Landschaft. Zur Zeit der Industrialisierung erhielten die Bewohner*innen von Gröpelingen und Walle dort Kleingärten zum Ausgleich für ihre engen Wohnverhältnisse. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden auf den Kleingartenparzellen die sogenannten Kaisenhäuser¹. Das Dauerwohnen war in den Häusern bis 1995

offiziell erlaubt. Die Rücknahme der Außenwohnerlaubnis führte zu Leerstand und Verwahrlosung der Kleingartenanlage. In der Folge nahmen Einbrüche und Vandalismus zu. Brandruinen und Vermüllung verschärften den Missstand (SUBV 2016a).

In den 2000er-Jahren kamen erste Überlegungen auf, den rund 480 Hektar großen Landschaftsraum aufzuwerten und zu einem Naherholungspark zu entwickeln. Der Park soll künftig nicht nur Kleingärten, sondern auch Flächen für die Naherholung bieten. Einige der hierfür erforderlichen Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden.

Entwicklungsimpulse durch vielfältiges Engagement unter Federführung der Stadt

Zur Vorbereitung der Maßnahmen veranstaltete die Freie Hansestadt Bremen in den Jahren 2014 und 2015 mehrere Ideenwerkstätten. Die Bewohner*innen von Gröpelingen und Walle waren ebenso eingebunden wie die 14 Kleingartenvereine aus dem Gebiet, das Ortsamt West, die beiden ehrenamtlich tätigen Stadtteilbeiräte aus Gröpelingen und Walle, der Reitclub Walle, der Wassersportverein Gröpelingen,

¹ Der Begriff geht zurück auf den ehemaligen Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, der den Bau von Wohnhäusern in Kleingartengebieten angesichts der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte.



Blick über die Naherholungsflächen im Bremer Westen, im Hintergrund der Stadtteil Gröpelingen

die Architektenkammer sowie weitere Initiativen, Naturschutzverbände und Projektträger*innen.

Die Ergebnisse der Ideenwerkstätten flossen in das „Projektorientierte Handlungsprogramm (pop)“ und das „Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen“ ein (SUBV 2014; SUBV 2016b). Sie bilden die Grundlage für die Maßnahmenumsetzung. Außerdem veröffentlichte die Freie Hansestadt die Broschüre „Eine grüne Oase für Walle und Gröpelingen – Der Naherholungspark Bremer Westen“. Sie beschreibt die Ausgangslage, dokumentiert die in den Werkstätten entwickelten Maßnahmen und benennt das Ziel, das mit der Neugestaltung verbunden wird: die Entwicklung zu einem „Naherholungspark Bremer Westen“ (SUBV 2016a).

Die Entwicklung des Bremer Westens zu einem attraktiven Naherholungsgebiet mit Kleingärten, öffentlichen Freiräumen und naturnahen Flächen wurde auch als Planungsziel in dem 2015 beschlossenen Landschaftsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen verankert. Das Programm weist darauf hin, dass für Gröpelingen aufgrund des niedrigen sozialen

Index sowie einer relativ niedrigen bis sehr niedrigen Grün- und Freiflächenversorgung ein besonderer Handlungsbedarf besteht (SUBV 2016c).

2015 beschloss der Bremer Senat, stark verwahrloste Kleingartengrundstücke in dem Gebiet von den jeweiligen Eigentümer*innen zu erwerben. Heute befindet sich die Hälfte der Kleingärten mitsamt den Kaisenhäusern in städtischem Besitz und wird über den „Landesverband der Gartenfreunde Bremen e.V.“ an die Kleingartenvereine verpachtet. Die übrigen Parzellen sind noch immer in Privatbesitz und werden wahlweise privat genutzt oder als Bauernland ebenfalls an die Vereine verpachtet. Mit dem Erwerb von Grundstücken eröffneten sich für die Freie Hansestadt Bremen vielfältige Handlungsoptionen für eine Neugestaltung.

Erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen dank Förderung

Städtische Grundstücke ohne erhaltenswerten Kaisenhausbestand wurden geräumt und zu Streuobstwiesen umgewandelt. Die Wiesen zählen mit zu den zentralen Maßnahmen der Neugestaltung.



Foto: Lisa Hübotter

Kleingärten im Naherholungsraum

Zuge von Ausgleichsmaßnahmen wurden außerdem Aufforstungen vorgenommen sowie Hochstaudenflure und Feuchtbiotope angelegt. Frei geräumte Endgrundstücke wurden für eine neue Durchwegung der Parkanlage genutzt. Das neue Wegenetz trägt unter anderem dazu bei, dass die Vermüllung in dem Gebiet abgenommen hat (SUBV 2016a).

Einzelne Flächen sowie Grundstücke mit erhaltenswerten Kaisenhäusern hat die Stadt Gemeinschaftsprojekten zur Verfügung gestellt. Bereits vor Ort vertreten sind das „Waller Umweltpädagogik Projekt (WUPP)“ mit verschiedenen Freizeit- und Umweltbildungsangeboten sowie der Verein „Internationaler Garten Walle e.V.“ mit Flächen für das gemeinschaftliche Gärtnern (SUBV 2016a). Der Träger „Arbeit und Ökologie“ renoviert seit 2021 eines der Kaisenhäuser. Die Renovierung übernehmen Erwachsene, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Anstellung gefunden haben. Das Kaisenhaus soll dauerhaft als Saatgutbörse genutzt werden. Das Saatgut wiederum stammt aus den Kleingärten im Gebiet. Auf den Freiflächen rund um die künftige Saatgutbörse entstehen Gemeinschaftsbeete.

Verschiedene Fördertöpfe haben die Umsetzung dieser und weiterer Maßnahmen ermöglicht. Der „Naherholungspark Bremer Westen“ hat von 2016 bis 2020 als Modellvorhaben am ExWoSt-Forschungsprojekt „Green Urban Labs“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) teilgenommen (BBSR 2021). Mit den darüber zur Verfügung gestellten Fördermitteln konnte unter anderem eine Personalstelle für die Projektkoordination „Green

Urban Lab Grüner Bremer Westen“ finanziert werden, die mittlerweile verstetigt wurde. Mit Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurde ein Rundweg durch den Park geschaffen. Mittel aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ wurden zur Aufwertung des Naturraums und für den Ausbau des Wegenetzes genutzt (SUBV 2014).

Mit Realisierung der ersten Fördermaßnahmen ist der Naherholungspark stärker in das Bewusstsein der Gröpelinger und Waller Bevölkerung gerückt. Verschiedene Veranstaltungen in dem Park haben den Bekanntheitsgrad zusätzlich erhöht: 2018 und 2019 fanden zwei Frühsommerfeste statt. Die Feste verbesserten die Vernetzung der Akteur*innen und das soziale Miteinander innerhalb der Anlage. 2019 und 2020 organisierte die zuständige Projektkoordinatorin eine „Bremer Woche des Gartens“. Der Park spielte dabei eine zentrale Rolle (Stadtportal bremen.de 2021b; World News LLC 2020). Mittlerweile ist das Naherholungsgebiet stadtweit bekannt. Von den neu geschaffenen Gemeinschaftsangeboten im Park profitieren aber vor allem die Bewohner*innen von Gröpelingen und Walle.



Foto: Rike Fischer

Kleingartenparzelle mit Kaisenhaus



Foto: Lisa Hübotter

Jogger auf dem Rundweg durch den Park

Entwicklungsprozess hält an

Die Teilnahme an dem ExWoSt-Forschungsprojekt „Green Urban Labs“ hat die Bremer Landespolitik darin bestärkt, weiter in den Park und den angrenzenden Stadtraum zu investieren. Das „Integrierte Entwicklungskonzept Gröpelingen. Fortschreibung 2020–2029“ benennt den Naherholungspark erneut als Handlungsraum. Es gilt, den Park besser an die angrenzenden Stadtteile anzubinden. Die Autobahnen A 1 und die A 27 sowie eine Eisenbahnstrecke wirken bisher als räumliche Barrieren. Vor allem die verbesserte Anbindung an den Stadtteil Gröpelingen ist ein erklärtes Ziel.

Mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ sollen unter anderem das Wegenetz weiter ausgebaut und Flächen für verschiedene quartierbezogene Nutzungen (u.a. Schaffung eines Gemeinschaftsgartens) entwickelt werden (SKUMS 2021). Zusätzlich werden Mittel aus dem Bremer Klimaschutzbudget, für das im Jahr 2021 20 Millionen Euro veranschlagt wurden, eingesetzt. Außerdem sollen Mittel aus dem Bremen Fonds, einem Sofortprogramm zur schnellen Bekämpfung der Pandemie-Folgen, zum Einsatz kommen.

Quellenverzeichnis

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2021): Green Urban Labs. Strategien und Ansätze für die kommunale Grünentwicklung. Bonn.

bauumwelt.bremen.de – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (2021): Grüner Bremer Westen. URL: <https://www.bauumwelt.bremen.de/umwelt/parks-gruenflaechen/gruener-bremer-westen-71757> (Zugriff am 28.08.2021).

SKUMS – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (2021): Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Fortschreibung 2020–2029. Bremen.

Stadtportal bremen.de (2021a): Stadtteile. URL: <https://www.bremen.de/leben-in-bremen/wohnen/stadtteile> (Zugriff am 28.08.2021).

Stadtportal bremen.de (2021b): Bremer Woche des Gartens. URL: <https://www.bremen.de/bremer-woche-des-gartens> (Zugriff am 03.09.2021).

StaLa – Statistisches Landesamt Bremen (online): Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt. URL: <https://www.statistik.bremen.de/themen/erwerbstaetigkeit-und-arbeitsmarkt-1857> (Zugriff am 28.08.2021).

Statista (2021): Einwohnerzahl in Bremen nach Stadtteilen im Jahr 2020. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1154820/umfrage/einwohnerzahl-stadtteile-bremen/> (Zugriff am 28.08.2021).

SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (2016a): Eine grüne Oase für Walle und Gröpelingen. Der „Naherholungspark Bremer Westen“. Bremen.

SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (2016b): Projektorientiertes Handlungsprogramm „pop“ geht in die letzte Runde. URL: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/projektorientiertes-handlungsprogramm-pop-geht-in-die-letzte-runde-162141> (Zugriff am 28.08.2021).

SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (2016c): Landschaftsprogramm Bremen 2015. Teil Stadtgemeinde Bremen. Textband. Bremen.

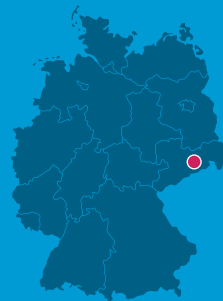
SUBV – Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Hrsg.) (2014): Integriertes Entwicklungskonzept Gröpelingen. Bremen.

World News LLC (2020): Am zukünftigen Naherholungspark „Grüner Bremer Westen“ wird weiter gearbeitet. URL: <https://tw-news.it/de-news/am-zukunfftigen-naherholungspark-gruner-bremer-westen-wird-weiter-gearbeitet> (Zugriff am 28.08.2021).



Dresden: Hitzebelastungen – sozialräumliche Unterschiede bei der subjektiven Wahrnehmung

Kurzbeschreibung: Die Landeshauptstadt Dresden hat die subjektive Belastung der Einwohner*innen durch Hitzeereignisse untersucht. Zwei ausgewählte Fokusgebiete, die sich nach Bebauungs- und Sozialstruktur deutlich unterscheiden, wurden in einer Pilotstudie miteinander verglichen. Es zeigte sich, dass sich die Bewohner*innen in dem Gebiet mit einem höheren Anteil sozial benachteiligter Menschen stärker durch Hitze belastet fühlen und ihr individuelles Verhalten weniger anpassen können.



Beteiligung: Die Pilotstudie baute auf einer im Jahr 2017 vom Umweltamt durchgeführten Befragung auf, bei der die Dresdner Bevölkerung zum Klimawandel befragt wurde. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam führte die Pilotstudie durch.

Koordination und Förderung: An der Studie wirkten das Gesundheitsamt, das Umweltamt und die kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden sowie die Medizinische Fakultät, Lehrstuhl Gesundheitswissenschaften/Public Health, der Technischen Universität Dresden mit. Die Ergebnisse der Studie wurden im Jahr 2020 veröffentlicht. Fördermittel kamen nicht zum Einsatz.

Dresden von Hitze besonders betroffen

Laut „Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland“ zählt Dresden zu den wärmsten Regionen im Bundesgebiet (UBA 2021). Die Landeshauptstadt beschäftigt sich daher intensiv mit dem Thema Hitze und den negativen Folgen für die Gesundheit der Dresdner Bevölkerung. Im Jahr 2017 führte das Umweltamt eine repräsentative Befragung der Bevölkerung zum „Klimawandel in Dresden“ durch. Sie widmete sich den Themen „Angebot, Qualität und Nutzung öffentlicher Grünflächen“, „Hitzeempfinden und Gesundheit“, „Anpassung an Hitze“ sowie „Klimawandel“ (Dresden 2018).

In sechs sogenannten Fokusgebieten wurden 12.500 zufällig ausgewählte Bürger*innen befragt. Die Bestimmung der Gebiete war aufgrund vorhandener Unterschiede mit Blick auf ihre stadtklimatische Situation und ihre Stadtstruktur (Bebauungsstruktur und Grünausstattung) erfolgt. Zusätzliches Auswahlkriterium war die jeweilige soziale Situation in den Gebieten. Die Beschreibung der sozialen Situation basierte auf dem Index des Dresdner Bildungsberichts, der sich aus Merkmalen wie z.B. Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, SGB II-Quote, Kinder mit Sozialgeldbezug und Zahl der Alleinerziehenden, zusammensetzt und mit einer fünfstufigen Skala

von „starke soziale Probleme“ bis „keine bzw. kaum soziale Probleme“ abgebildet wird (Landeshauptstadt Dresden 2020; Landeshauptstadt Dresden 2012).

Ein interdisziplinäres Forschungsteam hat im Rahmen der Pilotstudie „Umweltgerechtigkeit: Subjektive Hitzebelastung als Folge des Klimawandels in konträren Stadtquartieren“ zwei der sechs Fokusgebiete genauer betrachtet und die jeweiligen Ergebnisse aus der Meinungsumfrage miteinander verglichen. An der Pilotstudie wirkten seitens der Landeshauptstadt Dresden das Gesundheitsamt, das Umweltamt und die kommunale Statistikstelle mit. Von der Technischen Universität Dresden beteiligten sich Allgemeinmediziner*innen der Medizinischen Fakultät, Lehrstuhl Gesundheitswissenschaften/Public Health, an der Studie (Looks et al. 2020).

Zweier Fokusgebiete im Vergleich

Im Fokusgebiet A leben etwa 6.500 Menschen. Das Gebiet entstand in den 1970er-Jahren als Wohnquartier in Plattenbauweise. Sechs- bis 14-geschossige Gebäude prägen die überwiegend geschlossene städtebauliche Struktur. 99 Prozent der Bewohner*innen wohnen in dem Gebiet zur Miete. Der Anteil an Nachbarschaftsgrün ist im Vergleich zu anderen Stadtquartieren gering, dagegen ist der Anteil an ver-



Foto: Wolf-Christian Strauß

Aufenthalt an der Elbe bei Hitze

siegelten Verkehrsflächen höher als in anderen Stadtteilen. Der Grad der Überwärmung an Hitzetagen wird aufgrund der Hanglage des Gebietes mit gering bis mittel angegeben. Das Quartier bietet vor allem Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Haushaltseinkommen, der Anteil an Bedarfsempfänger*innen ist zudem besonders hoch. Laut Sozialindex des Dresdner Bildungsberichts von 2014¹ weist das Gebiet „sehr starke soziale Probleme“ auf. 24,8 Prozent derjenigen, die an der Meinungsumfrage teilnahmen, besitzen einen Hochschulabschluss, 12,2 Prozent sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Looks et al. 2020).

Im Fokusgebiet B leben rund 5.200 Menschen. Das Quartier liegt nah an der Elbe und ist geprägt von einer lockeren Villenbebauung, die teilweise vor 1918 entstanden ist (ebd.). Die Gebäude im Fokusgebiet B werden zu 30 Prozent von den Eigentümer*innen selbst bewohnt. Die Freiraumstruktur ist geprägt von großen, unverbauten und nahezu parkähnlichen Privatgärten, schattenspendende Bäume sind ausrei-

chend vorhanden. Der Anteil an Nachbarschaftsgrün weist pro Einwohner*in einen mittleren bis hohen Wert auf. Außerdem befinden sich drei große Parkanlagen sowie das Elbufer in erreichbarer Nähe. Die offene Bauweise, die Nähe zur Elbe, die Begrünung im Quartier und auch der geringe verkehrsbedingte Versiegelungsgrad führen zu einem geringen Grad der Überwärmung an Hitzetagen. Laut Sozialindex des Dresdner Bildungsberichts von 2014 weist das Gebiet „keine bis geringe soziale Probleme“ auf. Mit 72,2 Prozent Hochschulabschlüssen und nur 7,1 Prozent ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist der Bildungsstand im Fokusgebiet B deutlich höher als in Fokusgebiet A (ebd.).

Höhere Hitzebelastung in benachteiligtem Fokusgebiet

Aus den Fragebögen der repräsentativen Meinungsumfrage zum „Klimawandel in Dresden“ (2017) geht hervor, dass sich die Bewohner*innen im Fokusgebiet A hinsichtlich der subjektiven Hitzebelastung und ihres Gesundheitszustands deutlich stärker belastet fühlen als diejenigen im Fokusgebiet B. Individuelle Verhaltensanpassungen mit Blick auf die Vermeidung bzw. den Schutz vor Hitze gelingt den Bewohner*innen aus Fokusgebiet A weniger gut als denen in Fokusgebiet B.

¹ Für die Pilotstudie wurde der Sozialindex aus dem mittlerweile fortgeschriebenen Bildungsbericht zugrunde gelegt.

So wird das Aufsuchen von Grünflächen und/oder Gärten seltener als Möglichkeit zur Vermeidung von Hitze genannt. Als zentraler Grund hierfür ist das Freiraumdefizit im Gebiet anzunehmen. Aber auch der Aufenthalt in kühlen Wohnräumen oder das Meiden der Mittagshitze generell werden im Fokusgebiet A seltener als Möglichkeit der Verhaltensanpassung genannt. Darüber hinaus weisen die Menschen der beiden Fokusgebiete Unterschiede bezüglich der Informiertheit zum Thema Hitze auf. Die Bewohner*innen in Fokusgebiet A fühlen sich deutlich weniger gut über die Gefahren durch Hitze informiert als diejenigen aus Fokusgebiet B (Looks et al. 2020).

Die Bewohner*innen der beiden Fokusgebiete scheinen der Hitze unterschiedlich ausgesetzt zu sein und nehmen die Hitzebelastung außerdem unterschiedlich wahr. Die Forscher*innen der Pilotstudie vermuten, dass die Gründe für das unterschiedliche Hitzeempfinden in Fokusgebiet A und Fokusgebiet B sowohl in der baulichen Beschaffenheit der Gebiete als auch in seiner sozialen Zusammensetzung liegen. Im Fokusgebiet A können sich die Bewohner*innen sowohl innerhalb der Wohnung als auch außerhalb mit Blick auf die Nähe zu Grünflächen weniger gut vor Hitze schützen. Das unterschiedliche Hitzeempfinden führen die Forscher*innen auf einen schlech-

Merkmale der Fokusgebiete

Merkmale	Stadtquartier A	Stadtquartier B
Grad der Überwärmung	gering-mittel Der Grad der Überwärmung befindet sich hier im geringen bis mittleren Bereich. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass dieses Gebiet in Hanglage und am Rand einer Frischluftschneise liegt.	gering Der geringe Grad der Überwärmung ist durch eine starke Ausprägung von Großgrün, der Nähe zur Elbe sowie der offenen Bauweise im Stadtgebiet zu erklären.
Überwiegende Bebauung	geschlossene Bebauung Dieses Gebiet ist Ende der 1970er-Jahre als Plattenbausiedlung entstanden. Nach der politischen Wende erlebte der Stadtraum einen starken Wegzug. Als Folge wurden u.a. viele Wohnblöcke rückgebaut. Dennoch finden sich hier überwiegend mehrgeschossige Plattenbauten sowohl im sanierten wie auch unsanierten Zustand. Etwa 99 % der Befragten wohnen zur Miete.	offene Bebauung Dieses Gebiet ist gekennzeichnet durch überwiegend lockere Villenbebauung, welche vor 1918 entstanden ist, bzw. durch neuere Gebäude, die erst nach 1991 hinzugekommen sind. Etwa 30 % der befragten Bewohner/innen des Stadtquartiers verfügen über Wohneigentum.
Anteil Verkehrsfläche am Gesamtgebiet	erhöht Im Zentrum des Gebietes befinden sich vorrangig verkehrsberuhigte Straßen; umgeben ist das Gebiet mit oftmals vierspurigen Straßen. Von 200 ha Gesamtfläche sind ca. 8,5 % Verkehrsfläche.	gering Dieses Gebiet ist gekennzeichnet durch verkehrsberuhigte Straßen mit überwiegend Tempo 30 Limit, von 1584 ha Gesamtfläche sind ca. 2,3 % Verkehrsfläche.
Anteil an Nachbarschaftsgrün	gering Ein geringer Anteil an Nachbarschaftsgrün wurde mit 11–25 m ² Grünfläche/Einwohner definiert.	mittelhoch Ein mittlerer Anteil an Nachbarschaftsgrün wurde mit 3046 m ² /Einwohner bzw. ein hoher Anteil mit 69–262 m ² /Einwohner definiert.
Einzugsbereiche öffentlicher Parks	Im Einzugsbereich des Stadtquartiers A befinden sich wenige Parkanlagen. Lediglich eine Parkanlage grenzt an dieses Gebiet an. Vielmehr ist die Landschaftsgestaltung in Form von Grünzügen entlang von 2 Bächen bzw. als Erholungsflächen zwischen den Wohnblöcken realisiert worden.	Im Einzugsbereich des Stadtquartiers B befinden sich 3 Parkanlagen. Das Gebiet liegt außerdem in unmittelbarer Nähe zu Elbe und den Elbwiesen.
Soziale Belastung nach Sozialindex*	sehr stark Gebiet mit sehr starken sozialen Problemen definiert über den Sozialindex.	keine bis gering Gebiet mit keinen bis geringen sozialen Problemen definiert über den Sozialindex.

* Gebildet anhand der Indikatoren: Anteil an (Jugend) Arbeitslosigkeit, SGB IIQuote, Kinder mit Sozialgeldbezug, Alleinerziehende

Quelle: Stadt Dresden

teren Informationsstand zum Thema Hitze zurück. Dieser kann jedoch wohl nur in Teilen mit dem Zugang zu Informationen begründet werden (Vorhandensein von Tablet, Internet, Zeitung etc.). Vielmehr vermutet das Forschungsteam einen Zusammenhang zwischen dem Informationsstand und dem unterschiedlichen Bildungsstand in den Fokusgebieten (Looks et al. 2020).

Ergebnisse decken Handlungsbedarf auf

Über die wissenschaftliche Relevanz der Ergebnisse hinaus leiten sich aus der Pilotstudie Handlungsbedarfe für die Praxis ab. So kommt das Forschungsteam zu dem Schluss, dass vor allem eine enge Zusammenarbeit unter den Ämtern erforderlich sei, um hitzebedingte Gesundheitseffekte in der Bevölkerung zu vermeiden. Dem Gesundheitsamt käme die Aufgabe zu, sich stärker für eine zielgruppenspezifische Information der Bürger*innen zum Thema Hitze einzusetzen. Das Bereitstellen von Informationen über das Internet allein genüge nicht. Um vulnerable Personengruppen zu erreichen, seien zusätzlich quartiersbezogene Aufklärungs- und Beratungsaktionen notwendig. In der Verantwortung der Stadtplanungs- und Grünflächenämter läge es, einer zunehmenden Flächenversiegelung vorzubeugen. Bestehende Bebauungsstrukturen seien außerdem – ggf. in Kooperation mit Gebäudeeigentümer*innen – an das Klima anzupassen. In diesem Zusammenhang verweisen die Forscher*innen auf das Fachleitbild Stadtklima der Landeshauptstadt. Das Fachleitbild wird fortlaufend aktualisiert und enthält Planungsempfehlungen zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der bioklimatischen Situation in der Stadt sowie zur Anpassung des Stadtraumes an den Klimawandel (Landeshauptstadt Dresden 2020).



Foto: Wolf-Christian Strauss

Individueller Umgang mit Hitze

Darüber hinaus finden die Erkenntnisse aus der Pilotstudie fortlaufend Eingang in das Forschungsvorhaben „HeatResilientCity“, an dem die Landeshauptstadt mitwirkt und das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. In dem Forschungsvorhaben ist unter anderem ein Handlungsmanual geplant, das sozialen (Pflege-) Einrichtungen zum Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen gegen Hitze an die Hand gegeben werden soll. Außerdem werden die Ergebnisse der Pilotstudie in die Arbeit des europäischen Netzwerks „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einfließen. Insgesamt 80 Städte arbeiten in dem Netzwerk zusammen, Dresden ist darin als eine der ersten deutschen Städte seit 1991 vertreten (Landeshauptstadt Dresden 2021).

Quellenverzeichnis

Landeshauptstadt Dresden (2021): WHO-Projekt Gesunde Städte. URL: <https://www.dresden.de/de/leben/gesundheit/gesundheitsfoerderung/who-projekt.php> (Zugriff am 03.09.2021).

Landeshauptstadt Dresden (2020): Fachleitbild Stadtklima – Planungshinweiskarte. Dresden. URL: https://www.dresden.de/media/pdf/umwelt/ua_5_4_text.pdf sowie https://stadtplan.dresden.de/?TH=UW_PLAN_KLIMA (Zugriff am 04.10.2021).

Landeshauptstadt Dresden (2018): Meinungsumfrage zum Klimawandel in Dresden 2017. Auswertungsbericht. Dresden. URL: https://www.dresden.de/media/pdf/umwelt/Klimaumfrage_Dresden_2017_Auswertungsbericht.pdf (Zugriff am 04.10.2021).

Landeshauptstadt Dresden (2014): 2. Dresdner Bildungsbericht 2014. Zentrale Ergebnisse. Dresden. URL: https://www.dresden.de/media/pdf/bildung/bildungsmanagement/2_Dresdner_Bildungsbericht_Zentrale_Ergebnisse_2014_Gesamt.pdf (Zugriff am 04.10.2021).

Landeshauptstadt Dresden (2012): 1. Dresdner Bildungsbericht 2012. Zentrale Ergebnisse. Dresden. URL: https://ratsinfo.dresden.de/vo0050.asp?__kvonr=5932 (Zugriff am 04.10.2021).

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (2021): HeatResilientCity II. URL: <http://heatresilientcity.de/projekt/projektbeschreibung/> (Zugriff am 03.09.2021).

Looks, Peggy und Peggy Borchers, Franziska Reinfried, Holger Oertel, Joachim Kugler (2020): Umweltgerechtigkeit: Subjektive Hitzebelastung als Folge des Klimawandels in konträren Stadtquartieren. Online publiziert am 02.06.2020. In: Das Gesundheitswesen 2020. URL: https://www.researchgate.net/publication/341835393_Umweltgerechtigkeit_Subjektive_Hitzebelastung_als_Folge_des_Klimawandels_in_kontraren_Stadtquartieren (Zugriff am 03.09.2021).

UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2021): CLIMATE CHANGE 26/2021. Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland. Kurzfassung. Dessau-Roßlau.



Gelsenkirchen: Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bei der Quartiersentwicklung

Kurzbeschreibung: Die Stadt Gelsenkirchen hat einen Partizipationsindex entwickelt, der die gesellschaftlichen Teilhabechancen Gelsenkirchener Kinder abbildet und Handlungsbedarfe für einzelne Sozialräume identifiziert. In dem mehrfach belasteten Stadtteil Schalke-Nord mündete der ermittelte Handlungsbedarf in einer partizipativen Strategieentwicklung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen der Kinder im Stadtteil. Ein neuer Schulgarten, die Aufwertung von Schulhöfen, ein Bewegungsraumkonzept sowie Angebote zur Umweltbildung sind geplante und in Teilen bereits umgesetzte Maßnahmen, die zu mehr Umweltgerechtigkeit beitragen.



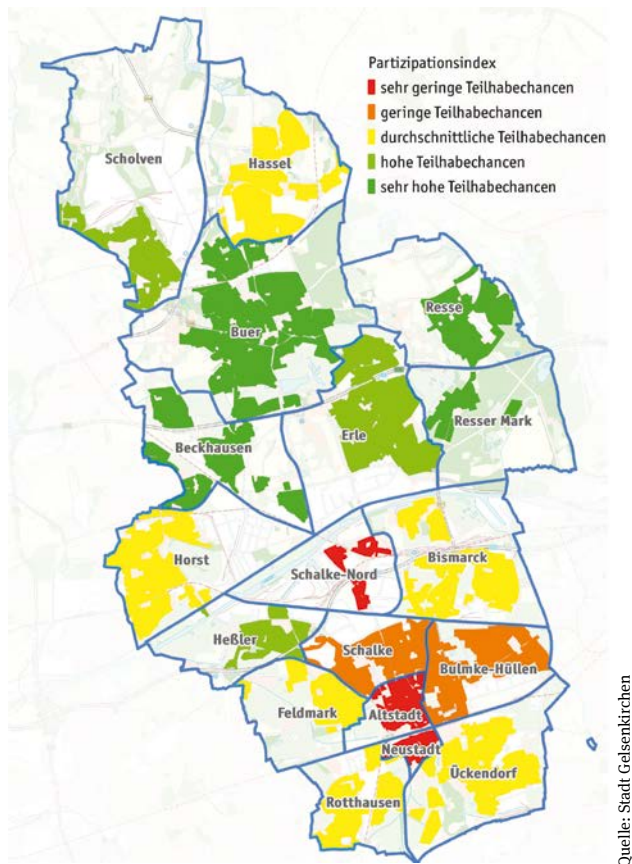
Beteiligung: In Schalke-Nord fand eine umfassende Beteiligung von Akteuren statt, die relevant für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sind: Bildungs- und soziale Einrichtungen, die Eltern sowie die Kinder und Jugendlichen selbst. Gemeinsam identifizierten sie Handlungsansätze, um die Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen im Quartier zu verbessern.

Koordination und Durchführung: Der Arbeitskreis Sozialraum der Stadt ist zuständig für das Sozialmonitoring in Gelsenkirchen und ressortübergreifend besetzt. Der Partizipationsindex für Gelsenkirchener Kinder baut auf dem Monitoring auf. Wird aufgrund der analysierten Daten Handlungsbedarf erkennbar, kommen in den jeweiligen Sozialräumen zur Verfügung stehende Fördermittel prioritär zum Einsatz.

Gesamtstädtisches Sozialmonitoring als Grundlage für Partizipationsindex

Das integrierte sozialräumliche Monitoring ermöglicht es der Gelsenkirchener Politik und Stadtverwaltung, Handlungsbedarfe in der Stadt frühzeitig zu identifizieren und negativen Entwicklungstrends entgegenzusteuern. Im Jahr 2013 hat die Stadt einen Indikatorenkatalog erstellt (Stadt Gelsenkirchen 2013), der seit der letzten Überarbeitung im Jahr 2021 insgesamt 62 Einzelindikatoren aus den Bereichen Bevölkerung/Demografie, Arbeit und Soziales, Gesundheit, Erziehung und Bildung sowie Wohnen und Umwelt enthält. Diese sind – sofern sinnvoll – jeweils nach Migrationshintergrund und Geschlecht differenziert. Im Jahr 2015 wurde außerdem ein Indexsystem entwickelt, das eine differenzierte Auswertung der Daten unter vertiefenden Gesichtspunkten ermöglicht. Ein erster Index wurde zum Thema „Partizipation von Gelsenkirchener Kindern“ erstellt. Dazu erschien im Jahr 2018 ein Bericht unter dem Titel „Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern“ (Stadt Gelsenkirchen 2018).

Für den Bericht wurden die Daten des gesamtstädtischen Indikatorenkatalogs in fünf Teilindizes aufgliedert: wirtschaftliche Lage der Gelsenkirchener Kinder, Integrationsvoraussetzungen, Gesundheitsbedingungen, Bildungsbeteiligung sowie Umweltbedingungen und Wohnen. Die fünf Teilindizes werden mit Daten unter anderem zur Aufenthaltsdauer der Kinder in Kita und Grundschule, zur Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, zu Umweltbelastungen im Wohnumfeld wie Hitzeinseln und Lärm und auch zur „Wohndauer unter drei Jahren“ unter setzt und für insgesamt 40 Sozialräume differenziert analysiert. Die Sozialraumanalyse soll nicht nur die Teilhabemöglichkeiten für Kinder in Gelsenkirchen aufzeigen, sondern vor allem Aufschluss geben über eine vorliegende oder drohende Benachteiligung von Kindern. Ziel ist die Behebung von Missständen: Wenn in bestimmten Sozialräumen potenzielle Benachteiligungen für Kinder und Jugendliche besonders häufig auftreten und bestimmte Ressourcen für ein gutes Aufwachsen fehlen, soll mit gezielten Unterstützungsangeboten gegengesteuert werden (ebd.).



Der Partizipationsindex zeigt Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern in unterschiedlichen Gelsenkirchener Teilräumen auf.

Strategieentwicklung für mehr Teilhabe in Schalke-Nord

Ein Stadtteil, für den sich mit Blick auf die Teilhabechancen von Kindern im Rahmen der Sozialraumanalyse ein besonderer Handlungsbedarf abzeichnet, ist Schalke-Nord. Rund 12.000 Menschen leben dort, davon ca. 1.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 18 Jahren. Im Vergleich zu den übrigen Gebieten in der Stadt haben die Kinder und Jugendlichen in Schalke-Nord einen besonders hohen Anteil an der Stadtteilbevölkerung. In allen fünf untersuchten Teilindizes weist der Stadtteil auffallend niedrige Werte mit Blick auf kindliche Teilhabechancen auf. So kennzeichnen Armut, die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, ein hoher Anteil an neu zugewanderten Migrant*innen mit geringen Deutschkenntnissen, ein hoher Anteil adipöser Kinder und gleichzeitig eine niedrige Quote bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, kurze Aufenthaltsdauern in der Kita und eine hohe Lärmbelastung die Lebens- und Wohnsituation der Kinder in Schalke-Nord (Stadt Gelsenkirchen 2020; Stadt Gelsenkirchen 2018).

In Reaktion auf den sich abzeichnenden Handlungsbedarf erarbeitete die Stadt im Jahr 2019 eine „Strategieentwicklung in Schalke-Nord“ (Stadt Gelsenkirchen 2019). Darin setzt Gelsenkirchen vor allem auf die Sensibilisierung, Mobilisierung, Stärkung und Vernetzung von sozialraumrelevanten Akteuren kindlicher Lebenswelten. Mehrere Strategieworkshops mit sozialen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen und weiteren relevanten Akteuren fanden statt, um mögliche Handlungsansätze für eine Verbesserung der kindlichen Teilhabechancen zu identifizieren. Für einen vertiefenden Einblick in die Lebenswelten von Familien in Schalke-Nord führte die Fachhochschule Münster Elterninterviews und „Straßengespräche“ durch. Fachkräfte begleiteten die Kinder auf „Fotosafaris“. Die Kinder konnten während der „Safaris“ positive Eindrücke fotografisch festhalten, aber auch Problemlagen wie Verschmutzung des öffentlichen Raumes oder mangelnde Angebote auf Spielplätzen und Schulhöfen mit den Fachkräften besprechen. Auf diese Weise wurden die individuellen Bedarfe der Kinder identifiziert und in der weiteren Strategieentwicklung berücksichtigt (Stadt Gelsenkirchen 2020).

Erste Erfolge bei der Umsetzung

Im Ergebnis der unterschiedlichen Beteiligungsformate konnten geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern in Schalke-Nord entwickelt und in Teilen bereits umgesetzt werden. So präsentierten die Kinder die Resultate der „Fotosafaris“ in einer Fotoausstellung und gestalteten mit den Fotos einen Familienkalender, der an die Familien in Schalke-Nord verteilt wurde. Auf diese Weise erfuhren die Kinder nicht nur eine Würdigung und Wertschätzung ihres Engagements, sondern machten auch



Kinder „sehen“ ihr Wohnquartier ...



Foto: Stadt Gelsenkirchen

... und entdecken ihr Umfeld fotografisch.

die Erfahrung, dass ihre Beiträge für ein konkretes Projekt erfolgreich genutzt werden konnten. Darüber hinaus erhielt eine Schule die Grundausstattung für einen neuen Schulgarten, den die Kinder anlegten und seit 2019 unter Anleitung pflegen. Für die Jugendlichen im Stadtteil hat die Stadt Sitzgelegenheiten vor den Räumen der Mobilen Jugendarbeit aufgestellt.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern haben im Jahr 2020 Eingang in das Integrierte Entwicklungskonzept für Schalke-Nord gefunden, welches die Grundlage für die bedarfsgerechte Verwendung von Städtebauförderungsmitteln darstellt. Zu den Maßnahmen zählen beispielsweise die Erstellung eines Bewegungsraumkonzepts, der Neubau einer Tageseinrichtung für Kinder, die Nachnutzung eines Industriegeländes zugunsten einer sozial-integrativen Folgenutzung sowie mehrere Schulhofaufwertungen mit Angeboten für eine bessere Umweltbildung (Stadt Gelsenkirchen 2020).

Stadtweites Engagement zahlreicher Akteure

Die Strategie zur Verbesserung der Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern lebt sowohl in Schalke-Nord als auch in der gesamten Stadt von der Akteursbe-

teiligung in den benachteiligten Stadtteilen und Sozialräumen. Ärzt*innen, Kitas, Schulen, aber auch Sportvereine, Kinderbüchereien oder ehrenamtlich Tätige werden je nach Anlass, Handlungsbedarf und Projektidee zu Runden Tischen eingeladen und für Projekte gewonnen. Die intensive und stetige Zusammenarbeit mit den externen Akteuren ist eine der Stärken der Gelsenkirchener Partizipationsstrategie.

Verwaltungsintern wird auf eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit gesetzt. Für das Monitoring der einzelnen Indikatoren ist der Arbeitskreis Sozialraum zuständig, der im Jahr 2009 eingerichtet wurde. Einmal im Monat treffen sich die Planenden aus den Bereichen Bildung, Jugendhilfe, Stadterneuerung, Verkehr, Umwelt, Gleichstellung, Gesundheitsförderung, Wirtschaftsförderung sowie der Statistikstelle zum Jour fixe, um aktuelle Themen und vertiefende Aspekte zu erörtern. Mit der engen internen ressortübergreifenden Zusammenarbeit und zahlreichen externen Netzwerken und Kooperationspartnern wird an der stetigen Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe Gelsenkirchener Kinder und Jugendlichen gearbeitet (Stadt Gelsenkirchen 2017).

Bereits seit 20 Jahren verfolgt ein städtisches Projekt zur Umweltbildung die Teilhabe aller Gelsenkirchener Kinder. Seit dem Jahr 2001 bietet die Stadt das Gelsenkirchener „Umweltdiplom“ an. Das außerschulische kostenlose Bildungsangebot richtet sich an Kinder zwischen 5 und 12 Jahren, denen mit Aktionen wie „Wildnistraining“, „Waldspiele“, „Wildkräuter-Apotheke“ die Natur und ihre Umwelt kindgerecht und spielerisch nahegebracht werden sollen. 47 Gelsenkirchener Vereine und Institutionen wirken mittlerweile an dem ganzjährigen Programmangebot mit (Stadt Gelsenkirchen 2021).

Quellenverzeichnis

Stadt Gelsenkirchen (2021): Umweltdiplom. https://www.gelsenkirchen.de/de/bildung/auserschulische_bildung/umweltdiplom/index.aspx URL: (Zugriff am 27.10.21).

Stadt Gelsenkirchen (2020): Integriertes Entwicklungskonzept Schalke-Nord 2020. Berlin und Gelsenkirchen.

Stadt Gelsenkirchen (2019): Strategieentwicklung in Schalke-Nord. Ein integrierter Prozess zur kleinräumigen Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabechancen der Kinder im Stadtteil. Gelsenkirchen.

Stadt Gelsenkirchen (2018): Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern. Entwicklung und Stand 2018. Gelsenkirchen.

Stadt Gelsenkirchen (2017): Integriertes sozialräumliches Monitoring für ein kommunales Bildungsmanagement. Power-Point-Präsentation von Thomas Hackmann vom 18.05.2017. Gelsenkirchen. URL: https://www.transferagentur-grossstaedte.de/sites/default/files/presentation_gelsenkirchen_fg_bielefeld.pdf (Zugriff am 27.10.21).

Stadt Gelsenkirchen (2013): Indikatorenkatalog der Stadt Gelsenkirchen. Ein Baustein gesamtstädtischer Steuerung und Planung. Gelsenkirchen.



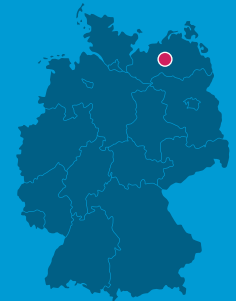
Foto: Stadt Gelsenkirchen

Fotoaufnahmen während einer Kindersafari in Schalke-Nord



Güstrow: Neugestaltung eines Schulhofs und des Schulumfeldes

Kurzbeschreibung: Die Stadt Güstrow hat in der Südstadt im Jahr 2017 den Schulhof der „Schule am Insee“ sowie das Schulumfeld neugestaltet. Die Maßnahme war Teil einer umfassenden Handlungsstrategie zur Wohnumfeldverbesserung im Quartier. Der Stadtteil durchlief nach der politischen Wende einen langanhaltenden negativen Entwicklungstrend, geprägt durch städtebauliche Missstände, Abwanderung und soziale Segregation.



Beteiligung: Die Neugestaltung des Schulhofes und des Schulumfeldes erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Schule und unter Beteiligung der Schüler*innen. Über altersgerechte Beteiligungsformate wurden die Wünsche von Grundschul- und Hortkindern ermittelt. Die Jugendlichen konnten in Zukunftswerkstätten ihre Ideen einbringen.

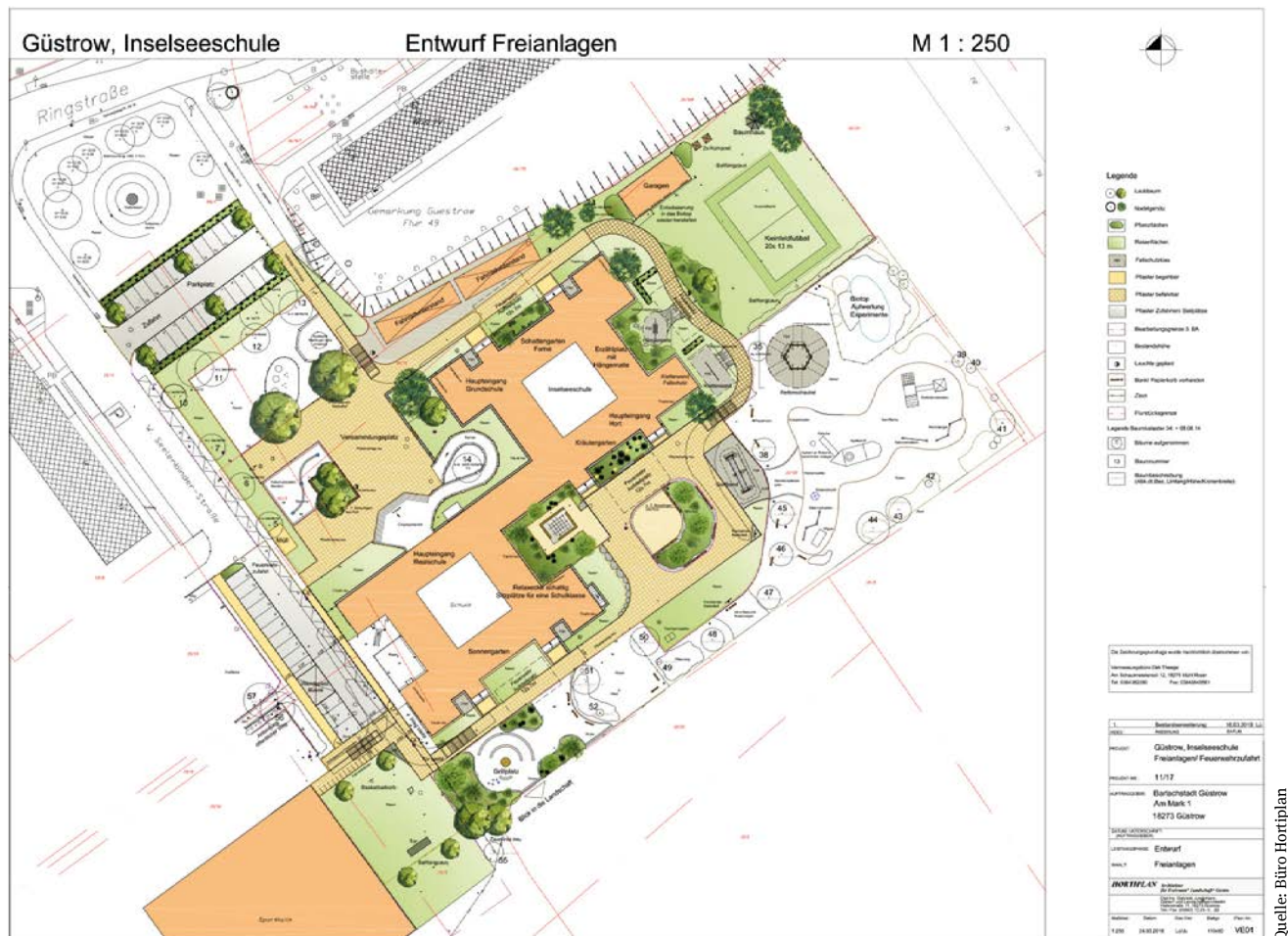
Koordination und Förderung: Das Güstrower Stadtentwicklungsamt koordinierte die Maßnahme federführend. Die Neugestaltung des Schulhofes und des Schulumfeldes ist eine der zentralen Maßnahmen zur Stabilisierung des Stadtteils, die in der Südstadt mit Hilfe von Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm „Stadtumbau“ umgesetzt wurde.

Stabilisierung der mehrfach belasteten Südstadt dank umfassender Strategie

Die Südstadt entstand in den Jahren 1958 bis 1984 am südlichen Rand von Güstrow auf einer Fläche von 98 Hektar. Baulich ist der Stadtteil geprägt durch Zeilenbauten und Gebäude in Großplattenbauweise. Vor der politischen Wende war der Stadtteil bei den Güstrowern sehr beliebt, die Plattenbauten wurden mit „Luxus“ assoziiert. Vor allem Bewohner*innen mit akademischem Hintergrund hatten hier ihren Wohnsitz. Nach der Wende kam in weiten Teilen der Bewohnerschaft der Wunsch nach einem Einfamilienhaus auf. Abwanderung, massiver Leerstand und soziale Segregation waren die Folge. Zunehmende Unsauberkeit, die Zerstörung öffentlicher Bereiche sowie wildes Parken kamen hinzu (Barlachstadt Güstrow 2019). Vor allem die Bewohner*innen, die sich ein Eigenheim nicht leisten konnten, blieben in dem Stadtteil wohnen. Während die Gesamtstadt Güstrow in den Jahren 2002 bis 2017 einen Bevölkerungsrückgang von rund 3,2 Prozent verzeichnete, waren es in der Südstadt 10,1 Prozent. Die Leerstandsquote betrug im Jahr 2002 in der Südstadt 11,5 Prozent. Sofern ein Zuzug erfolgte, geschah dies aufgrund bezahlbarer Mieten durch einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen (Barlachstadt Güstrow 2017a).

Heute leben rund 6.200 Einwohner*innen in der Südstadt. Die Leerstandsquote betrug Ende 2019 noch drei Prozent. Der Stadtteil gilt mittlerweile als stabil. Im Zeitraum 2014 bis 2017 verzeichnete er erstmals wieder Bevölkerungsgewinne. Insbesondere der Anteil der Kinder und Jugendlichen (Altersklassen 0 bis 6 und 6 bis 15 Jahre) sowie der Senior*innen ab 65 Jahren erhöhte sich bis zum Jahr 2019 deutlich. Allerdings haben die Bevölkerungsanteile der Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren sowie die Anteile der Menschen im Haupterwerbsalter (25 bis 65 Jahre) gegenüber dem Jahr 2003 abgenommen. Das hat auch Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote im Stadtteil. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2019, gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, mit 13,7 Prozent deutlich über dem Wert der Gesamtstadt (7,9 Prozent). Auch wenn sich die Arbeitslosenquote in der Südstadt bis 2019 gegenüber dem Jahr 2017 mit 15,4 Prozent Arbeitslosigkeit bereits verringert hat, bleibt der Wert hoch (Barlachstadt Güstrow 2020).

Die Verringerung der Leerstandsquote und die Zugewinne in einzelnen Altersklassen sind auf umfangreiche Investitionen in Rückbau, Stadtumbau und Wohnumfeldverbesserung zurückzuführen. Am Rande der Südstadt ist zudem ein Einfamilienhausgebiet



Entwurf der Neugestaltung des Schulhofs der Regionalschule „Schule am Inselfee“ in Güstrow

entstanden. Mit Hilfe von Städtebauförderungsmit-
teln setzte sich Güstrow ab dem Jahr 1993 zusammen
mit zwei Wohnungsunternehmen – Wohnungsgesell-
schaft Güstrow GmbH (WGG) und Allgemeine Woh-
nungsgenossenschaft e.G. (AWG) – für die Aufwer-
tung des Stadtteils ein. Im Jahr 2002 erarbeitete
Güstrow ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept
(ISEK), das seitdem mehrfach fortgeschrieben wurde
(Barlachstadt Güstrow 2015). Im selben Jahr wurde
die Südstadt in das Städtebauförderungsprogramm
„Stadtumbau“ aufgenommen. Zahlreiche Maßnah-
men zum Stadtumbau und zur Wohnumfeldverbes-
serung wurden über das Programm finanziert. Einen
erheblichen Beitrag zur Stabilisierung des Quartiers
leisteten vor allem auch Investitionen in die soziale
Infrastruktur. Ein Jugendzentrum wurde gebaut, ein
ehemaliges Schulgebäude für seniorenfreundliches
und betreutes Wohnen umgenutzt. Die Neugestal-
tung des Schulhofs und die Verkehrsberuhigung
des Schulumfeldes der Inselseeschule waren für die
Südstadt wichtige Maßnahmen, die im Jahr 2017
zum Abschluss kamen (Barlachstadt Güstrow 2016a;

Barlachstadt Güstrow 2016b). Sie schließen die umfassende Strategie von Güstrow zur Stabilisierung der Südstadt erfolgreich ab.

Aufwertung des Schulstandortes unter Beteiligung der Schüler*innen

An der Regionalschule „Schule am Inselfsee“ werden ca. 550 Schüler*innen der Klassenstufen 1 bis 10 unterrichtet. Außerdem bietet die Schule eine Kita und Hortangebote (Barlachstadt Güstrow 2017b). An den Planungen zur Neugestaltung des Schulhofes waren die Kinder und Jugendlichen der „Schule am Inselfsee“ intensiv beteiligt. Bis zur Neugestaltung des Schulhofes waren die Pausenhofflächen stark vernachlässigt und mit geschlossenen Asphaltdecken nicht mehr zeitgemäß gestaltet. Wunsch der Schule war es, die Flächen weitestgehend zu entsiegeln, zu begrünen und bedarfsgerecht zu möblieren. Bei der Möblierung sollte vor allem auch die Bewegungs- und Gesundheitsförderung berücksichtigt werden. Unter diesen Vorgaben konnten die älteren Schüler*innen ihre Vorstellungen und Ideen in sogenannten Zu-

kunftswerkstätten äußern, die Hortkinder bastelten ihre Wünsche modellhaft. Viele Kinder und Jugendliche wünschten sich ein Fußballfeld, Entspannungsecken im Schatten, eine Kletterwand, Mal- oder Tafelwände, Schaukeln, Baumhäuser oder Pavillons, Hängematten, Sitzplätze und Blumenbeete (Griesbach 2016; Barlachstadt Güstrow 2019).

Ein Großteil der Wünsche konnte mit Hilfe der finanziellen Unterstützung aus dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“ sowie dem Eigenanteil der Stadt realisiert werden. So profitieren die Grundschul- und Hortkinder heute unter anderem von Plätzen zum Fußballspielen, von überdachten Sitzplätzen, Klettergerüsten, einer Sechseckschaukel und einer Hängemattenschaukel. Für die älteren Schüler*innen stehen eine Slagline im Schulbereich und eine Kletterwand im Bereich der Sporthalle bereit. Die Schüler*innen können somit ihre Schulpausen aktiv gestalten und die Angebote auch in der Freizeit nutzen. Die Hofflächen sind ab 17 Uhr frei zugänglich (Griesbach 2017; Barlachstadt Güstrow 2019).

Verkehrsberuhigung im Schulumfeld

Ein weiterer Wunsch der Schule war es, mit der Neugestaltung des Schulhofs auch den direkt angrenzenden Straßenraum so zu verändern, dass die Schüler*innen die angrenzende Sporthalle gefahrenfrei erreichen können, ohne dabei eine öffentliche Verkehrsfläche queren zu müssen. Da die Sporthalle außerhalb der Schulöffnung von Sportvereinen genutzt wird, kam es nicht nur während der Schulöffnungszeiten, sondern auch am Nachmittag und Abend zu starkem Such-, Hol- und Bringverkehr.

Zur Reduzierung des Verkehrs wurde die Stichstraße Werner-Seelenbinder-Straße zwischen Schule bzw. Schulhof und der Sporthalle zurückgebaut. Parkplätze wurden in den vorderen Abschnitt der Werner-Seelenbinder-Straße verlagert und durch eine Parkpalette ergänzt. Die so gewonnenen Flächen wurden für eine fußläufige Verbindung zwischen Schule und Sporthalle neu gepflastert. Teile der wiedergewonnenen Flächen dienen außerdem als Fuß- und Basketballfeld. Ein Sitzplatz für Klassen mit Blick in die offene Landschaft grenzt direkt an die Sport- und Freizeitflächen an. Er kann außerhalb des Schulbetriebs auch als Grillplatz genutzt werden. Die Sport- und Freizeitflächen an der Sporthalle sind ebenfalls frei und jederzeit zugänglich (Barlachstadt Griesbach 2016; Güstrow 2017b).



Foto: Gabriele Jungjohann, Büro Hortiplan

Blick über den Horthof auf den Spielplatz



Foto: Gabriele Jungjohann, Büro Hortiplan

Sechseckschaukel



Foto: Gabriele Jungjohann, Büro Hortiplan

Kleinfeldfußball mit Baumhaus

Beteiligung als zentraler Gedanke für „Die umweltgerechte Stadt“ Güstrow

Für die Neugestaltung des Schulhofes und des Schulumfeldes haben sich zahlreiche Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung eingesetzt. Unter Federführung des Stadtentwicklungsamtes und gemeinsam mit dem Bürgermeister arbeiteten das Schulverwaltungsamt, das Sozialamt, der Sanierungsträger, eine Landschaftsplanerin und eine Architektin sehr konstruktiv zusammen. Vor allem aber ist die Neugestaltung auf eine gute gemeinsame Arbeit mit der Schule und hier insbesondere mit den Schüler*innen und Hortkindern zurückzuführen.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen folgen den Zielen, die Güstrow bereits in den frühen 1990er-Jahren für sich festgelegt hat: Im Jahr 1992 initiierten der Bundesdeutsche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.), das Umweltministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das Landesamt für Umwelt und Natur (LAUN), der Landkreis und die Stadt gemeinsam das Projekt „Die umweltgerechte Stadt“. Das Projekt war breit angelegt und umfasste „alle umweltrelevanten Bereiche (inkl. Umweltbildung/-erziehung), Beziehungen zur Wirtschaft sowie Bürgerbeteiligungen und die Stadt-Umlandbeziehungen“ (Stadt Güstrow 1996: 3). Auf dieser Grundlage erarbeitete die Stadt das Positionspapier „Die umweltgerechte Stadt“, das der Stadtrat im Jahr 1996 beschloss. Das Positionspapier enthält Leitbild, Hauptziele und Handlungsschwerpunkte als Rahmen für die gesamtstädtische Entwicklung für Güstrow und ist seitdem richtungsweisend für das kommunale Verwaltungshandeln (ebd.).

Quellenverzeichnis

Barlachstadt Güstrow (2020): Monitoring Stadtentwicklung für das Stadtumbaugebiet Südstadt. Fortschreibung zum Stichtag 31.12.2019. Güstrow. URL: https://www.guestrow.de/fileadmin/downloads/stadtentwicklung/Monitoring_Stadtentwicklung_Südstadt.pdf (Zugriff am 19.08.2021).

Barlachstadt Güstrow (2019): Wohnumfeldverbesserungsmaßnahme „Südstadt“. Abschlussbericht. Güstrow.

Barlachstadt Güstrow (2017a): Monitoring Stadtentwicklung für das Stadtumbaugebiet Südstadt. Fortschreibung zum Stichtag 31.12.2017. Güstrow. URL: https://www.guestrow.de/fileadmin/downloads/stadtentwicklung/Monitoring_S_ProzentC3_ProzentB-Cdstadt_31.12.2017.pdf (Zugriff am 19.08.2021).

Barlachstadt Güstrow (2017b): „Schule am Insee“/Werner-See-Inseebinder-Straße. Sachstandsbericht mit Fotodokumentation. Güstrow.

Barlachstadt Güstrow (2016a): Stadtumbau Südstadt. Güstrow URL: <https://www.guestrow.de/bauen-wohnen/planen/stadumbau/> (Zugriff am 19.08.2021).

Barlachstadt Güstrow (2016b): Nachrichten und Informationen aus der Barlachstadt Güstrow. Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen und Stadtumbau in der Güstrower Südstadt. URL: https://www.guestrow.de/stadt-kultur-politik/nachrichtenarchiv/pressearchivdetail?tx_news_pi1_Prozent5Baction_Prozent5D=detail&tx_news_pi1_Prozent5Bcontroller_Prozent5D=News-&tx_news_pi1_Prozent5Bnews_Prozent5D=587&cHash=8cf1c185c5355db3e6deec7a4b7a725b (Zugriff am 19.08.2021).

Barlachstadt Güstrow (2015): Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK). 2. Fortschreibung. Güstrow. URL: https://www.guestrow.de/fileadmin/downloads/stadtentwicklung/ISEK_2015_27_02_2015_Abgabefassung_reduziert.pdf (Zugriff am 19.08.2021).

Stadt Güstrow (1996) : Umweltfreundliche Stadt Güstrow. Beitrag zur SRL-Halbjahrestagung vom 16. - 18. Mai 1996 in Oberhausen. Güstrow.

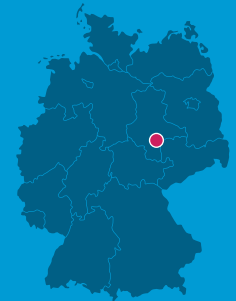
Griesbach, Jens (2017): Neugestaltung an der Schule am Insee in Güstrower Südstadt abgeschlossen. Stadt investiert 900 000 Euro in Schulstandort. Beitrag vom 06.06.2017. In: Düstrower Anzeiger. URL: <https://www.svz.de/16980786> (Zugriff am 19.08.2021).

Griesbach, Jens (2016): Neuer Schulhof für Inseeeschule. Beitrag vom 20.01.2016. In: Düstrower Anzeiger. URL: <https://www.svz.de/12495171> (Zugriff am 19.08.2021).



Halle (Saale): bürgerschaftliches Engagement für einen Nachbarschaftspark

Kurzbeschreibung: Dem Stadtteil Freimfelde in Halle (Saale) fehlt es an öffentlichen Naherholungsflächen. Daher setzt sich die Bewohnerschaft seit dem Jahr 2015 dafür ein, dass brachliegende Gewerbeflächen im Quartier öffentlich zugänglich gemacht und für die Erholung genutzt werden können. Im Jahr 2019 entstand auf einer gewerblichen Brache ein gemeinnützig organisierter Nachbarschaftspark mit einem Bolzplatz, einer Skaterbowl, einem Bauspielplatz und einem Apothekergarten. Der Bedarf an Aufenthaltsflächen in dem gründerzeitlichen Quartier ist hoch, da der Anteil an Kindern und Jugendlichen über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegt. Weitere Benachteiligungen im Stadtteil sind vor allem die hohe Arbeitslosigkeit sowie die hohe Kinderarmut im Vergleich zur Gesamtstadt.



Beteiligung: Die Quartiersbewohner*innen bewarben sich mit ihrer Projektidee für einen Nachbarschaftspark erfolgreich bei der Montag Stiftung Urbane Räume. Diese richtete einen Nachbarschaftsladen ein, damit sich alle Menschen in Freimfelde an der Neugestaltung der Brachfläche beteiligen konnten. In den Jahren 2015 bis 2017 erarbeitete die Bewohnerschaft außerdem gemeinsam mit der Stadtverwaltung, der „Freiraumgalerie“ und weiteren Akteuren das „Bürgerschaftliche Quartierskonzept Freimfelde“. In dem Konzept sind über den Nachbarschaftspark hinaus Ziele und Maßnahmen zur Aufwertung des Quartiers formuliert.

Koordination und Förderung: Der Nachbarschaftspark entstand „auf Augenhöhe“ in kooperativer Zusammenarbeit zwischen der Bewohnerschaft, der Montag Stiftung Urbane Räume und der Stadtverwaltung. Die Montag Stiftung Urbane Räume unterstützte und förderte den Park finanziell. Zusätzlich kamen Eigenmittel der Stadt Halle (Saale) zum Einsatz.

Freiraumdefizit und soziale Benachteiligung im Stadtteil Freimfelde

Östlich des Hauptbahnhofes liegt das gründerzeitliche Quartier Freimfelde. Rund 3.150 Menschen leben in dem Quartier (Stadt Halle 2015), in dem es an öffentlichen Freiflächen fehlt. Die Stadt Halle (Saale) besitzt keine Grundstücke in Freimfelde. Entsprechend weist das Quartier starke Freiraumdefizite auf, außerdem fehlt es an einer attraktiven Straßenbegrünung. Der Bedarf an gestalteten Naherholungsflächen mit Spiel- und Aufenthaltsfunktionen ist jedoch hoch. Kinder und Jugendliche machen einen Anteil von ca. 20 Prozent an der Bevölkerung aus (freiraumgalerie.com online).

Allerdings finden sich an mehreren Stellen in Freimfelde brachliegende, ehemals gewerblich bzw. industriell genutzte Flächen. Häufig handelt es sich dabei um Ruderalflächen, die mit der Zeit auf

Ruinen, betonierten und belasteten Flächen oder Abbruchmaterial entstanden sind. Sie übernehmen teilweise naturräumliche Verbundfunktionen, wirken als Kaltluftflächen oder stellen einen Rückzugsraum für Tiere und Pflanzen dar. Aufgrund mangelnder Pflege beeinträchtigen die Flächen jedoch das Erscheinungsbild von Freimfelde. Außerdem sind sie für die Quartiersbewohner*innen nicht zugänglich und entsprechend nicht nutzbar. Zusätzlich wirkt eine vier Meter hohe Schallschutzwand entlang von Bahngleisen am westlichen Quartiersrand räumlich und optisch beeinträchtigend. Stark befahrene Hauptstraßen inmitten von Freimfelde sowie im Süden und Osten schmälern zusätzlich die Wohn- und Lebensqualität im Stadtteil (ebd.).

Aufgrund des Freiraumdefizits und angesichts hoher Leerstände war das Quartier bis in die 2000er-Jahre hinein in sehr schlechtem Zustand. Soziale Defizite



Foto: Stadt Halle

Das ehemals verwahrloste Grundstück des Nachbarschaftsparks nach der Beräumung

wie eine hohe Arbeitslosigkeit und hohe Kinderarmut im Vergleich zur Gesamtstadt führen zusätzlich zu einer Mehrfachbelastung im Stadtteil (Stadt Halle 2017a). Als die „Freiraumgalerie“, eine Gruppe von jungen Künstler*innen und Stadtplaner*innen, im Jahr 2011 im Rahmen des „Urban Art Festivals“ mehr als 60 Gebäudefassaden in Freimfelde mit großformatigen Wandbildern gestaltete, entstand in der Bewohnerschaft ein neues Interesse am eigenen Wohnumfeld, verbunden mit einem wachsenden bürgerschaftlichen Engagement (freiraumgalerie.com online).

Erstes Gemeinschaftsprojekt im Stadtteil: der Nachbarschaftspark FreiFeld

Im Jahr 2014 gründeten engagierte Bewohner*innen den „Freimfelde e.V.“ mit dem Ziel, eine alte Industriehalle in einen Park umzuwandeln: das FreiFeld (Freimfelde e.V. 2019). Die 6.000 m² große Industriehalle hatte sich bis dahin bereits zu einem Treffpunkt für die Bewohner*innen im Quartier entwickelt. Das verwahrloste Grundstück wurde durch die Eigentümergesellschaft weder gesichert noch gepflegt und beeinträchtigte mit einer abgebrannten Ruine das gesamte Quartier. Die Quartiersbewohner*innen bemühten sich, die Fläche von Müll, Ablagerungen und Wildwuchs zu befreien und dadurch einigermaßen nutzbare, wenn auch nur kleine Freiflächen zu gewinnen. Sitzgelegenheiten wurden gebaut, kleine Beete angelegt und Kunstprojekte realisiert. Im Jahr 2015 bewarb sich der Verein erfolgreich als „Initialkapital-Projekt“ bei der Montag Stiftung Urbane

Räume. Ziel dieser Projekte ist es, Orte zu entwickeln, „an denen Menschen zusammenkommen, voneinander lernen und neue Chancen für sich und das Viertel schaffen“ (montag-stiftungen.de 2021). In diesem Sinne begleitete und unterstützte die Stiftung die Umgestaltung der Brachfläche zu einem Nachbarschaftspark bis zum Jahr 2020 (montag-stiftungen.de 2020).

Die Montag Stiftung erwarb im Jahr 2016 das ehemals industriell genutzte Grundstück von der Eigentümergesellschaft und gründete die Projektgesellschaft „Urbane Nachbarschaft Freimfelde gGmbH“ eine Kooperation der Montag Stiftung Urbane Räume gAG, der Stadt Halle (Saale) und der Freiraumgalerie – Kollektiv für Raumentwicklung GbR. Außerdem richtete sie einen Nachbarschaftsladen im Quartier mit zwei Mitarbeiter*innen der „Urbanen Nachbarschaft Freimfelde gGmbH“ ein. Der Nachbarschaftsladen diente als Anlaufstelle für alle Themen rund um den Bürgerpark (ebd.).

Im Zwei-Wochen-Rhythmus fanden in dem Nachbarschaftsladen nach Aussage der Beteiligten offene Projektstunden statt. Teilnehmer*innen waren der Freimfelde e.V., Interessierte und Akteure aus dem Quartier, Vertreter*innen der Stadtverwaltung und ein Landschaftsarchitekturbüro, das die Bewohnerschaft in einem kooperativen Auswahlverfahren ausgewählt hatte und das schließlich von der Stadtverwaltung mit der Neugestaltung der Industriehalle beauftragt worden war. Einmal wöchentlich wurde

zudem ein offener Treff auf dem Gelände organisiert. Für die Bewohnerschaft wurden auf diese Weise vielfältige Möglichkeiten geschaffen, sich in den Umgestaltungsprozess einzubringen und Projekte für den Park zu entwickeln.

Durch die enge Zusammenarbeit der bürgerschaftlichen Akteure, der Stadtverwaltung, der Freiraumgalerie und der Montag Stiftung entstand bis 2019 ein öffentliches Gelände mit unterschiedlichen Bereichen für alle Generationen im Quartier, das im Mai 2019 als Nachbarschaftspark mit einem großen Fest eröffnet wurde (montag-stiftungen.de 2020). Eine Elterngruppe aus dem Quartier betreut seitdem einen „Spielbereich“ und entwickelt ihn kontinuierlich weiter. Ein „Bauspielplatz“ wird von der Kinder- und Jugendförderung der Stadt pädagogisch betreut. Auch den Bolzplatz nutzen die Kindern und Jugendlichen im Quartier intensiv. Im „Apothekergarten“ finden themenbezogene Veranstaltungen, Workshops und Events statt. Darüber hinaus bietet ein „Urban Gardening“-Bereich Interessierten die Möglichkeit, Hochbeete für die Eigennutzung anzumieten. Für Menschen mit Handicap wurden rollstuhlgerechte Hochbeete angelegt. Der Freimfelde e.V. betreut außerdem mehrere Projekte zur Naturbildung, wie zum Beispiel die „Internationalen Beete“, ein Gemeinschaftsprojekt mit Geflüchteten.

Finanzierung fernab von Förderkulissen

Freimfelde ist weder Bestandteil eines Fördergebietes der Städtebauförderung noch anderer Förderkulissen. Daher galt es von Beginn an, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Die Projektaufnahme in das Programm „Initialkapital“ der Montag Stiftung Urbane Räume spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle (montag-stiftungen.de 2021). In einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Montag Stiftung und der Stadt Halle verpflichtete sich die Stiftung, das Grundstück zu erwerben, die Gestaltung der Flächen und die Einrichtung eines Nachbarschaftsladens zu übernehmen sowie drei Jahre lang in einen Quartiersfonds einzuzahlen. Über den Quartiersfonds werden gemeinnützige Projekte realisiert. Zusätzlich setzte die Stiftung eigene Gelder für die Herrichtung des Grundgerüsts mit Wegen, Zäunen, Modellierung und Bepflanzung sowie für den Bau des Bolzplatzes ein (montag-stiftungen.de 2020).

Die Stadt verpflichtete sich im Gegenzug, das Grundstück zu entsiegeln und zu renaturieren und eben-



Foto: Stadt Halle

Festival All You Can Plant 2018 auf dem Freimfelde

falls in den Quartiersfonds Freimfelde einzuzahlen (ebd.). Außerdem sicherte die Stadt die Fläche als naturschutzrechtliche Ausgleichsfläche und verknüpfte sie mit einem Bebauungsplan zur Erweiterung der Universitätsklinik Halle (Saale) (Stadt Halle 2017b). Auf diese Weise ließen sich nach Aussage der Stadtverwaltung die Entsiegelung und Renaturierung des Grundstücks finanzieren, auf dem der Nachbarschaftspark angelegt wurde. Den langfristigen öffentlichen Zugang zum Parkgrundstück sicherte die Stadt über eine Eintragung im Grundbuch.

Fernab „klassischer“ Förderkulissen ist auf diese Weise die erste große, gemeinnützig organisierte Grünfläche in der Stadt entstanden. Seit der Fertigstellung des Geländes hat sich der Park als Treffpunkt im Quartier etabliert. Im Januar 2020 übergab die Montag Stiftung das Grundstück in die Verantwortung des Freimfelde e.V. (montag-stiftungen.de 2020). Der Verein ist seither für die Fläche eigenständig verantwortlich. Alle mit dem Grundstückseigentum verbundenen Kosten müssen künftig durch den Verein getragen werden.



Foto: Stadt Halle

Hochbeete im Nachbarschaftspark Freimfelde

Verstetigung der bürgerschaftlichen Aktivitäten

Zeitgleich zu den Aktivitäten rund um den Nachbarschaftspark kam der Wunsch in der Bürgerschaft auf, ein Entwicklungsszenario für das gesamte Quartier zu entwickeln. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung und der Freiraumgalerie wurde in den Jahren 2015 bis 2017 das „Bürgerschaftliche Quartierskonzept Freimfelde“ erarbeitet und im Jahr 2017 vom Stadtrat beschlossen (Stadt Halle Online). Darin sind Ziele und Maßnahmen zur weiteren Aufwertung des Quartiers Freimfelde formuliert (Stadt Halle 2017a). Es dient als Planungsgrundlage für die gemeinschaftliche Stadtteilentwicklung in Freimfelde. Ziel ist, über den Nachbarschaftspark hinaus Brachflächen als grüne Inseln im Quartier zu gestalten und zu sichern. Wie dies mit Hilfe von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme gelingen kann, wurde in den Jahren 2016 bis 2021 im Modellvorhaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) „Stadt Halle (Saale): ‚Stadtgrüninseln‘ – Facetten von urbanem Grün zur Stadtteilbegrünung in Freimfelde“ modellhaft erprobt (BBR 2020–2021).

Auch wenn nach wie vor stadtstrukturelle und soziale Defizite im Quartier bestehen, haben sich die Lebensqualität der Bewohner*innen in Freimfelde und ihre Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld deutlich erhöht. Der Park hat sich über Freimfelde hinaus als Treffpunkt und Aktionsort etabliert. Er trägt wesentlich zur Verbesserung des Images von Freimfelde bei. In der im Jahr 2021 beschlossenen Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt wird der Park als „vereinsgebundener sonstiger Spielplatz“ aufgeführt, um die nunmehr deutlich verbesserte Versorgung in Freimfelde mit Spiel- und Sportflächen abzubilden und zu würdigen (Stadt Halle 2020).



Foto: Stadt Halle

Weidentippis im Nachbarschaftspark Freifeld

Quellenverzeichnis

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2020–2021): Modellvorhaben Stadt Halle (Saale): „Stadtgrüninseln“ – Facetten von urbanem Grün zur Stadtteilbegrünung in Freimfelde. Bonn. URL: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programm/exwost/Forschungsfelder/2016/green-urban-labs/modellvorhaben/halle.html> (Zugriff am 26.10.2021).

Freimfelde e.V. (2019): Wir sind der Freimfelde e.V.! URL: <https://www.freimfelde-ev.de> (Zugriff am 19.09.2021).

freiraumgalerie.com (online): Urban Development. URL: <https://www.freiraumgalerie.com/urban-development/> (Zugriff am 26.10.2021).

montag-stiftungen.de (2021): Wissenstransfer vor Ort. URL: <https://www.montag-stiftungen.de/ueber-uns/montag-stiftung-urbane-raeume/neues/210830-inka-klausur-2021> (Zugriff am 26.10.2021).

montag-stiftungen.de (2020): Bürgerpark Freifeld. URL: <https://www.montag-stiftungen.de/handlungsfelder/chancengerechte-stadtteilentwicklung/urbane-nachbarschaft-freimfelde> (Zugriff am 19.09.2021).

Stadt Halle (Saale) (2021a): Bürgerschaftliches Quartierskonzept Halle-Freimfelde. URL: <https://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Raumliche-Konzepte/Buergerschaftliches-09749/index.aspx> (Zugriff am 19.09.2021).

Stadt Halle (Saale) (2021b): Stadtentwicklung in Halle (Saale). URL: <https://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/> (Zugriff am 26.10.2021).

Stadt Halle (Saale) (2020): Spielflächenkonzeption Halle (Saale). 3. Fortschreibung. Halle.

Stadt Halle (Saale) (2017a): Bürgerschaftliches Quartierskonzept. Halle – Freimfelde. Halle (Saale).

Stadt Halle (Saale) (2017b): Bebauungsplan Nr. 59.1 „Klinikum Kröllwitz“. 2. Änderung. Begründung zum Entwurf. Halle (Saale).

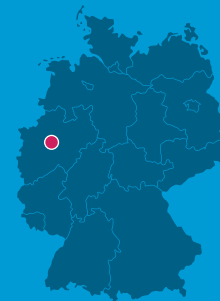
Stadt Halle (Saale) (2015): Stadteilkatalog 2015. Halle (Saale). URL: <https://mobile.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Stadteile-und-Stadt-09564/Stadteil-Halle/Stadtviertel-Freimf-09625/> (Zugriff am 26.10.2021).

Stadt Halle (Saale) (Online): Bürgerschaftliches Quartierskonzept Halle-Freimfelde. URL: <https://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Raumliche-Konzepte/Buergerschaftliches-09749/index.aspx> (Zugriff am 26.10.2021).



Herne: Verknüpfung von Prävention und Gesundheitsförderung mit Klimaschutz und Klimaanpassung

Kurzbeschreibung: Im Jahr 2019 hat die Stadt Herne ihr Integriertes Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2013 weiterentwickelt. Die Stadt hat darin die Fachdisziplinen Prävention, Gesundheitsförderung, Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander verknüpft und sich auch die Schaffung von Umweltgerechtigkeit zum Ziel gesetzt. Maßnahmen, die eben dieses Ziel verfolgen, hat Herne bereits erfolgreich in dem mehrfach belasteten Stadtteil Wanne-Süd umgesetzt. Wanne-Süd war in den Jahren 2018 bis 2021 Pilotraum im Projekt „First Mover“, das die Umsetzung gesundheitsförderlicher und sozial-integrativer Maßnahmen auf Stadtteilebene erprobt hat. Neben Maßnahmen aus dem Integrierten Klimaschutzkonzept sollen darüber hinaus Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel prioritär in Wanne-Süd umgesetzt werden. Der Stadtteil dient damit als Vorbild für weitere Gebiete in der Stadt, in denen integrierte Maßnahmen umgesetzt werden sollen.



Beteiligung: Für die Verknüpfung von Prävention, Gesundheitsförderung, Klimaschutz und Klimaanpassung im Rahmen des Klimaschutzkonzepts beteiligte die Stadt Herne die Hochschule für Gesundheit Bochum. Bei der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen ist eine intensive Einbindung der Bevölkerung geplant. Vor allem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stand bei den „First Mover“-Aktivitäten, die in Wanne-Süd erprobt wurden, im Vordergrund.

Koordination und Förderung: Das Integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Herne wurde unter Federführung des Fachbereichs Umwelt und Stadtplanung von einem externen Ingenieurbüro erstellt. Für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes hat Herne im Jahr 2020 eine Stelle für das Klimaschutzmanagement eingerichtet. Sowohl für die Erstellung des Klimaschutzkonzepts als auch für die Einrichtung des Klimaschutzmanagements wurden Mittel aus der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums eingesetzt.

Umweltgerechtigkeit als Bestandteil von Klimaschutz

Im Jahr 2019 hat die Stadt Herne das Integrierte Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2013 weiterentwickelt und vom Rat beschließen lassen. Mit dem Konzept hat sich die Stadt das Ziel gesetzt, dem Klimawandel mit einem interdisziplinären Ansatz zu begegnen. Daher wurden der Verknüpfung der Fachdisziplinen Prävention, Gesundheitsförderung, Klimaschutz und Klimaanpassung ein eigenes Kapitel gewidmet und der integrierte Ansatz um den Aspekt der Umweltgerechtigkeit ergänzt.

Wie die einzelnen Themen und Handlungsfelder ineinandergreifen, verdeutlicht die Stadt mit einigen Beispielen im Konzept. So ist unter anderem der Einbau von Energiesparfenstern ein erklärtes Ziel im

Klimaschutz. Energiesparfenster senken den Energieverbrauch und reduzieren die Lärmbelastung im Gebäudeinnern, erzielen also gleichermaßen Klimaschutz- und gesundheitsrelevante Effekte. Auch der Einbau von Lüftungsanlagen kann den Energiebedarf mindern, während gleichzeitig die Belastung durch Staub und Pollen in den Wohnungen begrenzt wird. Lüftungsanlagen können an verkehrsbelasteten Standorten somit neben Klimaschutz und Gesundheit auch der Klimafolgenanpassung dienen, da vor allem Pollenallergien durch den Klimawandel stark zunehmen (Stadt Herne 2019a).

Umweltbelastungen treffen in Herne vor allem sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen: „Eine stärkere Belastung durch negative Umwelteinflüsse ist insbesondere bei Personen mit niedrigem Sozialstatus



Foto: Stadt Herne

Wanne-Süd im Luftbild

erkennbar, welche häufiger von verkehrsbedingten Gesundheitsbelastungen in Form von Lärm und Luftverschmutzung beeinträchtigt sind, als der Rest der Gesellschaft.“ (Stadt Herne 2019a: 53-54) Für mehr Umweltgerechtigkeit will die Stadt daher Handlungsräume identifizieren, in denen die Lebensbedingungen der Menschen durch eine Verknüpfung der Handlungsfelder Prävention, Gesundheitsförderung, Klimaschutz und Klimaanpassung verbessert werden können. Vor allem mehrfach belastete Stadtteile rücken in diesem Zusammenhang in den Fokus.

Pilotraum Wanne-Süd als Vorbild für andere Stadtteile

Ein Handlungsraum, in dem integrierte Maßnahmen im Sinne der Umweltgerechtigkeit bereits erprobt wurden, ist der mehrfach belastete Stadtteil Wanne-Süd. Wanne-Süd ist einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile in Herne. Rund 9.500 Menschen leben in dem mehrfach belasteten Stadtteil. Das Quartier weist gegenüber der Gesamtstadt eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf, auch der Bevölkerungsanteil, der eine Grundsicherung nach SGB II bezieht, ist hier höher als in der Gesamtstadt. Rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre lebt in einer Bedarfsgemeinschaft. Unter den Kindern und Jugendlichen in Wanne-Süd wurde zudem ein erhöhter Anteil über-, aber auch untergewichtiger Schulanfänger*innen festgestellt. Auch strukturelle Funktionsverluste weist der Stadtteil auf. Die Ausstattung mit wohnungsnahen Grün- und Freiflächen sowie die Gestaltungs- und Aufenthalts-

qualität der öffentlichen Räume sind unzureichend, Leerstand und Brachflächen beeinträchtigen das Erscheinungsbild (Stadt Herne 2015).

Aufgrund der sozialen Benachteiligung wurde Wanne-Süd zunächst als Pilotraum für das Modellprojekt „First Mover“ ausgewählt, das vom Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2018 bis 2021 gefördert wurde. Ziel von „First Mover“ war, die Lebensqualität der Bevölkerung in Wanne-Süd unter anderem durch niedrigschwellige Angebote im Quartier zu verbessern, einen bewegungsförderlichen Lebensraum zu schaffen und Gesundheitskompetenzen zu vermitteln (LZG.NRW o.J.). Eine Maßnahme, die im Rahmen von „First Mover“ erfolgreich umgesetzt wurde, ist der „Gesundheitskoffer“ der Stadt Herne.



Foto: Stadt Herne

Gesundheitskoffer der Stadt Herne



Foto: Stadt Herne

Wasserspielplatz Buschmannshof Wanne

Er enthält eine Materialsammlung für die Vor- und Grundschule zu verschiedenen gesundheitlichen Fragestellungen – teils mit Umweltbezug – und kann von Betreuer*innen und Lehrkräften bei der Stadt ausgeliehen werden. Spiele, bebilderte Geschichten und weiteres Anschauungsmaterial ermöglichen eine altersgerechte Auseinandersetzung mit gesundem, klimaangepasstem Ernährungs- und Trinkverhalten. Das Sinnesorgan „Ohr“ wird mit Blick auf seine Bedeutung für die Themen Lärm und Lärmprävention im Alltag vorgestellt. Eine weitere „First Mover“-Maßnahme umfasste den Bau von Hochbeeten in einem Jugendzentrum. Die Umweltbildung stand dabei im Vordergrund (Stadt Herne online o.J.a). Die in der Laufzeit von „First Mover“ unternommenen Aktivitäten werden im Zuge der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ausgewertet und auf andere Stadtgebiete übertragen.

Abbau struktureller Defizite in Wanne-Süd durch Klimaanpassung

Die Begrünung von Stadtteilen ist für den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Herne ebenfalls ein erklärtes Ziel. Anpflanzungen tragen zu einem qualitätvollen Wohnumfeld bei und stärken damit Wohnquartiere innerhalb des Siedlungszusammenhangs. Gleichzeitig verbessert eine Erhöhung des Grünanteils das Mikroklima und passt Quartiere an die negativen Folgen des Klimawandels an. Auch in diesem Zusammenhang ist Wanne-Süd ein Handlungsraum, in dem Maßnahmen zur Umsetzung kommen sollen: Das „Klimafolgenanpassungskonzept für die Stadt

Herne“, das zeitgleich zum Klimaschutzkonzept erarbeitet wurde, identifiziert den Stadtteil als „Raum mit Mehrfachbelastung“, in dem ein besonderes Gefahrenpotenzial aufgrund von Hitze und Starkregen/Überflutung in Kombination mit einer hohen Vulnerabilität in der Bevölkerung vorliegt (Stadt Herne 2019b).

Zunächst wird in Wanne-Süd die Aufwertung des Straßenbegleitgrüns erfolgen. Vorhandene Baumscheiben werden vergrößert und Lücken mit Jungbäumen gefüllt. In der sogenannten Roadmap zum Klimafolgenanpassungskonzept werden weitere Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum von Wanne-Süd beitragen (Stadt Herne 2021). Um vor allem Belastungen durch Hitze abzubauen, ist unter anderem die klimage-



Foto: Stadt Herne

Bepflanzung von Hochbeeten in Wanne-Süd

rechte Umgestaltung eines vollständig versiegelten Platzes geplant, an dem überwiegend ältere Menschen und Menschen mit niedrigem ökonomischem Potenzial leben. Diese und weitere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und zur Klimaanpassung werden mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt (seit dem Jahr 2020 „Sozialer Zusammenhalt“ finanziert, Stadt Herne online o.J.b).

Integrierte Handlungsansätze auf allen Ebenen

Die Verknüpfung der Handlungsfelder Prävention, Gesundheitsförderung, Klimaschutz und Klimaanpassung gelingt in Herne durch eine intensive interdisziplinäre Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Für die Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes und die Verknüpfung der verschiedenen Handlungsfelder hat die Stadt Herne eng mit der Hochschule für Gesundheit Bochum zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit wird weiter verstetigt. Im Fachbereich Gesundheitsmanagement der Stadt wurde im Jahr 2020 eine halbe Stelle geschaffen, die einen Fachplan „Gesundheit“ erarbeiten soll. Der Mitarbeiter ist ebenfalls mit einer halben Stelle im Department of Community Health der Bochumer Hochschule für Gesundheit tätig (idw 2020).

Für die stadtweite Umsetzung sowohl von Klimaschutzmaßnahmen als auch von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel hat die Stadt Herne im Jahr 2020 eine Stelle für das Klimaschutzmanagement eingerichtet. Das Management koordiniert die Vernetzung mit lokalen Akteur*innen auf Quartiers-ebene und stellt dadurch den integrierten Ansatz der Maßnahmen sicher. Auch die gesamtstädtische Vernetzung von lokalen Akteur*innen zählt mit zum Aufgabenbereich des Klimaschutzmanagements. Die Personalstelle wird über Fördermittel aus der Kommunalrichtlinie finanziert.

Quellenverzeichnis

idw – Informationsdienst Wissenschaft e.V. (2020): Räumliche Planung mit Gesundheitsförderung vereinen. Beitrag vom 02.07.2020 von Dr. Christiane Krüger, Pressestelle Hochschule für Gesundheit. Bochum. URL: <https://idw-online.de/de/news750516> (Zugriff am 25.08.2021).

LZG.NRW – Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (o.J.): First Mover. Herne als First Mover für mehr Lebensqualität. URL: https://www.lzg.nrw.de/_php/login/dl.php?u=/_media/pdf/ges_foerd/steckbrief_first_mover.pdf (Zugriff am 25.08.2021).

Stadt Herne (2021): Vorstellung der Roadmap – Handlungsstrategie Klimafolgenanpassung – Herne. Beschlussvorlage. Herne.

Stadt Herne (2019a): Integriertes Klimaschutzkonzept – Maßnahmen Klimaschutz / Gesundheitsförderung / Umweltgerechtigkeit. Herne.

Stadt Herne (2019b): Klimafolgenanpassungskonzept für die Stadt Herne. Herne.

Stadt Herne (2015): Integriertes Handlungskonzept (iHK) Wanne-Süd. Herne. URL: <https://www.herne.de/PDF/bauen/Projekte-in-Herne/Soziale-Stadt-Wanne-Süd/iHK-Wanne-Süd-final.pdf> (Zugriff am 25.08.2021).

Stadt Herne (online) (o.J.a): Herne als Modellkommune für mehr Lebensqualität in allen Lebenslagen. URL: <https://www.herne.de/Stadt-und-Leben/Gesundheit/First-Mover/> (Zugriff am 25.08.2021).

Stadt Herne (online) (o.J.b): Soziale Stadt Wanne-Süd. URL: <https://www.herne.de/Wirtschaft-und-Infrastruktur/Stadtplanung/Projekte-in-Herne/Soziale-Stadt-Wanne-Süd/> (Zugriff am 25.08.2021).



Foto: Stadt Herne

Straßenzug in Wanne-Süd



Umsetzung von Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in Kassel, Marburg und München

Von 2016 bis 2018 förderte das Umweltbundesamt (UBA) das Forschungsprojekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“. Wissenschaftlich begleitet durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) erprobten drei Pilotkommunen, wie der vergleichsweise neue Ansatz Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis umgesetzt werden kann. Dabei wurde u.a. den Fragen nachgegangen, welche pro-grammatischen, strategischen und instrumentellen

Andockpunkte für den Ansatz Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Verwaltung bestehen, wie mehrfach belastete Teilräume identifiziert werden können, welche Maßnahmen geeignet sind, um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen, und wie sich der Ansatz Umweltgerechtigkeit in Politik und Verwaltung verankern lässt (vgl. Böhme et al. 2019). Die Vorgehensweisen der mitwirkenden Städte Kassel, Marburg und München sind beispielgebend für andere Kommunen und werden im Folgenden illustriert.

Kassel: strategische und organisatorische Verankerung von Umweltgerechtigkeit

Kurzbeschreibung: Die Stadt Kassel hat im Rahmen des Pilotprojekts einen strategischen Ansatz entwickelt, um das Thema Umweltgerechtigkeit vor Ort auf den Weg zu bringen. Die Grundlage des Ansatzes bildet eine gesamtstädtisch angelegte Analyse- und Konzeptarbeit. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe hat mehrfach belastete Teilräume identifiziert und die Anschlussfähigkeit von Umweltgerechtigkeit zu laufenden Programmen und Planungen herausgearbeitet. Die Umsetzung von Maßnahmen auf Quartiersebene hat der Magistrat der Stadt bereits beschlossen, sie steht allerdings noch aus.



Beteiligung: Die integrierten Analysen zur sozialen Lage und zur Umweltsituation in Kassel sind Ergebnis der Arbeiten einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe, unter Einbindung der zuständigen Dezernent*innen. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse band dieser Akteurskreis die Stadtpolitik umfassend ein. Er hob darüber hinaus hervor, dass die breite und prozessuale Beteiligung der Stadtgesellschaft eine „wichtige nächste Aufgabe für Umweltgerechtigkeit“ ist (Magistrat der Stadt Kassel 2020a: 67).

Koordination und Förderung: Wegbereitend für die strategische und organisatorische Verankerung von Umweltgerechtigkeit ist ein integrativer Organisationsansatz in der Verwaltung. Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit, die sich im Zuge des Pilotprojekts gründete, baut hierauf auf. Die Federführung hat das Umwelt- und Gartenamt inne. Anlass und Rahmen gab das Pilotprojekt. Eine darüber hinausgehende finanzielle Förderung erhielt die Stadt Kassel nicht.

Ausgangspunkt: Gesundheitsförderliche Lebensbedingungen gestalten und Teilnahme an Pilotprojekt

Die Stadt Kassel arbeitet seit mehr als 25 Jahren intensiv an der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen. Sie ist seit 1994 Mitglied im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ (Starick et al. 2020: 321). Die damit verbundene Verpflichtung zu einer „Gesun-

den Stadt“ hat sie im Jahr 2007 in ihrem Zukunftsprogramm strategisch-konzeptionell bekräftigt. Für die Intensivierung ihrer Aktivitäten hat Kassel zusammen mit den Städten Marburg und München von 2016 bis 2018 als Pilotkommune an dem vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilot-



Foto: Weber-Fotografie-Kassel

Buga-See in der Fuldaaue

projekt in deutschen Kommunen“ (Böhme et al. 2019) teilgenommen.

Die Mitwirkung am Projekt eröffnete Kassel die Chance, Umweltgerechtigkeit als Analyseinstrument und Handlungsfeld auf- und auszubauen. Hierbei konzentrierte sich Kassel zunächst auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses von Umweltgerechtigkeit sowie die strategische Bearbeitung und instrumentelle Verankerung des Ansatzes Umweltgerechtigkeit. Wegbereitend hierfür waren der integrative Organisationsansatz in der Verwaltung sowie die im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt gegründete Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit.

Ämter- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit

Bereits seit dem Jahr 2014 wird in Kassel die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit für eine „Gesunde Stadt“ betrieben, mit dem Ziel, Strategien und Maßnahmen der räumlichen Planung für die Gesundheitsförderung zu erschließen (Starick et al. 2020: 321). Dies war auch für die Bearbeitung des Themas Umweltgerechtigkeit förderlich. Während der Phase des Pilotprojekts wurde eine „Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit“ im Verwaltungsquerschnitt konstituiert. Diese bildete das Fundament für eine integrierte Bearbeitung des Themas Umweltgerechtigkeit (Starick et al. 2018: 16). An ihr nahmen unter Beteiligung der Dezernentin für Jugend, Frauen, Gesundheit und Bildung sowie des Dezernenten für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt neun Fachämter teil. Diese reprä-

sentierten den sozialen, den umweltbezogenen, den bauenden und den planenden Bereich. Eine wichtige Schnittstelle nahmen die Statistikstelle und das Amt für Vermessung und Geoinformation ein. Deren Kompetenzen im Geodatenmanagement erwiesen sich als Erfolgsfaktor des Projekts (ebd.). Die Projektleitung hatte das Umwelt- und Gartenamt inne. Innerhalb dieser Arbeitsgruppe wurden drei Unterarbeitsgruppen gebildet:

- ▶ AG „Begriff und Konzept“,
- ▶ AG „Gesamtstädtische Analyse“,
- ▶ AG „Auswahl und Bearbeitung eines Beispielgebietes“.

Auch wenn die formelle Arbeitsgruppe nach Ende des Pilotprojekts in dieser Form zunächst nicht mehr existiert, betreiben die mitwirkenden Ressorts auf informellem Weg den ämterübergreifenden Austausch weiter.

Quartiersbezüge: Identifizierung mehrfach belasteter Gebiete und pilothafte Umsetzung

Kern des bislang Erreichten ist eine gesamtstädtische indikatorenbasierte Analyse der sozialen Lage sowie der Umweltsituation in Kassel. Diese bildet das Fundament für die Identifizierung mehrfach belasteter Teilräume (Starick et al. 2020: 323; Magistrat der Stadt Kassel 2000a). Dafür hat die Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit Daten zu ausgewählten Basisindikatoren für die soziale Lage (u.a. Anteil Kinderarmut,

Anteil Jugendarbeitslose) und die Umweltsituation (u.a. Lärmbelastung durch Straßenverkehr, fehlende Versorgung mit öffentlichen Grünflächen) kleinräumig ausgewertet und mit Hilfe eines Geoinformationssystems (GIS) aggregiert und visualisiert. Die so generierten Mehrfachbelastungskarten „Soziale Lage“ und „Umweltsituation“ wurden zur Mehrfachbelastungskarte „Umweltsituation und soziale Lage“ überlagert. Diese Karten ermöglichen es der Verwaltung, Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf zu identifizieren, und bilden eine wichtige Basis für den fachlichen und öffentlichen Austausch über Umweltgerechtigkeit (Starick et al. 2018: 16).

Die Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit hat Umsetzungsmöglichkeiten von Umweltgerechtigkeit auf der Quartiersebene zunächst pilothaft geprüft. In der mehrfach belasteten „Nördlichen Unterneustadt“ im Kasseler Osten hat sie Ziele, Strategien und Maßnahmen des bestehenden Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Kasseler Osten mit Daten und Informationen zu gesundheitsbezogenen Umweltbelastungen und -ressourcen überprüft und verknüpft, die in einer Detailanalyse gewonnenen wurden. Hierdurch konnte sie Potenziale zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit im Stadtteil erschließen (Magistrat der Stadt Kassel 2020a: 47f.; Difu 2021). Die Detailanalyse betrachtete dabei zusätzliche Indikatoren. Diese bezogen sich auf die soziodemografische Zusammensetzung der Bevölkerung im Quartier nach vulnerablen Gruppen (Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche, Personen über 65 Jahre, Hochaltrige), auf die Erreichbarkeit von Haltepunkten des öffentlichen Personennahverkehrs sowie auf die Wohnfläche je Einwohner*in und je Wohnung. Darüber hinaus berücksichtigt die Analyse Ergebnisse zu in der Vergangenheit durchgeführten Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung (Böhme et al. 2019: 48).

Verankerung von Umweltgerechtigkeit auf gesamtstädtischer Ebene

Die Arbeitsgruppe Umweltgerechtigkeit erarbeitete darüber hinaus drei Möglichkeiten der „Integration“ von Umweltgerechtigkeit in bestehende Planungsinstrumente (Magistrat der Stadt Kassel 2020a: 62, im Folgenden 62ff.):

- Planungen und Konzepte aus den unterschiedlichen Ämtern und Fachrichtungen können eine Unterstützung für die Umsetzung von Umweltge-

rechtigkeit sein, wenn sie Maßnahmen enthalten, die mit den Zielen von Umweltgerechtigkeit kongruent sind und diese Maßnahmen auch umgesetzt werden.

- Ergebnisse aus der gesamtstädtischen Analyse zu Umweltgerechtigkeit können in andere Planungen übernommen werden, und auf ihrer Basis kann eine räumliche Priorisierung für die Umsetzung ihrer Maßnahmen stattfinden.
- Der methodologische Ansatz, nach dem aus der Verortung einer oder mehrerer Belastungen prioritäre Handlungsräume identifiziert werden, kann für andere Planungen übernommen werden.

Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung, Waldtal, Marburg

Im Zuge ihrer Aktivitäten als Pilotkommune im Forschungsprojekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ hat Marburg einen kleinräumigen Ansatz Umweltgerechtigkeit entwickelt. Dieser ist praxisorientiert in die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ eingebettet. Umweltgerechtigkeit wird so im Verbund mit dem Handlungsfeld Gesundheit Teil der Integrierten Entwicklungskonzepte für zwei Programmgebiete und damit Grundlage für dort unmittelbar anstehende Maßnahmen und Projekte. So werden beispielsweise im zukünftigen Nachbarschaftszentrum Waldtal niedrigschwellige gesundheitsbezogene Dienstleistungen eng verzahnt mit sozialer Arbeit wohnortnah bereitgestellt. Im Wohnumfeld und auf Freiflächen wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität, Bewegungsförderung und naturnahen Bepflanzung unter Mitwirkung der Bewohner*innen umgesetzt. Darüber hinaus können über einen Verfügungsfonds kleine quartiersbezogene Projektideen aus der Bewohnerschaft realisiert werden. Begleitend sind Organisationsstrukturen unter Einbindung relevanter Akteure innerhalb und außerhalb von Politik und Verwaltung entstanden.

Zum Weiterlesen: Böhme/Franke/Preuß 2019

<https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/praxisbeispiele/universitaetsstadt-marburg>

Stadtpolitik: Einbindung und Rückendeckung

Während des Pilotprojektes zu Umweltgerechtigkeit hat sich die Stadt Kassel auf die verwaltungsinterne und ressortübergreifende Arbeit konzentriert. Auf Basis des Zwischenberichts zum Pilotprojekt (Magistrat der Stadt Kassel 2020a) wird in jüngster Zeit die Diskussion in und mit der Stadtpolitik geführt. Schließlich hat die Stadt Kassel Anfang 2021 einen politischen Grundsatzbeschluss gefasst und damit festgehalten, dass das Handlungsfeld Umweltgerech-

tigkeit über den Zeitraum des Pilotprojektes hinaus weiter bearbeitet werden soll (Magistrat der Stadt Kassel 2020b). Im Rahmen dieses Beschlusses wurden auch die Weichen für die kommenden Arbeitsaufgaben und damit die bislang ausstehende Umsetzung von Maßnahmen gestellt: die Öffentlichkeitsbeteiligung, die Implementation in Steuerungsinstrumente, die Umsetzung im Quartier sowie der Aufbau eines Monitorings. Zur Beförderung von Maßnahmen auf Quartiersebene strebt die Stadt zudem an, das Thema Umweltgerechtigkeit im Quartier in einem eigenständigen Quartierskonzept „Umweltgerechtigkeit“ separat aufzubereiten (Magistrat der Stadt Kassel 2020a: 50).

Verankerung von Umweltgerechtigkeit in Handlungsräumen – die Idee für ein neues Planungsinstrument, München

Umweltgerechtigkeit wird in der bayerischen Landeshauptstadt München seit längerem – zumindest implizit – verfolgt. In städtischen Leitbildern, Strategien und Konzepten – beispielsweise der integrierten Stadtentwicklung – finden sich Aspekte von Umweltgerechtigkeit. Eine dezidierte und vertiefte Befassung mit Umweltgerechtigkeit erfolgte als Pilotkommune im Rahmen des Forschungsprojekts „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“. Dort entwickelte München exemplarisch einen gesamtstädtischen Ansatz Umweltgerechtigkeit. Kern des Ansatzes ist die Implementierung von Umweltgerechtigkeit in zehn Schwerpunktgebieten der Stadtentwicklung, den sogenannten „Handlungsräumen“. Ziel ist es, Umweltgerechtigkeit zu einem Bestandteil eines neuen räumlichen Planungsinstruments zu machen. Insgesamt sollen räumliche Konzentrationen von Umweltbelastungen abgebaut und ein sozialräumlich gerechterer Zugang zu Umweltressourcen ermöglicht werden. Als Beitrag dazu wurde im Rahmen des Projekts ein Walkability Index für das gesamte Stadtgebiet entwickelt. Eine Erprobung des Ansatzes findet in der derzeit in der Umsetzungsphase im Handlungsraum 3 im Münchner Osten statt.

Zum Weiterlesen: Böhme/Franke/Preuß 2019

<https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/praxisbeispiele/landeshauptstadt-muenchen>

Infolge des Beschlusses soll zudem die formale ämterübergreifende Zusammenarbeit durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Verfügung des Oberbürgermeisters wieder aufgenommen werden. Unterstützend für dieses integrierte Vorgehen sind Regelungen in der Allgemeinen Geschäfts- und Dienstanweisung der Stadt Kassel, die explizit die Einrichtung von dezernats- und ämterübergreifenden Projekt- und Arbeitsgruppen vorsehen. Die Stadt Kassel ist sich bewusst: Die Befassung mit Umweltgerechtigkeit ist kein Selbstläufer, sie braucht politische Rückendeckung und Ressourcen in der Verwaltung.

Quellenverzeichnis

Böhme, Christa, Thomas Franke, Thomas Preuß (2019): Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Dessau-Roßlau (Umwelt & Gesundheit 02/2019, Hrsg.: Umweltbundesamt).

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2021): Toolbox Umweltgerechtigkeit. Praxisbeispiele. Stadt Kassel. <https://toolbox-umweltgerechtigkeit.de/praxisbeispiele/stadt-kassel> (Zugriff am 25.10.2021).

Magistrat der Stadt Kassel (2020a): Umweltgerechtigkeit. Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen. Forschung-Praxis-Projekt. Zwischenbericht.

Magistrat der Stadt Kassel (2020b): Beschluss über den Zwischenbericht und die Weiterarbeit am Thema, Vorlage Nr. 101.18.1969, vom 15.12.2020.

Starick, Anja, Katja Schöne, Sabine Schaub, Sandra Rus (2018): Umweltgerechtes Kassel. Unser Ansatz für ein umweltgerechtes Kassel. In: Landschaftsarchitekten, 4-2018: 16-18.

Starick, Anja, Katja Schöne, Sabine Schaub (2020): Ämterübergreifende Zusammenarbeit in Kassel. In: Böhme et al. (Hrsg.): Gesundheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wiesbaden: 321-327.



Leipzig: Masterplan Grün Leipzig 2030

Kurzbeschreibung: Vor dem Hintergrund vermehrt konkurrierender Flächenansprüche in einer wachsenden Stadt will Leipzig seine grün-blaue Infrastruktur unter anderem mit Blick auf Fragen der Umweltgerechtigkeit strategisch sichern. Seit dem Jahr 2019 wird ein „Masterplan Grün Leipzig 2030“ erarbeitet, mit dem Festlegungen der Freiraumstrategie „Lebendig grüne Stadt am Wasser“ aus dem Jahr 2017 möglichst flächenscharf auf Quartiersebene konkretisiert werden sollen. Der Masterplan soll eine Entscheidungs- und Abwägungsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung bieten.



Beteiligung: Zentrales Element des Aufstellungsprozesses ist ein umfangreiches, mehrjähriges Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren. Über unterschiedliche, mehrstufige Formate wirken Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Akteure wie Initiativen, Vereine, Verbände sowie alle Ebenen der Kommunalpolitik kooperativ an der Entwicklung des „Masterplan Grün“ mit.

Koordination und Förderung: Die Steuerung der Planaufstellung sowie des Beteiligungsprozesses erfolgt verwaltungsintern durch eine ressortübergreifende „Arbeitsgruppe Masterplan“ unter Federführung des Amtes für Stadtgrün und Gewässer. Die Finanzierung des Masterplan-Prozesses erfolgt je zur Hälfte über Fördermittel des Modellvorhabens „Green Urban Labs“ im Rahmen des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ des für Stadtentwicklung zuständigen Bundesministeriums (seit Dezember 2021: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen) sowie durch den städtischen Haushalt.

Wachstum der Stadt setzt grün-blaue Infrastruktur zunehmend unter Druck

Leipzig ist mit seinen aktuell über 605.000 Einwohner*innen (leipzig.de 2021b) eine wachsende Stadt und hat sich in den letzten Jahren dynamisch verändert. Die Stadt verzeichnet seit Mitte der 2000er-Jahre einen deutlichen Zuzug von Bewohner*innen und ist ein attraktiver Wohn-, Lebens- und Arbeitsort. Ein Grund für diese Attraktivität sind sowohl die zahlreichen Grün- und Freiflächen im Stadtraum als auch deren Einbindung in den umliegenden Landschaftsraum. Umfangreiche Wald- und Wiesenlandschaften entlang der drei Hauptgewässer Leipzigs (Elster, Pleiße, Luppe) prägen die Gesamtstadt „als grün-blaues Rückgrat“ (leipzig.de 2021a). Eine Vielfalt unterschiedlichster Grünräume von Park- und Grünanlagen, Plätzen, Friedhöfen, Kleingärten, Waldbereichen oder auch privaten Gärten trägt zur grünen Infrastruktur, dem Stadtgrün, bei. Das Stadtgrün ist dabei oft mit Elementen der blauen Infrastruktur wie Flüssen, Kanälen, Bächen, Seen und anderen Gewässern verknüpft (leipzig.de 2021a). Lange Zeit spielten auch die zahlreichen, meist in den 1990er-Jahren entstandenen Brachflächen, beispielsweise Baulü-

cken in Blockrandbereichen oder ehemals gewerblich genutzte Standorten, mit ihren grünen Zwischennutzungen (z.B. Quartiers- und Nachbarschaftsgärten oder Naturprojekte) als Teil des Stadtgrüns eine wichtige Rolle.

Das Bevölkerungswachstum führt zu einem zunehmenden Bedarf an Wohn- und Gewerbeflächen. Viele der ehemaligen Brachen wurden und werden bebaut, insbesondere kleinere, in den Gebäudebestand eingestreute (oft temporär zwischengenutzte) Grünflächen gehen so verloren. Gleichzeitig steigt mit der Zunahme der Stadtbevölkerung der Nutzungsdruck auf die verbleibenden Grün- und Freiräume in der Stadt. Dieser grün-blauen Infrastruktur kommt auch mit Blick auf die immer deutlicher wahrnehmbaren Auswirkungen des Klimawandels eine wachsende Bedeutung „für gesunde Umweltbedingungen, individuell nutzbare, für alle erreichbare und gesundheitsfördernde Erholungs- und Bewegungsangebote in Freiräumen sowie als Biotopverbund für Arten und Lebensräume (leipzig.de 2021a)“ zu. Damit ist die notwendige Stärkung von Umweltgerechtigkeit in den unterschiedlichen Stadträumen direkt angesprochen.



Foto: Freiraumkonzepte GbR

Bedeutung für alle erreichbarer und gesundheitsfördernder Grün- und Freiräume nimmt in der wachsenden Stadt Leipzig zu.

Grün- und Freiräume stärken und für die Zukunft sichern

Um auf die Herausforderungen zu reagieren, hat Leipzig in einem ersten Schritt die im Jahr 2017 beschlossene Freiraumstrategie „Lebendig grüne Stadt am Wasser“ aufgestellt, die den Fokus auf die grün-blaue Infrastruktur der Stadt legt. In einem zweiten Schritt konkretisiert die Stadt Leipzig bis Frühjahr 2022 die strategischen Überlegungen aus der Freiraumstrategie auch (stadt-)räumlich in einem „Masterplan Grün“. Fünf zentrale Themenfelder stehen dabei im Vordergrund (leipzig.de 2021a):

- ▶ Anpassung an den Klimawandel,
- ▶ gesundheitsfördernde Umwelt- und Lebensverhältnisse,
- ▶ Umweltgerechtigkeit (für alle Bevölkerungsschichten),
- ▶ Erhalt der biologischen Vielfalt sowie
- ▶ umweltgerechte Mobilität.

Übergeordnetes Ziel des Masterplans ist es, dass die grün-blaue Infrastruktur auch zukünftig sowohl einen Beitrag zu einer hohen Lebensqualität für alle Leipziger*innen leistet als auch wichtige Funktionen unter anderem für Gesundheit, Erholung, Stadtkli-

ma, Wasserrückhaltung oder biologische Vielfalt übernehmen kann. Grün- und Freiraumnutzungen sollen in Konkurrenz zu anderen Flächenansprüchen gestärkt werden, um die Stadt vor einer „unausgewogenen Wachstumsentwicklung zu bewahren“ (BBSR 2021: 40). Im Rahmen des Masterplan-Prozesses wird daher flächenscharf untersucht, welche konkreten Freiraumflächen in der Gesamtstadt aufgrund ihrer Funktionen und Potenziale zur Erreichung dieser Ziele besonders relevant sind und wie diese dauerhaft gesichert, entwickelt sowie gemanagt werden müssen. Der „Masterplan Grün“ soll als anwendungsorientierte Handlungsgrundlage die Hintergrundfolie bei allen zukünftigen, räumlich relevanten Entscheidungen zur Stadtentwicklung Leipzigs bilden (leipzig.de 2021a).

Schaffung einer gemeinsamen Zielperspektive nur mit Beteiligung der Bürger*innen

Ziel ist es, dass der „Masterplan Grün“ sowohl in der Stadtbevölkerung als auch in der Kommunalpolitik zukünftig als konsensuale, gemeinsame Handlungsorientierung gilt. Um dies zu erreichen, hat Leipzig einen sehr umfangreichen Beteiligungsprozess aufgesetzt, bei dem alle Leipziger*innen aufgefordert sind, ihre Erfahrungen, Meinungen und Ideen

einzubringen. Grundlage ist ein durch den Stadtrat beschlossenes Beteiligungskonzept (Stadt Leipzig 2018b). Von der Analysephase bis zu Erstellung des finalen Konzeptentwurfs werden über eine vielfältige Öffentlichkeitsbeteiligung Bürger*innen und unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure in den Prozess eingebunden. Über einen breiten Kanon an unterschiedlichsten, auch niedrigschwelligen Beteiligungsformaten wird die Stadtgesellschaft zur Mitwirkung und kreativen Auseinandersetzung mit Leipzigs Entwicklungsperspektiven angeregt. Es ist dabei explizit Wunsch von Stadtverwaltung und Kommunalpolitik, gemeinsam und akteursgruppenübergreifend mit der Stadtgesellschaft kreative Ansätze und Lösungen zu entwickeln.

In den einzelnen Schritten des Beteiligungsprozesses werden die Grundlagen, die von zwei externen Planungsbüros entwickelt wurden, immer wieder diskutiert, reflektiert und kooperativ weiterentwickelt. Ausgangslage waren zwei unterschiedliche Betrachtungsperspektiven: eine übergeordnete, fachlich-analytische und eine eher ortsspezifische, wahrnehmungsorientierte qualitative Perspektive. Grün- und Freiflächen werden mit Blick auf ihre unterschiedlichen Funktionen sowohl auf Quartiers- wie übergeordneter gesamtstädtischer Ebene bewertet. So wurden beispielsweise für das Themenfeld Umweltgerechtigkeit im Rahmen der Analysephase kleinräumige Erhebungen zur Grünflächenversorgung der Wohnbevölkerung im direkten Wohnumfeld mit Informationen zu sozialräumlichen Daten verknüpft. Betrachtet wurden dabei unter anderem die Verfügbarkeit (bezogen auf die unversiegelte Fläche je Einwohner*in) von privaten und halböffentlichen Flächen sowie die Versorgung mit öffentlichen Grünflächen in einer Laufdistanz bis 250 Meter Entfernung. In Bezug gesetzt wurden diese Daten zu Informationen zu Quartieren mit einem hohen Anteil mobilitätseingeschränkter Bewohner*innen (Kinder unter 6 Jahre, Einwohner*innen ab 80 Jahre, SGB-II-Empfänger*innen sowie Alleinerziehende). Im Themenfeld gesundheitsfördernde Umwelt- und Lebensverhältnisse wurden der Gesundheit förderliche Räume (geringe Umweltbelastungen, hohe Freizeit-, Sport- und Aufenthaltsqualität) nach Wertstufen eingeteilt und mit einer Betrachtung von sogenannten Gunst- und Defiziträumen (nach Grünvolumen, Versiegelungsgrad, Freiraumanteil, Erreichbarkeit, Versorgungsgrad) in Beziehung gesetzt (leipzig.de 2020). Ziel ist es, diese oft sehr unterschiedlichen

bzw. teils gegensätzlichen Funktions- und Interessenüberlagerungen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft zu diskutieren und zu priorisieren (BBSR 2021).

Zu den eingesetzten Beteiligungsformaten gehören unter anderem Informations- und Austauschformate wie zwei Online-Umfragen, mehrere große Bürgerforen und arbeitsorientierte Werkstätten. Daneben werden an verschiedenen Orten der Stadt öffentliche Spaziergänge, sogenannte GrünGänge, angeboten, die einen niedrigschwelligen Zugang zum Thema vermitteln sollen und ein gemeinsames Erleben grün-blauer Infrastruktur an konkreten Beispielräumen erlauben. Über ein paralleles Online-Angebot sind auch eigenständige „Hör-Spaziergänge“ zur Entdeckung des Stadtraums möglich. Die Stadt Leipzig strebt mit dem vielfältigen Beteiligungsangebot ein hohes Maß an Verfahrensgerechtigkeit an, einem zentralen Element des Umweltgerechtigkeitsansatzes. Der Beteiligungsprozess zum „Masterplan Grün“ läuft seit dem Frühjahr 2019 und soll voraussichtlich im Frühjahr des Jahres 2022 abgeschlossen werden (leipzig.de 2022).

Bewusstseinsbildung für die Bedeutung und Rolle grün-blauer Infrastruktur in der Stadt

Leipzig verfolgt eine langfristige Strategie, um die Berücksichtigung der grün-blauen Infrastruktur bei Entwicklungsentscheidungen im kommunalen Verwaltungshandeln handlungsfeld- und ressortübergreifend zu verankern. Am Anfang stand die Entwicklung von Leitbildern und Qualitätszielen. Diese flossen in das von der Kommunalpolitik beschlossene Freiraumkonzept ein und wurden im Integrierten Stadtentwicklungskonzept aufgegriffen.



Niedrigschwellige Beteiligungsangebote: GrünGang durch den Leipziger Norden

Foto: Stadt Leipzig, Amt für Stadgrün und Gewässer



Quelle: Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer

Nun werden sie im „Masterplan Grün“ bis hin zu einer flächenscharfen Betrachtung auf Quartiersebene konkretisiert. Es ist mit dem vielfältigen, teils niedrigschwelligen Beteiligungsprozess nicht nur gelungen, eine Diskussion in der Stadtbevölkerung über die Bedeutung der grün-blauen Infrastruktur anzustoßen und ein Bewusstsein für Themen wie Umweltgerechtigkeit zu schaffen, sondern es konnten sehr viele Leipziger*innen und Akteure für eine gemeinsame, kooperative Diskussion der städtischen Ziele erreicht werden. Schließlich wird die Stadtverwaltung mit dem Masterplan über ein konsensual erarbeitetes und politisch abgesichertes Instrument verfügen (Stadt Leipzig 2018b). So können diese Informationen, die nachverfolgbar in einem Datensystem auf Basis eines geografischen Informationssystems (GIS) zur Verfügung stehen sollen, bei zukünftigen Entwicklungsentscheidungen als Abwägungsgrundlage berücksichtigt werden.

Quellenverzeichnis

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2021): Green Urban Labs. Strategien und Ansätze für die kommunale Grünentwicklung. Bonn: 39-43.

leipzig.de – Stadt Leipzig (2022): Beteiligungsprozess zum Masterplan Grün. URL: <https://www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/parks-waelder-und-friedhoeefe/masterplan-gruen/beteiligungsprozess/> (Zugriff am 31.01.2022).

leipzig.de – Stadt Leipzig (2021a): Beteiligungsprozess zum Masterplan Grün. URL: www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/parks-waelder-und-friedhoeefe/masterplan-gruen/ (Zugriff am 05.10.2021).

leipzig.de – Stadt Leipzig (2021b): Einwohnerzahl und Bevölkerungsentwicklung in Leipzig. URL: <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/unsere-stadt/statistik-und-zahlen/einwohner-und-bevoelkerungsentwicklung/> (Zugriff am 05.10.2021).

leipzig.de – Stadt Leipzig (2020): 2. Bürgerforum zum Masterplan Grün mit Livestream. Aufzeichnung vom 8.10.2020. URL: <https://www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/parks-waelder-und-friedhoeefe/masterplan-gruen/2-buergerforum-zum-masterplan-gruen> (Zugriff am 05.10.2021).

leipzig.de – Stadt Leipzig (2018): Ideen für Wasser und Stadtgrün: Beteiligung der Öffentlichkeit am „Masterplan Grün Leipzig 2030“ (vom 28.05.2018). URL: www.leipzig.de/news/news/ideen-fuer-wasser-und-stadtgruen-beteiligung-der-oeffentlichkeit-am-masterplan-gruen-leipzig-2030/ (Zugriff am 05.10.2021).

leipzig.de – Stadt Leipzig (o.J.): Freiraumstrategie der Stadt Leipzig. URL: <https://www.leipzig.de/freizeit-kultur-und-tourismus/parks-waelder-und-friedhoeefe/freiraumstrategie-der-stadt-leipzig/> (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Leipzig – Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport; Amt für Stadtgrün und Gewässer (Hrsg.) (2020): Online Umfrage zu Stadtgrün und Gewässern. URL: https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.3_Deiz_Umwelt_Ordnung_Sport/67_Amt_fuer_Stadtgruen_und_Gewaesser/Masterplan_Gruen/Ergebnisbericht_1_Onlineumfrage_MasterplanGruen2030.pdf (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Leipzig – Ratsversammlung (2018a): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) (Beschlussvorlage Nr. VI-DS-04159-NF-01 vom 31.05.2018). URL: https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Deiz6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklung/Stadtentwicklungskonzept/Leipzig-2030_Beschluss_Gesamtfassung.pdf (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Leipzig – Ratsversammlung (2018b): Beteiligungskonzept zum integrierten Erarbeitungsprozess des „Masterplan Grün Leipzig 2030“ (Beschlussvorlage Nr. VI-DS-05528 vom 20.06.2018). URL: <https://www.linksfraktion-leipzig.de/fileadmin/lcmslfileipzig/user/upload/5528.pdf> (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Leipzig – Ratsversammlung (2017a): Lebendig grüne Stadt am Wasser - Freiraumstrategie der Stadt Leipzig (Änderungsantrag Nr. VI-DS-02442-ÄA-03 vom 21.06.2017). URL: <https://cdn.mirror.oparl.org/5c07e83c2c66dc3b523e7c07/5c0945f52c66dc3b52a663d2> (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Leipzig – Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport; Amt für Stadtgrün und Gewässer (Hrsg.) (2017b): Lebendig grüne Stadt am Wasser – Freiraumstrategie der Stadt Leipzig. Leipzig.



Mannheim: SMARTilience – ämterübergreifende Entscheidungshilfe zur Klimaanpassung

Kurzbeschreibung: Mannheim ist auf Grund seiner geografischen Lage im Oberrheingraben durch ein warmes Klima geprägt und bereits heute verstärkt Klimaänderungen ausgesetzt. In Mannheim wächst die Anzahl von Tagen mit Hitzebelastung. Zudem treten vermehrt Starkregenereignisse auf. Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien in der Stadtentwicklung werden zunehmend relevant. Das Forschungsprojekt SMARTilience zeigte Wege auf, wie Analyse- und Entscheidungsprozesse zukünftig integriert und ämterübergreifend besser gesteuert werden können, um nachteilige Auswirkungen durch den Klimawandel für Mannheims Bevölkerung und insbesondere vulnerable, hilflose Gruppen zu reduzieren.



Beteiligung: Die Stadt Mannheim hat in den Jahren 2020 und 2021 einen Hitzeaktionsaktionsplan im Rahmen des Forschungsprojekts SMARTilience erarbeitet. Hierfür hat die Stadt einen breiten, iterativen Beteiligungsprozess aufgesetzt. Dieser umfasste eine Online-Befragung der Bürger*innen über das Beteiligungsportal der Stadt, Expert*innen- und Stakeholder-Befragungen, Multiplikator*innen-Interviews sowie mehrere Beteiligungsveranstaltungen zur Reflexion von Zwischenergebnissen.

Koordination und Förderung: Die Federführung für die Projektumsetzung und die ressortübergreifende Einbindung der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche hat die Abteilung Klimaschutz im Fachbereich Klima, Natur, Umwelt der Stadt Mannheim inne. Weiter waren die Fachbereiche Jugendamt und Gesundheitsamt sowie Demokratie und Strategie in die Koordination involviert. Ein Projektkonsortium aus HafenCity Universität, Universität Stuttgart, Stadt Halle (Saale), Drees & Sommer SE sowie Malik Management begleitete das Vorhaben. Das Verbundprojekt SMARTilience wurde in den Jahren 2017 bis 2022 vom BMBF gefördert und wird seit Februar 2022 als SMARTilience GoesLive bis zum Jahr 2024 fortgeführt.

Klimaänderungen und Auswirkungen nehmen zu – Mannheim arbeitet dagegen

Die Großstadt Mannheim mit ihren rund 320.000 Einwohner*innen (Stand 2020; mannheim.de) liegt im oberen Rheingraben und damit in einer der wärmsten Regionen Deutschlands. Im Zuge der globalen Klimaveränderungen ist das Stadtgebiet ebenfalls zunehmend von steigenden Temperaturen und häufiger werdenden extremen Wetterereignissen wie Hitzewellen, Trockenperioden, Stürmen, Unwettern oder Starkregen betroffen. In Abhängigkeit der Bebauungsstruktur sind bereits heute Temperaturunterschiede von teils über neun Grad zwischen einzelnen Standorten in der Stadt festzustellen. Durch die Lage Mannheims an Rhein und Neckar kommt es zudem immer wieder zu Hoch- und Niedrigwasserereignissen (Stadt Mannheim 2019a: 21ff.; stadtklima-analyse-mannheim.de).

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Stadt Mannheim das Ziel, eine „klimagerechte – perspektivisch klimaneutrale – und resiliente Stadt“ zu werden. In ihrem Leitbild 2030 setzt sich die Stadt das Ziel, eine „vorbildliche urbane Lebensqualität mit hoher Sicherheit als Grundlage für ein gesundes, glückliches Leben für Menschen jeden Alters“ zu gewährleisten (Stadt Mannheim 2019b: 4). Zur Umsetzung verknüpft die Stadt verstärkt Ansätze des Klimaschutzes mit Maßnahmen der Klimaanpassung in der Stadtentwicklung und integriert diese ämterübergreifend in das kommunale Handeln. Ziel der Stadt ist es, nachteilige Auswirkungen durch den Klimawandel für alle Bewohner*innen Mannheims soweit wie möglich zu minimieren sowie bis 2030 klimaneutral zu sein.



Foto: Stadtmaking Mannheim GmbH/Daniel Lukac

Hitzetage nehmen zu

Klimaschutz und Klimaanpassung integriert betrachten und steuern

Das im Rahmen der Fördermaßnahme „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in den Jahren 2017 bis 2022 geförderte Projekt SMARTilience unterstützte die Stadt bei ihren Bemühungen zur Erreichung dieser übergeordneten Ziele. Mit Hilfe eines integrierten sozio-technischen Steuerungsmodells (der sogenannten Urban Governance Toolbox) wirkte das Forschungsvorhaben darauf hin, kommunale Entscheidungswege mit dem Fokus auf eine klimaresiliente Stadtentwicklung zu erleichtern. Dabei involvierte das Forschungsvorhaben verschiedene Ebenen von Verwaltung und Kommunalpolitik. Das Steuerungsmodell wurde durch das externe Forschungskonsortium in zwei Großstädten – neben Mannheim in Halle (Saale) – in sogenannten Reallaboren überprüft und angepasst. Die kommunalen Praxisbeispiele dienten dabei als Versuchsanordnung, um einen Steuerungsansatz von der Theorie in die kommunale Anwendungspraxis zu übertragen. Das Forschungskonsortium überprüfte gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung Mannheim, wie geeignete Datengrundlagen verknüpft werden können, wie mit einer solchen Verknüpfung Planungs- und Entwicklungsentscheidungen in der Verwaltung – aber auch im Alltag der Bürger*innen – unterstützt werden können, welche Prozesse es in der Kommunalverwaltung braucht und

welche Akteur*innen eingebunden werden müssen. Dabei richtete sich der Betrachtungsfokus des Mannheimer Reallabors im Thema Hitze explizit auf hitzevulnerable, hilflose Bevölkerungsgruppen und wie diese beispielsweise durch Akteur*innenvernetzung, Wissen über konkrete Bedürfnisse sowie geeignete Informationen und Maßnahmen sowohl präventiv, als auch aktiv während einer Hitzewelle vor deren Gefahren geschützt werden können (morgenstadt.de o.J. a; b; Knieling et al. 2021a).

Das auf Fragen der Klimaanpassung abzielende Steuerungsmodell adressiert die Ebene von Kommunalpolitik und Verwaltungspraxis und soll alle Prozessschritte von der Planung über die Umsetzung bis zur Bewertung berücksichtigen. Es versteht sich als Werkzeugkasten und soll allen Kommunen frei zur Verfügung stehen und diese bei der ressortübergreifenden Adressierung von Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützen sowie vorausschauende Entscheidungen ermöglichen (IAT 2018; morgenstadt.de o.J. b).

Über den regionalen Ansatz hinaus bereitete das Forschungsvorhaben den Wissenstand zu Steuerungsansätzen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung in deutschen Städten auf und veröffentlichte diese auf einer Online-Plattform. Eine mehrteilige themenbezogene Workshopreihe („Peer-to-Peer-Learning“) für kommunale Praktiker*innen zu Fragen von Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die systematische

Förderung des Austauschs, der Vernetzung und des Lernens zwischen den Projektpartnern (u.a. durch gegenseitige Hospitationen) ergänzten den Prozess (morgenstadt.de 2020; o.J. b).

Breiter Beteiligungsprozess im Pilotvorhaben Hitzeaktionsplan

Unter Federführung einer fachbereichs- und ämter-übergreifenden Projektbegleitgruppe hat die Stadt Mannheim in den Jahren 2020 und 2021 einen Hitzeaktionsplan erarbeitet und vom Gemeinderat im Oktober 2021 beschließen lassen. Dieser ist das erste ressortübergreifende Pilotprojekt im Rahmen des Reallabors von SMARTilience und gleichzeitig eines der ersten Konzepte dieser Art auf Bundesebene. Der Hitzeaktionsplan zielt insbesondere auf den Schutz besonders hitzevulnerabler, hilfloser Bevölkerungsgruppen ab (Stadt Mannheim 2021b: 26). Hierzu zählen vor allem Kleinkinder/Säuglinge, ältere/pflegebedürftige Menschen, Menschen mit geistigen/körperlichen Behinderungen, Menschen mit chronischen/psychischen Erkrankungen, suchtkranke Menschen und Wohnungslose, die die Stadt durch gezielte Maßnahmen besser vor negativen Auswirkungen durch Hitze schützen will (Stadt Mannheim 2021b: 7). Mit dem Hitzeaktionsplan verfolgt die Stadt das übergreifende Ziel, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Mortalität in der Bevölkerung durch Hitze und Hitzewellen weitgehend zu vermeiden, die Hitzeresilienz der Gesamtbevölkerung zu steigern und sie für die Gefahren zu sensibilisieren (Stadt Mannheim 2021b: 10). Mit dem Konzept setzt die Stadt Forderungen und Ziele sowohl des Leitbilds Mannheim 2030 als auch des Konzepts „Anpassung an den Klimawandel in Mannheim“ um (Stadt Mannheim 2019a, 2019b).

Die Erstellung des Hitzeaktionsplans erfolgte in einem breiten, iterativen Beteiligungsprozess, in welchen verschiedene, für das Handlungsfeld relevante Akteur*innengruppen einbezogen wurden. So hat die Stadt Bürger*innen mit einer Online-Befragung über das Beteiligungsportal der Stadt Mannheim „Mannheim gemeinsam gestalten“ angesprochen, Expert*innen und Stakeholder befragt sowie Interviews mit Multiplikator*innen (unter anderem Ärzt*innen, Mitarbeiter*innen aus dem Pflege- und Gesundheitswesen sowie aus Betreuungs- und Beratungseinrichtungen, Nachbarschaftsvereine und Selbsthilfegruppen) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in zwei Beteiligungsworkshops diskutiert und reflektiert

(Stadt Mannheim 2021b: 11f.; Stadt Mannheim 2020: 2; Knieling et al. 2021a), bevor sie final ausgearbeitet wurden. Der Hitzeaktionsplan adressiert mit dem Beteiligungsverfahren, den Ergebnissen und seinen vorgesehenen Maßnahmen alle vier Teilkonzepte des Umweltgerechtigkeitsansatzes: Verteilungsgerechtigkeit, Verfahrensgerechtigkeit, Ergebnisgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit (vgl. Böhme/Köckler 2018).

Zukünftig zentrale Bedeutung von Geofachdaten

Eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung von querschnittsorientierten Strategien zur Klimaanpassung – wie beispielsweise dem Hitzeaktionsplan – ist die Sammlung, Aufarbeitung und Nutzung von Daten zur Ist-Situation verschiedener Umweltraumbedingungen, unter anderem zu Stadtklima, Hitzebetroffenheit, Starkregengefahren oder Hochwasserrisiko (Stadt Mannheim 2019a: 134). Die Stadt Mannheim nutzt eigene sowie externe Daten und arbeitet diese zu den oben genannten Themen auf. Schnittstelle für die Bündelung der erforderlichen Informationen ist der Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung der Stadt Mannheim, die – anders als viele andere deutsche Kommunen – eine eigene Statistikstelle besitzt. Sie führt bestehende Datenbankinformationen, wie z.B. zur demografischen Entwicklung und sozialen Lage, mit Geodaten zusammen, entwickelt diese zu raumbezogenen Geofachdaten weiter und visualisiert diese mittels eines geografischen Informationssystems (GIS). Die visualisierten Geofachdaten werden allen Fachbereichen der Stadtverwaltung auf einer internen Plattform als Arbeitsgrundlage sowie teils – abhängig von Datenschutzstatus – extern auf dem Geoportal der Stadt Mannheim öffentlich zur Verfügung gestellt (gis-mannheim.de). Unter der Federführung des Fachbereichs Geoinformation und Stadtplanung wurden die Stadtklimaanalyse 2020 (stadtklimaanalyse-mannheim.de) erarbeitet sowie in diesem Zuge auch weitere festinstallierte Klimastationen im Stadtgebiet aufgebaut, mit deren Hilfe Klimaechzeitdaten generiert werden. Das Netz soll sukzessive ausgebaut werden. So sollen Klimadaten in Echtzeit-Visualisierung kostenlos und frei verfügbar gemacht werden, um sowohl kommunalen Dienststellen als auch externen Akteur*innen eine Datengrundlage für die Ableitung von Maßnahmen und ergänzende Datenaufbereitung zur Verfügung zu stellen (mannheim.de 2020a; 2020b).

Die abgeschlossene Forschungs- und Entwicklungsphase von SMARTilience der Jahre 2017 bis 2022 bildet die Basis für die kommenden beiden Jahre der Umsetzungsphase im Rahmen des Anschlussprojekts SMARTilience GoesLive (2022–2024). In dieser aktuellen Projektphase wird dabei der Fokus des Forschungsprojektes auf der Umsetzung der Maßnahmen des Hitzeaktionsplans, der Fortführung der Geodatennutzungsstrategie sowie dem Monitoring von Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen liegen. Die Umsetzung in Mannheim wird von der Begleitforschung unterstützt, so dass alle Ergebnisse weiterhin in die Urban Governance Toolbox einfließen werden. Zusätzlich werden Erkenntnisse und Best-Practice im Rahmen von Peer-to-Peer-Einheiten mit anderen Kommunen ausgetauscht.

Quellenverzeichnis

Böhme, Christa, und Heike Köckler (2018): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken. In: Baumgart, Sabine, Heike Köckler, Anne Ritzinger, Andrea Rüdiger (Hrsg.): Planung für gesundheitsfördernde Städte. Forschungsberichte der ARL 08. Hannover.

gis-mannheim.de (o.J.): Geoportal der Stadt Mannheim. URL: <https://www.gis-mannheim.de/> (Zugriff am 18.02.2022).

IAT – Universität Stuttgart, Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement (2018): Smartilience. Steuerungsinstrumente für die klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim. Stuttgart. URL: https://www.morgenstadt.de/content/dam/morgenstadt/de/images/projekte1/SMARTilience/05RessourcenUndPublikationen/2905%20SMARTilience_Poster_A0_AI.pdf (Zugriff am 05.10.2021).

Knieling, Jörg, Nancy Kretschmann, Rebecca Nell, Natalie Pfau-Weller (2021a): Wissensproduktion und Lernprozesse am Beispiel von Reallaboren zur Klimafolgenanpassung in Halle (Saale) und Mannheim. In: Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning, Heft 4 (79). München: 438-452. URL: <http://dx.doi.org/10.14512/rur.30> (Zugriff am 05.10.2021).

Knieling, Jörg, Alexandra Idler, Olga Izdebska, Nancy Kretschmann, Rebecca Nell (2021b): Starkregenvorsorge in Mannheim. Steuerungsinstrumente zum Umgang mit Unsicherheiten im städtischen Klimahandeln. In: Transforming Cities, Heft 3/2021. Baiersbronn-Bühlbach: 57-61.

mannheim.de (2021a): Neue Klimastation in der Innenstadt. Nachrichten Bauen & Wohnen 21.10.2021 (Online). Mannheim. URL: <https://www.mannheim.de/de/nachrichten/neue-klimastation-in-der-innenstadt> (Zugriff am 15.11.2021).

mannheim.de (2021b): Stadtklimaanalyse Mannheim 2020. Nachrichten Bauen & Wohnen 21.10.2021 (Online). Mannheim. URL: <https://www.mannheim.de/de/nachrichten/stadtklimaanalyse-mannheim-2020> (Zugriff am 15.11.2021).

mannheim.de (2019): Fachtagung zur klimaangepassten Stadtentwicklung. Nachrichten Umwelt & Verkehr 21.06.2019

(Online). URL: <https://www.mannheim.de/de/nachrichten/fachtagung-zur-klimaangepassten-stadtentwicklung> (Zugriff am 05.10.2021).

mannheim.de (o.J.): Klimafolgenanpassung. URL: <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/mannheim-auf-klimakurs/klimafolgenanpassung> (Zugriff am 05.10.2021).

morgenstadt.de – Fraunhofer-Gesellschaft | Morgenstadt Initiative (2020): Kommunale Input-Session-Reihe von SMARTilience. URL: https://www.morgenstadt.de/de/projekte/smart_city/smartilience/p2p.html (Zugriff am 05.10.2021).

morgenstadt.de – Fraunhofer-Gesellschaft | Morgenstadt Initiative (2019): SMARTilience Syntegration - Mannheim 16.- 19 Juni 2019. Was können wir tun, um integrierten Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Städten zu steuern? URL: https://www.morgenstadt.de/de/projekte/smart_city/smartilience/syntegration.html (Zugriff am 05.10.2021).

morgenstadt.de – Fraunhofer-Gesellschaft | Morgenstadt Initiative (o.J., a): SMARTilience. Das Projekt. URL: www.morgenstadt.de/de/projekte/smart_city/smartilience.html#1234395278 (Zugriff am 05.10.2021).

morgenstadt.de – Fraunhofer-Gesellschaft | Morgenstadt Initiative (o.J., b): SMARTilience. Unserer Reallabore. URL: www.morgenstadt.de/de/projekte/smart_city/smartilience.html#521128200 (Zugriff am 05.10.2021).

Stadt Mannheim – Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung (Hrsg.) (2021a): Stadtklimaanalyse Mannheim 2020 (Bearbeitung: GEO-NET Umweltconsulting GmbH, ÖKOPLANA). Mannheim. URL: <https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/getfile.asp?id=8161083&type=do> (Zugriff am 15.11.2021).

Stadt Mannheim – Fachbereich Grünflächen und Umwelt, Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt (2021b): Anpassung an den Klimawandel in Mannheim. Mannheimer Hitzeaktionsplan. Mannheim. URL: https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/sites/default/files/unit/files/hitzeaktionsplan_mannheim_2021.pdf (Zugriff am 25.11.2021).

Stadt Mannheim – Fachbereich Demokratie und Strategie (2020): Erstellung eines Hitzeaktionsplans. Beteiligungskonzept. Mannheim. URL: https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/sites/default/files/unit/files/20201203_beteiligungskonzept_hitzeaktionsplan.pdf (Zugriff am 31.01.2022).

Stadt Mannheim – Fachbereich Grünflächen und Umwelt, Klimaschutzleitstelle (2019a): Konzept „Anpassung an den Klimawandel in Mannheim“. Mannheim. URL: https://www.mannheim.de/sites/default/files/2019-04/Konzept_Anpassung%20an%20den%20Klimawandel%20in%20Mannheim_final.pdf (Zugriff am 05.10.2021).

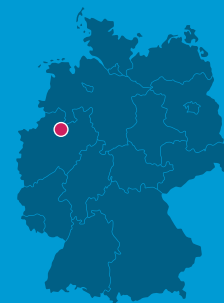
Stadt Mannheim (2019b): Leitbild Mannheim 2030. Mannheim. URL: https://www.mannheim.de/sites/default/files/2019-03/Leitbild%20Mannheim%202030_%202013.03.2019_Deutsch_Web-File.pdf (Zugriff am 05.10.2021).

stadtklimaanalyse-mannheim.de (o.J.): Stadtklimaanalyse 2020. Wir können die Zukunft unserer Stadt nicht ohne Klimawandel planen. Nur mit. URL: <https://stadtklimaanalyse-mannheim.de/> (Zugriff am 18.02.2022).



Münster: gesundheitliche Chancengleichheit und nachhaltige Stadtentwicklung

Kurzbeschreibung: In dem Projekt „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ entwickelt Münster seit dem Jahr 2021 ein kommunales Handlungsprogramm mit dem Ziel, gesundheitliche Chancengleichheit für alle Bewohner*innen in der Stadt zu schaffen. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf stehen dabei besonders im Fokus. Handlungsfelder, die die Gesundheit beeinflussen und zentral für Umweltgerechtigkeit sind, sollen im Zentrum stehen: gesundheitliche (Präventions-)Angebote ebenso wie das öffentliche Grün, die Wohnverhältnisse der Bevölkerung oder auch das Themenfeld Mobilität.



Beteiligung: Zur Schaffung gesundheitlicher Chancengleichheit sollen gesundheitsrelevante Initiativen stadtweit vernetzt und Akteursgruppen auf Stadtteilebene gestärkt werden. Welche Schritte nötig sind, um gesundheitliche Chancengleichheit in Münster zu erhöhen und als kommunales Handlungsfeld nachhaltig zu etablieren, wird in dem Handlungsprogramm herausgearbeitet – gemeinsam mit den Initiativen und Stadtteilakteuren vor Ort.

Koordination und Förderung: „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadtverwaltung und der Universität Münster unter dem Dach von Münsters Allianz für Wissenschaft. Das städtische Gesundheits- und Veterinäramt sowie das städtische Wissenschaftsbüro bei Münster Marketing, die Universität Münster mit der AG Kritische Stadt- und Gesundheitsgeographie vom Institut für Geographie, ein Vertreter des Gesunde-Städte-Netzwerks sowie die Techniker Krankenkasse (TK) als Fördermittelgeber sind in dem Projekt vertreten. Das Projekt soll im Jahr 2025 zum Abschluss kommen.

Verbundprojekt von Stadtverwaltung und Wissenschaft

„Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ ist ein Verbundprojekt von Stadtverwaltung und Universität Münster. Ziel des im Jahr 2021 gestarteten Projektes ist die Erarbeitung eines kommunalen Handlungsprogramms für gesundheitliche Chancengleichheit in der Stadt. Damit folgt Münster dem „Health in All Policies“-Ansatz und setzt ihn in der Praxis um (Stadt Münster 2021; Ståhl et al. 2006). Quartiere, die im Sinne der Gesundheits- und Umweltgerechtigkeit mehrfach belastet sind, bilden einen Schwerpunkt in dem Verbundprojekt (Stadt Münster 2021). Vor allem für sie werden geeignete Ansätze gesucht, um die Lebensbedingungen vor Ort positiv zu beeinflussen. Gelingen soll dies gemeinsam mit Menschen und Akteuren aus den Stadtteilen sowie durch eine stadtweite Vernetzung bestehender Akteursgruppen aus gesundheitsrelevanten Handlungsfeldern. Neben der Partizipation und Vernetzung relevanter Akteure werden das öffentliche Grün, die Wohnverhältnisse

der Bevölkerung, Diskriminierungen oder auch Themen rund um die Mobilität auf Stadtteilebene in den Blick genommen. Auch für diese Themen wird das Handlungsprogramm geeignete Maßnahmen identifizieren, damit eine strukturelle Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort geschaffen werden kann.

Welche Maßnahmen vorrangig geeignet sind und welchen Beitrag Initiativen zur Schaffung gesundheitlicher Chancengleichheit leisten können, wenn sie zu Themen wie Wohnen, urbanem Gärtnern oder nachhaltiger Mobilität arbeiten, untersuchen die Wissenschaftler*innen des Verbundpartners Universität Münster. Bis zum Ende der Projektlaufzeit im Jahr 2025 analysieren sie den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen, Gesundheitsförderung und integriertem kommunalen Handeln, um gemeinsam mit Menschen aus den Stadtteilen, Gesundheit mit und für sie zu gestalten und Potenziale einer positiven Stadtgestaltung für das Lebensumfeld der Menschen aufzudecken. Durch den engen Austausch



Foto: Stadt Münster

Naherholungsräume für alle Bevölkerungsgruppen

zwischen Stadtverwaltung und Wissenschaft wird der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen, Gesundheitsförderung und integriertem kommunalen Handeln zu einem Schwerpunktthema gemacht. Damit werden auch Handlungsansätze identifiziert, die auf andere Städte und ihre Stadtteile übertragbar sein können.

Projektanlass: Gesundheitliche Ungleichheit während der Corona-Pandemie

Dass nicht alle Menschen in der Stadt die gleichen Gesundheitschancen haben, hat die Stadtverwaltung zuletzt während der Coronapandemie erkennen müssen: Im Frühjahr 2020 war das Infektionsgeschehen in mehrfach belasteten Stadtteilen von Münster besonders hoch. Die hohen Inzidenzen als deutliches Zeichen gesundheitlicher Chancenungleichheit gaben den Anlass, das Gemeinschaftsprojekt ins Leben zu rufen. Einer der mehrfach belasteten Stadtteile, der in diesem Zusammenhang auffiel, war der dicht bebaute Stadtteil Coerde, in dem rund 11.200 Menschen leben. Armut und Migration bestimmen die Sozialstruktur in Coerde überproportional im Vergleich zur Gesamtstadt (Stadt Münster 2020; Völker 2021). Bei Coerder Kindern treten Übergewicht und Adipositas häufiger auf als in anderen Stadtteilen, wie Daten zur Schuleingangsuntersuchung belegen (Münster 2019).

Im Stadtteil fehlt es außerdem an attraktiven Aufenthaltsräumen sowie an attraktiven Freizeit-, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Von dem hohen Corona-Infektionsgeschehen in Coerde waren vor allem Familien in engen Wohnverhältnissen betroffen (MZ 2020). Die Stadt reagierte auf das Infektionsgeschehen mit einer mehrsprachig angelegten Impfkaktion, in die unter anderem das Gesundheits- und Sozialamt sowie niedergelassene Ärzt*innen eingebunden waren (Etzkorn 2021). Die schnelle und erfolgreiche Mobilisierung der Akteur*innen hat Münster vor Augen geführt, wie elementar eine gute Vernetzung mit unterschiedlichen Akteursgruppen in mehrfach belasteten Stadtteilen wie Coerde ist.

Die Pandemie-Erfahrungen haben die Universitätsstadt in ihrer Absicht bestärkt, den Gesundheitsaspekt in der Stadtentwicklung intensiv voranzutreiben und dabei Teilhabe und soziale Gerechtigkeit noch deutlicher in den Fokus zu rücken. Dabei kann Münster an Erfahrungen mit kommunaler Gesundheitsförderung anknüpfen. Bereits in den 1990er-Jahren setzte sich die westfälische Metropole mit verschiedenen politischen Beschlüssen für eine gesunde Stadtentwicklung ein. Als eine von 27 Modellkommunen nahm sie außerdem an den Vorbereitungen zum „Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst

des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW)“ teil. Im Städtenetzwerk „Gesunde Stadt“ ist Münster seit dem Jahr 1994 Mitglied, in den Jahren 2004 bis 2015 hatte sie den Vorsitz inne (muenster.de 2021b). Die Corona-Pandemie hat Münster die Bedeutsamkeit des Leitmotivs der gesunden Stadtentwicklung und des damit verbundenen städtischen Engagements noch einmal vor Augen geführt.

Gesundheitliche Chancengleichheit und Teilhabe als Ziel für die Stadt Münster

Zur Schaffung gesundheitlicher Chancengleichheit in der gesamten Stadt konzentriert sich das Verbundprojekt nicht allein auf Bestandsquartiere, sondern nimmt auch künftige und laufende Vorhaben in den Blick. Bei allen aktuellen Strategien und Planungen soll auf die Etablierung, Stärkung und Weiterentwicklung von gesundheitsrelevanten Akteursgruppen in den Stadtteilen hingewirkt werden. Umgekehrt geben aktuelle Strategien und Beteiligungsprozesse der Stadtentwicklung den Verbundpartnern wichtige Impulse, wo sie mit ihrem kommunalen Handlungsprogramm ansetzen und welche Stadtteilakteure sie einbinden können.

Vor allem die Initiative „Gutes Morgen Münster“, die den Auftakt für den Prozess „MünsterZukünfte 20 I 30 I 50“ bildete (muenster.de 2021a), liefert in diesem Zusammenhang Hinweise auf relevante Akteursgruppen, die in das Handlungsprogramm eingebunden

werden sollen. Im Jahr 2015 waren alle Münsteraner*innen aufgerufen, sich als „Zukunftsakteure“ zu bewerben. Mehrere Hundert kreative Bürger*innenprojekte und innovative Initiativen meldeten sich, einige von ihnen werden seitdem von der Stadt bei ihrer Projektarbeit unterstützt (muenster.de 2021a).

Steuerung und Implementierung in der Stadt

Die Erarbeitung des geplanten kommunalen Handlungsprogramms wird fach- und ressortübergreifend erfolgen. Gleich zum Projektauftritt wurde eine interdisziplinär zusammengesetzte Steuerungsgruppe eingerichtet, bei der die Techniker Krankenkasse, das Institut für Geographie der Universität Münster mit der AG Kritische Stadt- und Gesundheitsgeographie, das Gesunde-Städte-Netzwerk, das Gesundheits- und Veterinäramt sowie das Wissenschaftsbüro der Stadt Münster vertreten sind. Vier- bis sechsmal im Jahr treffen sich die jeweiligen Vertreter*innen. Der Oberbürgermeister der Stadt sowie verschiedene Dezernate werden kontinuierlich eingebunden.

Das Projekt soll auch die interdisziplinäre, ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung stärken. Ziel ist, dass das Baudezernat nunmehr sämtliche Vorhaben der Stadtentwicklung frühzeitig und auf Augenhöhe sowohl mit dem Sozial- als auch mit dem Gesundheitsdezernat abstimmt. Gesunde und soziale Faktoren rücken damit deutlich stärker in den Mittelpunkt des Verwaltungshandelns.



Foto: Stadt Münster

Quartiere im Fokus der nachhaltigen Stadtentwicklung



Multifunktionale Freiräume für Sport und Bewegung

Eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung ist Münster ebenso wie die enge Zusammenarbeit mit der Universität seit vielen Jahren ein Anliegen. Seit dem Jahr 2005 dient das „Wissenschaftsbüro“ bei Münster Marketing als Drehscheibe zwischen der Stadt und den Hochschulen. Im Jahr 2007 wurde von der Stadtverwaltung, der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) und der Fachhochschule Münster das strategische Netzwerk „Allianz für Wissenschaft“ gegründet, an dem zu allen Fragen der Gesundheit auch das Universitätsklinikum mitwirkt. Mit dem Verbundvorhaben „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“ setzen sich Stadt und Uni nun ein weiteres Mal gemeinsam dafür ein, die Lebensbedingungen der Menschen in Münster gesünder und sozial gerechter zu machen.

Quellenverzeichnis

Etzkorn, Helmut (2021): Massenimpfung. Hunderte holen sich in Coerde ihren Piks gegen Corona. Beitrag vom 09.05.2021. In: WN – Westfälische Nachrichten. Münster. URL: <https://www.wn.de/muenster/hunderte-holen-sich-in-coerde-ihren-piks-gegen-corona-1055579> (Zugriff am 07.09.2021).

muenster.de – das Stadtnetz für Münster (2021a): MünsterZukünfte 20 | 30 | 50. Gemeinsam Zukunft gestalten. URL: <https://www.stadt-muenster.de/zukuenfte/startseite.html> (Zugriff am 07.09.2021).

muenster.de – das Stadtnetz für Münster (2021b): Koordination und Gesundheitsförderung. „Gesunde Stadt Münster“ / Gesunde Städte-Netzwerk. URL: <https://www.stadt-muenster.de/gesundheits/koordination-und-gesundheitsfoerderung/gesund-stadt-muenster.html> (Zugriff am 07.09.2021).

MZ – Münstersche Zeitung (2020): Ein neuer Corona-Hotspot in Münster. Infektionen in Coerde. Beitrag vom 04.03.2021. In: Münstersche Zeitung. Münster URL: <https://www.muenstersche-zeitung.de/lokales/staedte/muenster/ein-neuer-corona-hotspot-in-munster-1008787> (Zugriff am 07.09.2021).

ÖGDG NRW – Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25. November 1997.

Stadt Münster (2021): Chancen auf Gesundheit gerecht verteilen. Pressemitteilung vom 18.05.2021. Münster.

Stadt Münster (2020): Stadtteilsteckbrief 2019. 61 Coerde. Münster.

Stadt Münster (2019): Übergewicht und Adipositas der Vorschulkinder. Daten der Schuleingangsuntersuchungen 2016-2019. Münster.

Stadt Münster (2010): Allianz für die Wissenschaft. Münster Marketing: „Strategische Netzwerke geknüpft“ / Wissenschaftsbüro ist Blaupause für andere Städte. Pressemitteilung vom 26.03.2010. Münster.

Stahl, Timo, Matthias Wismar, Eeva Ollila, Eero Lahtinen, Kimmo Leppo (2006): Health in all policies. Prospects and potentials. Helsinki.

Völker, Karin (2021): Viel Armut - viele Infektionen. Corona-Hotspots in Münster. In: MZ – Münstersche Zeitung. Beitrag vom 30.04.2021. Münster.

WN – Westfälische Nachrichten (2020): Workshop für Jugendliche. Planung des Hamannplatzes der Zukunft. Beitrag vom 22.12.2020. In: Westfälische Nachrichten. URL: <https://www.wn.de/muenster/stadtteile/coerde/workshop-fur-jugendliche-775346> (Zugriff am 07.09.2021).



Strategischer Aufbau des Verbundprojekts „Gesundheit in der nachhaltigen Stadt“



Nürnberg: Hochwasserschutz und Naherholung

Kurzbeschreibung: Im Zuge von Hochwasserschutzmaßnahmen am Nürnberger Wöhrder See wurde eine Badebucht geschaffen. Die Stadt hat den Uferbereich der Bucht zu einem Naherholungsraum entwickelt. Die „Norikusbucht“ kommt vor allem den Bewohner*innen des verkehrlich belasteten Stadtteils Tullnau sowie der mehrfach belasteten Stadtteile Gleißhammer und St. Peter zugute.

Beteiligung: Zahlreiche Informationsveranstaltungen begleiteten die Maßnahmen zum Hochwasserschutz am Wöhrder See. Das Beteiligungsverfahren zur Gestaltung der „Norikusbucht“ fand in den Jahren 2015 und 2016 statt. Kinder wurden in einer separaten Ideenwerkstatt zu ihren Vorstellungen für das Ufer der „Norikusbucht“ befragt.

Durchführung: Für die Gestaltung der Bucht erfolgte eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Nürnberger Stadtverwaltung. Gefördert wurde die Ufergestaltung über das Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“.



Stadtteile nahe der Norikusbucht durch Freiraumdefizit stark belastet

Der Wöhrder See befindet sich im Osten von Nürnberg, südlich des Sees liegen die Stadtteile Tullnau, Gleißhammer und St. Peter. Insgesamt leben dort über 20.000 Einwohner*innen (Stadt Nürnberg online). Die Norikusbucht gehört zu Tullnau. Aufgrund seiner direkten Nachbarschaft zum See und einem Park („Tullnaupark“) verfügt der Stadtteil über viele Grün- und Freiflächen. Prägend für den Stadtteil ist zudem die vielgeschossige Hochhausbebauung „Norikus“ aus den 1970er-Jahren. In den Obergeschossen des Gebäudes befinden sich Wohnungen, in der Erdgeschosszone Dienstleistungsangebote. Es gibt kaum Fluktuation unter den Bewohner*innen, die Wohnzufriedenheit ist hoch. Der Stadtteil gilt entsprechend als stabil.

Die Stadtteile Gleißhammer und St. Peter liegen in ca. 1,5 Kilometer Entfernung zum Wöhrder See. Die Sozialstruktur weist einige Besonderheiten auf. Über dem städtischen Durchschnitt liegen hier beispielsweise die Arbeitslosenquote und der Anteil der Familien in Bedarfsgemeinschaften (nuernberg.de o.J.). Beide Stadtteile kennzeichnet zudem ein deutliches Defizit an Naherholungsflächen. Sie sind dicht bebaut, weisen aber auch Gewerbebrachen auf. Im nördlichen Teil von Gleißhammer an der Grenze zu Tullnau befinden sich eine Kleingartenanlage sowie der Zeltnerweiher. Auf einer Insel im Gewässer steht

das Zeltnerschloss, das für kulturelle Zwecke genutzt wird. Sowohl die Kleingartenanlage als auch die Insel im Zeltnerweiher sind frei zugänglich, aufgrund ihrer jeweiligen Nutzungen aber keine Gebiete für die öffentliche Naherholung. Auch in St. Peter fehlen Naherholungsflächen, nur der Friedhof bildet eine größere öffentlich zugängliche Freifläche.

Zwischen Tullnau und den südlich angrenzenden Stadtteilen Gleißhammer und St. Peter befinden sich eine vielbefahrene Hauptverkehrsstraße, ein Siedlungsband mit Gewerbe sowie eine mehrgleisige Bahntrasse einschließlich Abstellgleisen und Nebengebäuden. Die Infrastrukturen wirken als räumliche Barrieren und führen zu verkehrlich bedingten Umweltbelastungen in allen drei Stadtteilen. In Gleißhammer und St. Peter kommen das bestehende Freiraumdefizit und die sozialen Benachteiligungen noch hinzu. Diese Stadtteile sind daher mehrfach belastet.

Hochwasserschutz bietet Anlass für Investitionen in die Naherholung

In den Jahren 2013 bis 2018 hat das Nürnberger Wasserwirtschaftsamt verschiedene bauliche Hochwasserschutzmaßnahmen am Wöhrder See vorgenommen. Unter anderem wurde ein 400 Meter langer begehbare Damm in dem Gewässer errichtet, der die „Norikusbucht“ vom See abtrennt. 2016 wurde die Bucht geflutet und zum Schwimmen freigegeben (Wasserwirt-



Foto: Nürnberg Luftbild Hajo Dietz

Tullnau, Gleißhammer und St. Peter im Luftbild

schaftsamt Nürnberg 2021). Die Stadt Nürnberg hat das Entstehen der Badebucht zum Anlass genommen, das Ufer zu einem attraktiven Naherholungsbereich zu entwickeln. Mit der Gestaltung des Uferbereichs sind nicht nur neue Freiraumqualitäten im Stadtteil Tullnau entstanden. Von den Maßnahmen profitieren vor allem auch die Bewohner*innen der Stadtteile Gleißhammer und St. Peter. Für sie ist ein attraktiver Naherholungsraum entstanden, der das bestehende Freiraumdefizit im Wohnumfeld ausgleicht.

Unter Einbeziehung des bereits vorhandenen Baum- und Gehölzbestandes sowie durch Neuanpflanzungen ist eine Uferwiese mit schattenspendenden Bäumen und damit hoher Aufenthaltsqualität entstanden. Ein Wasserspielplatz und ein Bewegungsparcours mit Balancierbalken, Slackline, Cross-Trainer, Tischtennisplatte und weiteren Geräten wurden integriert. Der Bereich ist für alle umliegenden Stadtteile gut erreichbar: Über eine barrierefreie Erschließung haben die Bewohner*innen von Tullnau unmittelbaren Zugang zu den Freianlagen. Die Bewohner*innen von Gleißhammer und St. Peter erreichen die Bucht über eine direkte Straßenverbindung mit Bahnunterführung (Stadt Nürnberg 2021a).

Neben dem Wasserspielplatz wurde zudem eine Energie- und Umweltstation errichtet. Sie bietet für Kinder, Jugendliche und Erwachsene altersgerechte Kurse und Veranstaltungen rund um das Thema Umwelt an. Das Angebot umfasst außerdem Führungen sowohl durch das in Passivhausbauweise errichtete Gebäude als auch in die angrenzende Natur zur Vogelbeobachtung. Für Pädagog*innen und Umweltengagierte wurden spezifische (Fortbildungs-)Programme entwickelt. Schulklassen können sich anmelden, um mehr zu den Themen Wasser, Biodiversität, Energie, Klimaschutz, nachhaltige Ernährung, Konsum und Ressourcenschutz zu erfahren (Stadt Nürnberg 2021b).

Die Hochwasserschutzmaßnahmen am Wöhrder See wurden von zahlreichen Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung begleitet. Noch während der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen eröffnete die Stadt Nürnberg zudem ein Beteiligungsverfahren, um die Bevölkerung auch in die Neugestaltung der „Norikusbucht“ einzubinden. In den Jahren 2015 und 2016 fanden mehrere Veranstaltungen statt (Stadt Nürnberg 2015). Zusätzlich führte das Jugendamt eine Kinderwerkstatt durch. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens wurden im freiraumplanerischen Konzept berücksichtigt.

Umsetzung dank ressortübergreifender Zusammenarbeit und Städtebauförderung

Die Ufergestaltung erforderte eine intensive ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Nürnberger Stadtverwaltung. Das Nürnberger Wasserwirtschaftsamt hat das Entstehen der Badebucht im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen eng mit der Stadtverwaltung abgestimmt. Das Stadtplanungsamt koordinierte die Stadterneuerungsaufgaben, der Servicebetrieb Öffentlicher Raum verantwortete die Umsetzung der freiraumplanerischen Maßnahmen am Ufer der „Norikusbucht“. Die Gestaltung des Bewegungsparcours erfolgte in enger Abstimmung mit dem SportService der Stadt Nürnberg – eine Dienststelle, die in allen Belangen des Sports Ansprechpartnerin für Vereine, die Bevölkerung und weitere Akteure ist. Die Energie- und Umweltstation wird vom Umweltamt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Pädagogik und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg betrieben.

Die Finanzierung der Maßnahme gelang mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“. Bereits seit dem Jahr 1992 bilden Gleißhammer und St. Peter ein gemeinsames Sanierungsgebiet im Rahmen der Bayerischen Städtebauförderung. Seit 2016 ist das Sanierungsgebiet gleichzeitig Programmgebiet im Bund-Län-



Foto: Servicebetrieb Öffentlicher Raum, Stadt Nürnberg

Eröffnung Wasserspielplatz Norikusbucht

der-Programm „Stadtumbau West“. Da es mit dem ursprünglichen Gebietszuschnitt jedoch nicht gelungen war, Maßnahmen für eine Entwicklung des Freiraums in den beiden Stadtteilen umzusetzen, wurde das Sanierungsgebiet im Jahr 2016 um die Norikusbucht in Tullnau erweitert. Damit eröffnete sich für die Stadt die Möglichkeit, Städtebauförderungsmittel in dem 2017 neu aufgelegten Programm „Zukunft Stadtgrün“ zu beantragen (Stadt Nürnberg 2018; StmB 2020).



Foto: Servicebetrieb Öffentlicher Raum, Stadt Nürnberg

Wasserspielplatz Norikusbucht

Guter Ausgleich für vorhandenes Freiflächendefizit

Die Neugestaltung der Norikusbucht stößt in der Bevölkerung auf breite Resonanz und viel Begeisterung. Die Standorte Gleißhammer, St. Peter und Tullnau sind zwar weiterhin durch verkehrsbedingte Umweltbeeinträchtigungen an den jeweiligen Quartiersrändern belastet. Doch profitieren die Bewohner*innen von dem attraktiven Naherholungsraum am Wöhrder See. Sowohl der Uferbereich der Norikusbucht als auch die Energie- und Umweltstation bieten eine Angebotsvielfalt für die unterschiedlichsten Bevölkerungs- und Altersgruppen. Für die Bewohner*innen von Gleißhammer und St. Peter bietet die Badebucht zudem einen Ausgleich zum öffentlichen Freiraumdefizit im Stadtteil. Die Badebucht ist mittlerweile stadtwie bekannt. Auch von Erholungssuchenden aus den Umlandgemeinden wird sie inzwischen besucht.

Quellenverzeichnis

ErgVV Städtebauförderung (2017): Ergänzende Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2017 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (ErgVV Städtebauförderung 2017) vom 29.03.2017/ 26.09.2017.

nuernberg.de (o.J.): Gebietstabellen. URL: https://www.nuernberg.de/internet/statistik/sta_4001.html (Zugriff am 03.09.2021).

Stadt Nürnberg (2021a): Wasserwelt Wöhrder See. URL: https://www.nuernberg.de/internet/stadtportal/wasserwelt_woehrder-see.html (Zugriff am 03.09.2021).

Stadt Nürnberg (2021b): Energie- und Umweltstation Nürnberg. URL: <https://www.nuernberg.de/internet/umweltstation/> (Zugriff am 03.09.2021).

Stadt Nürnberg (2018): Gleißhammer/St. Peter/Tullnau. Eckdaten. URL: <https://www.nuernberg.de/internet/stadtplanung/gleishammer.html> (Zugriff am 03.09.2021).

Stadt Nürnberg (2015): Nachrichten aus dem Rathaus. Nr. 824 / 24.07.2015. Wasserwelt Wöhrder See wächst. Nürnberg.

StmB – Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (2020): Städtebauförderung in Bayern. Nürnberg – Norikusbucht Wöhrder See. München.

Wasserwirtschaftsamt Nürnberg (2021): Wasserwelt Wöhrder See. URL: <https://www.wasserweltwoehrdersee.bayern.de> (Zugriff am 03.09.2021).



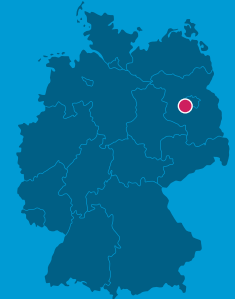
Foto: Servicebetrieb Öffentlicher Raum, Stadt Nürnberg

Eröffnung Wasserspielplatz Norikusbucht



Potsdam: von der Plattenbausiedlung zur emissionsfreien Gartenstadt

Kurzbeschreibung: Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt eine Großwohnsiedlung im Stadtteil Drewitz zu einer Gartenstadt – bis 2025 soll sie emissionsfrei sein. Eine der zentralen Maßnahmen ist der Rückbau einer mehrspurigen Hauptverkehrsstraße zu einer Erschließungsstraße für Anwohner*innen. Die Maßnahme wurde bereits umgesetzt. Auf den ehemaligen Verkehrsflächen befindet sich heute ein Stadtteilpark.



Beteiligung: Der Rückbau der Verkehrsflächen stieß in der Stadtteilbevölkerung zunächst auf großen Widerstand. Mit einem breit angelegten Beteiligungsverfahren gelang es, die Drewitzer Bevölkerung in die Planungen einzubinden und für das Vorhaben zu gewinnen. Heute identifizieren sich die Bewohner*innen der Großwohnsiedlung mit dem Stadtteilpark, der zu einem zentralen Treffpunkt geworden ist.

Koordination und Förderung: Die Entwicklung der Großwohnsiedlung zur Gartenstadt wird maßgeblich von der Landeshauptstadt Potsdam und der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft ProPotsdam umgesetzt. Die Stadt übernahm auch die Federführung beim Rückbau der Verkehrsflächen und der Flächenumwandlung zum Stadtteilpark. Das Projekt wurde in drei Bauabschnitten mit Mitteln aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ realisiert.

Handlungsbedarf in mehrfach belasteter Plattenbausiedlung mündet in Masterplan

Die Großwohnsiedlung Drewitz am südöstlichen Stadtrand von Potsdam wurde in den Jahren 1986 bis 1991 als Neubaugebiet in Plattenbauweise errichtet. Ursprünglich sollten hier 4.800 Wohnungen für 13.000 Menschen entstehen. Bis 1991 wurden jedoch nur 2.900 Wohnungen fertiggestellt. Aufgrund der politischen Wende kam es zu einem vorläufigen Baustopp (Oelschläger 2016). Die städtebauliche Struktur aus mäanderförmigen, fünfgeschossigen Gebäuden war zu diesem Zeitpunkt bereits von einem Straßennetz erschlossen, das – gemessen an der geringen Anzahl tatsächlich gebauter Wohnungen – überdimensioniert war. Das hohe Verkehrsaufkommen auf den überdimensionierten Straßen sowie der Wegzug ehemaliger Bewohner*innen machten den Standort in den 1990er-Jahren zunehmend unattraktiv. Aktuell leben hier etwa 5.300 Einwohner*innen in rund 3.000 Wohnungen. Die Sozialstruktur ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Die Arbeitslosenquote ist höher als im Durchschnitt der Landeshauptstadt (BBSR 2015).

Erste Überlegungen für eine Aufwertung der Großwohnsiedlung kamen Anfang der 2000er-Jahre auf. Für den Bundeswettbewerb „Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage von integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten“ wurden die Überlegungen 2009 konkretisiert. Das eingereichte Konzept „Gartenstadt Drewitz – energetisch stark, energisch grün“ benennt als Leitprojekt den Rückbau von Verkehrsflächen als Chance für eine bessere Grünversorgung im Quartier (BMVBS o.J.). Das Konzept erhielt im Bundeswettbewerb die „Silber-Plakette“ und wurde bis 2011 zu einem Masterplan qualifiziert (potsdam.de o.J. a). Auf Grundlage des Masterplans wurden der Rückbau einer zentralen Verkehrsschneise und die Neugestaltung der Flächen zu einem öffentlichen Stadtteilpark in der Zeit von 2012 bis 2013 realisiert (potsdam.de 2011; potsdam.de 2014). Bis 2025 wird die Entwicklung der Großwohnsiedlung zur Gartenstadt voraussichtlich abgeschlossen sein (potsdam.de o.J. b).



Foto: Wolf-Christian Straus

Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee zur Parkanlage für die Gartenstadt Drewitz

Erst Widerstand, dann Zustimmung in der Bevölkerung

Der Masterplan ist das Ergebnis eines breit angelegten Beteiligungsverfahrens, in das die Anwohner*innen eingebunden waren. In der Bevölkerung von Drewitz hatte sich zunächst Widerstand gegen die Pläne der Landeshauptstadt geregt. Ein Grund war: Der geplante Rückbau der ehemals vierspurigen Konrad-Wolf-Allee bedeutete die Aufgabe von Pkw-Stellplätzen. Die Bewohner*innen befürchteten, dass es zu einem Stellplatzmangel kommen könnte. Außerdem rechneten sie mit Verkehrsbehinderungen durch anhaltende Lieferfahrzeuge. Dies alles bestimmte die öffentlichen Diskussionen. Im Jahr 2011 wurde eine Bürgervertretung gewählt, damit die Stadtteilbewohner*innen ihre Bedenken und Anregungen besser vortragen konnten.

Zeitgleich erarbeitete die Landeshauptstadt ein Beteiligungskonzept. Es benannte die gewählte Bürgervertretung sowie die kommunale Wohnungsbau-gesellschaft ProPotsdam als relevante Akteursgruppen und legte Formate für ein Beteiligungsverfahren in der Großwohnsiedlung fest (potsdam.de 2012). Allein zwischen 2010 und 2011 fanden vier Werkstattverfahren, zwei Bürgerversammlungen und

eine Vielzahl an Abstimmungen der Akteure vor Ort statt (Westphal 2015). Die Veranstaltungen trugen zu einem besseren Verständnis der geplanten Maßnahmen in der Bevölkerung bei, sodass die Bedenken der Bewohnerschaft ausgeräumt werden konnten. Die Beteiligung mündete schließlich in dem Masterplan, der von allen Akteur*innen mitgetragen wurde.

Mehr öffentliches Grün und umweltfreundliche Mobilität in Drewitz

Auf Grundlage des Masterplans wurden die Verkehrsflächen der vierspurigen Konrad-Wolf-Allee auf zwei einspurige Erschließungsstraßen entlang der Wohnblöcke zurückgebaut. In der Mitte des Straßenraums entstand damit eine Freifläche von 1,5 ha, auf der ein Stadtteilpark angelegt wurde. Im Jahr 2013 kam die Maßnahme – finanziert mit Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) – zum Abschluss. Heute zieht sich der Konrad-Wolf-Park als zentrale Grünachse durch das Quartier. Wege für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen führen durch die Grünanlage und sorgen für kurze Wegeverbindungen innerhalb der Großwohnsiedlung. Im Park finden sich Kletterfelsen, Liegewiesen, Fitnessparcours, Sport- und

Spielflächen sowie zahlreiche Sitzgelegenheiten. Die Führung zweier Tramlinien entlang des Konrad-Wolf-Parks wurde beibehalten, die Haltestellen liegen an den jeweiligen Enden des Parks.

In den Straßen rechts und links des Parks gilt – wie überall in Drewitz – Tempo 30. Stellplätze werden über ein Parkraumbewirtschaftungssystem an die Stadtteilbewohner*innen vergeben. Die Anwohner*innenparkplätze können zudem über die Internetplattform „ampido“ mit anderen Nutzer*innen geteilt werden. Auf diese Weise wird der Bedarf an Stellplätzen reduziert. Darüber hinaus werden Anreize für den Verzicht auf ein Auto gesetzt. Mieter*innen erhalten beim Bezug einer Ein- oder Zwei-Zimmerwohnung in der Gartenstadt einmalig Anspruch auf ein kostenloses Jahresticket für den Potsdamer ÖPNV. Da alle Tram- und Bushaltestellen in einer Entfernung von maximal 300 bis 350 Metern im Quartier zu erreichen sind und ein 5- bis 10-Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit gewährleistet wird, gilt Drewitz als verkehrlich gut angebunden. Auch der Fahrradverkehr wurde gestärkt: An einem zentral gelegenen Quartiersplatz hat die Landeshauptstadt Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen. Ein Unternehmen sorgt für ein Rad-Sharing-Angebot in der Gartenstadt, eine Fahrradwerkstatt stellt einen Reparaturservice sicher (VCD 2021).

Bewohnerschaft profitiert von identitätsstiftenden Begleitmaßnahmen

Im und rund um den Park wurden weitere Maßnahmen umgesetzt, von denen die Drewitzer Bürger*innen profitieren. An der südwestlichen Spitze des Konrad-Wolf-Parks, im Bereich einer alten Tram-Wendeschleife, wurde im Jahr 2017 beispielsweise der offene Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgarten „Wendeschleife“ angelegt. Ein Verein bietet hier Flächen zum Gärtnern und Selbstversorgen an. Außerdem können Interessierte den Gemeinschaftsgarten für Workshops, Feiern, Treffen oder Kurse nutzen (StadtrandELFen e.V. 2021).

Nahe der Tram-Wendeschleife hat die Landeshauptstadt mit Hilfe von Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ das Nachbarschaftszentrum „Oskar“ eingerichtet. Das Zentrum wurde in die Stadtteilschule integriert, welche im Jahr 2013 eingeweiht und ebenfalls über das Programm „Soziale Stadt“ finanziert wurde. Trägerin von „Oskar“ ist die gemeinnützige GmbH Soziale Stadt ProPotsdam.



Foto: Adam Sevens

Konrad-Wolf-Park, Tramhaltestelle und Ernst-Busch-Platz

Das Zentrum versteht sich als stadtteilorientierter, sozialer und kultureller Treffpunkt mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm. Unter anderem werden Kurse und Workshops zu den Themen Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und Stressbewältigung angeboten (Soziale Stadt ProPotsdam online).

Seit 2009 werden außerdem die Wohnungsbestände in Drewitz energetisch saniert – bis 2025 soll Drewitz Potsdams erster klimaneutraler Stadtteil werden. Mit Hilfe von Fördermitteln erfolgt die energetische Sanierung der Wohnungsbestände sozialverträglich: Die Maßnahmen werden über die soziale Wohnraumbeförderung des Landes, das KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ und das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ (mittlerweile „Sozialer Zusammenhalt“) finanziert (potsdam.de o.J. c). Die kommunalen Bestände werden von der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) mit Fernwärme und



Foto: Benjamin Maltry

Vielfältige Aufenthaltsmöglichkeiten im Konrad-Wolf-Park

Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Mehr als die Hälfte der Wohnungen in der Großwohnsiedlung befinden sich im Eigentum des kommunalen Wohnungsunternehmens ProPotsdam (potsdam.de o.J. c; potsdam.de o.J. d).

Drewitz heute: hohe Zufriedenheit im Stadtteil

Die Entwicklung der Großwohnsiedlung zur Gartenstadt stößt in der Bevölkerung mittlerweile auf breite Akzeptanz. Die hohe Zufriedenheit führt zu einer 90-prozentigen Bleibquote der Bewohner*innen. Im Vergleich zu früher haben der umweltfreundliche Radverkehr zu- und das Kfz-Aufkommen deutlich abgenommen. Durch das veränderte Mobilitätsverhalten der Bevölkerung konnten der Durchgangsverkehr im Quartier um 72 Prozent und damit auch die Lärmbelastung reduziert werden. Heute kommen auf eine Wohneinheit 0,6 Pkw (VCD 2021). Auch in der (Fach-)Öffentlichkeit genießt die Gartenstadt Anerkennung. Im Jahr 2014 zählte der Stadtteil zu den Gewinnern des Kommunalen Klimaschutzpreises (Difu 2015), 2020 erhielt Drewitz einen Preis im Bundeswettbewerb „Vorbildliche öffentliche Straßenbegrünung“ der Stiftung „Lebendige Stadt“ (Stiftung Lebendige Stadt 2020).



Foto: Wolf-Christian Strauss

Sport- und Spielgeräte im Park

Quellenverzeichnis

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015): Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen – Vertiefende Modellprojekte der Umsetzung integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte. BBSR-Online-Publikation, Nr. 06/2015. Bonn.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (o.A.): Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage von integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten. Berlin.

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2015): Kommunalen Klimaschutz 2014. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte. Berlin.

potsdam.de (o.J. a): Bevölkerung: Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnung seit 1992. Datenquelle: Bereich Bürgerservice, Zeitbezug: 31.12.1992 - 31.12.2020. URL: <https://www.potsdam.de/bevoelkerung-einwohner-mit-haupt-und-nebenwohnung-seit-1992> (Zugriff am 07.09.2021).

potsdam.de (o.J. b): Bevölkerung: Einwohner nach Stadtteilen. Datenquelle: Bereich Bürgerservice, Zeitbezug: 31.12.2020. URL: <https://www.potsdam.de/bevoelkerung-einwohner-nach-stadtteilen> (Zugriff am 07.09.2021).

potsdam.de (o.J. c): Gartenstadt Drewitz. URL: <https://www.potsdam.de/gartenstadt-drewitz> (Zugriff am 07.09.2021).

potsdam.de (o.J. d): Energetischer Umbau im Quartier: das Beispiel Potsdam-Drewitz. URL: <https://www.potsdam.de/content/108-energetischer-umbau-im-quartier-das-beispiel-potsdam-drewitz> (Zugriff am 07.09.2021).

potsdam.de (2012): Konzept zur Bürgerbeteiligung für das Projekt „Gartenstadt Drewitz“. Potsdam. URL: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/beteiligungskonzept_drewitz.pdf (Zugriff am 07.09.2021).

potsdam.de (2011): Masterplan Gartenstadt Drewitz. Eckpunkte und Ziele der weiteren Entwicklung. Potsdam. URL: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/masterplan_gartenstadt_drewitz.pdf (Zugriff am 07.09.2021).

Oelschläger, Volker (2016): Die Erfindung der Gartenstadt. MAZ zu Hause in ... Drewitz. In: Märkische Allgemeine. Beitrag vom 19.09.2016. Potsdam.

ProPotsdam GmbH (2021): Auf dem Weg zur Gartenstadt: Drewitz. URL: <https://www.propotsdam.de/ziele-fuer-potsdam/kieze-potsdam/gartenstadt-drewitz/> (Zugriff am 07.09.2021).

Soziale Stadt ProPotsdam gemeinnützige GmbH (online): Über oskar. URL: www.oskar-drewitz.de/ueber-oskar.html (Zugriff am 07.09.2021).

StadtrandELFen e.V. (2021): Wendeschleife – Klimagarten im Quartier. URL: <http://wendeschleife-drewitz.de/> (Zugriff am 07.09.2021).



Saarlouis: Schulen als gesundheitsförderliche Lern- und Lebensorte

Kurzbeschreibung: Der Landkreis Saarlouis unterstützt die Weiterentwicklung von Schulen zu gesundheitsförderlichen Lern- und Lebensorten. Programmatische Grundlage hierfür ist das 2010 vom Kreistag beschlossene Programm „Gemeinsam Schule gestalten – Landkreis Saarlouis macht Schule“. Die Neugestaltung des Schulhofs der Anne-Frank-Förderschule mit Sport- und Freizeitflächen ist vor allem mit Blick auf die Umweltbildung und Beteiligung der Schüler*innen ein Kernvorhaben. Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf haben ihren Schulhof für bessere Bewegung, mehr Sport und Umweltbildung weiterentwickelt.



Beteiligung: Der Beteiligungsansatz ist prozessorientiert angelegt. Die Schüler*innen wirken an allen Planungsphasen mit. Der Ansatz ist darüber hinaus inklusiv und richtet sich an alle Schüler*innen. Das methodische Instrument sind Zukunftswerkstätten. Handlungsleitende Ziele für die Zukunftswerkstatt zur Schulhofgestaltung der Anne-Frank-Schule waren die ökologische Gestaltung des Schulaußenbereiches, die Unterstützung der Partizipation der Beteiligten über alle Planungsphasen sowie die Stärkung der Eigeninitiative von Schüler*innen mit Förderbedarf.

Koordination und Förderung: Der Landkreis Saarlouis fördert gezielt (Umwelt-)Bildung und Bildungsgerechtigkeit. Durch die Etablierung einer programmatischen Schulentwicklung seit dem Jahr 2010 und Einrichtung eines kommunalen Bildungsmanagements seit 2016, das die Umsetzung des Programms steuert und koordiniert, nutzt der Landkreis seine kommunalen Einflussmöglichkeiten.

Weiterentwicklung von Schulen zu gesundheitsförderlichen Orten

Seit 2010 unterstützt der Landkreis Saarlouis die Gestaltung und Weiterentwicklung von Schulen zu gesundheitsförderlichen Lern- und Lebensorten. Dabei setzen die Schulen Maßnahmen um, die Umweltbildung, Gesundheitsförderung, Partizipation und Empowerment verknüpfen und die Bedarfe und Fähigkeiten von Schüler*innen mit und ohne Förderbedarf berücksichtigen. Programmatische Grundlage hierfür ist das 2010 vom Kreistag beschlossene Programm „Gemeinsam Schule gestalten – Landkreis Saarlouis macht Schule“ (Landkreis Saarlouis o.J./a). Für die Breitenwirkung des Ansatzes ist förderlich, dass der Landkreis Träger von derzeit 28 weiterführenden Schulen ist. Zur Steuerung und Koordinierung der Prozesse sowie zur Sicherstellung der Beteiligung richtete der Landkreis eine feste, hauptamtliche Stelle in der Kreisverwaltung für die programmatische Schulentwicklung ein.

Breitenwirkung durch programmatische Förderung und starke Rolle des Landkreises

Das Programm bildet das Dach, unter dem jedes einzelne Schulprojekt umgesetzt wird. In der anfänglichen Pilotphase des Programms waren drei Schulen beteiligt, mittlerweile sind alle 28 Schulen, die sich in Trägerschaft des Landkreises befinden, involviert. Anfänglich sah das Konzept zwei Module vor: Im Modul ‚Lebendige Pausen‘ gestalteten Schulen ihre Schulhöfe unter ökologischen, spiel- und bewegungspädagogischen Aspekten. Im Modul ‚Energie für den ganzen Tag‘ entwickelten Schulen Projekte und Maßnahmen für eine gesunde Schulverpflegung. Im Laufe der Jahre entwickelte sich das Programm weiter. Mittlerweile enthält es zehn Module (Sadik 2018: 10; Landkreis Saarlouis o.J./b). Das Modul ‚Blühende Schulhöfe‘ fördert blühende Bereiche im Schulhof, die den einheimischen Insekten Lebensraum bieten. Schüler*innen erleben so in der Praxis, welche wichtige Bedeutung die blütenbesuchenden Insekten für das Ökosystem haben. Mit dem Modul ‚Aktionsjahr



Von Schüler*innen gemeinsam erarbeitetes Modell zur Umgestaltung des Schulhofs Anne-Frank-Schule

Mobilität und Nachhaltigkeit‘ hat der Landkreis an einem Wettbewerb teilgenommen und die Hauptförderung in Höhe von 50.000 Euro gewonnen (hier und im Folgenden: Landkreis Saarlouis o.J./a): Die Schulentwicklerin und Bildungsmanagerin hatte im Rahmen des Schulprogramms ein Konzept für ein ganzes Aktionsjahr „Mobilität und Nachhaltigkeit“ im Landkreis Saarlouis vorgelegt, das das Thema Schule und Mobilität in den Fokus rückt. Innerhalb dieses Aktionsjahres bearbeiteten Schüler*innen eine Reihe von Fragen, die der Rat für Nachhaltige Entwicklung für den bundesweiten Wettbewerb „Mobilität und Nachhaltigkeit“ gestellt hatte: Wie wird nachhaltige Mobilität Teil unserer Alltagskultur? Was können wir tun, damit Nachhaltigkeit für die Menschen eine zentrale Rolle spielt? Wie können Vernetzung und Kommunikation dabei helfen, nachhaltige Mobilität in unserer Gesellschaft zu verankern?

Systematische Beteiligung durch Zukunftswerkstätten

Für alle Gestaltungs- und Baumaßnahmen an den Schulen gilt: Ihnen geht eine systematische Beteiligung der Schüler*innen sowie interessierter Lehrer- und Elternvertreter*innen voraus. Für die fundierte und systematische Beteiligung junger Menschen verfolgt der Landkreis Saarlouis einen inklusiven

Ansatz und fördert das Instrument der Zukunftswerkstätten. Dieses spricht methodisch alle Schüler*innen und weitere Akteure an und bindet diese ein. Gesonderte Beteiligungsformate für einzelne Zielgruppen werden vermieden, um Stigmatisierung vorzubeugen und Inklusion zu fördern. Kommunikation, Transparenz und Mitwirken vor Ort sind hierbei die Schlüsselfaktoren. Sie tragen im Ergebnis dazu bei, dass Schüler*innen aller Altersgruppen, mit und ohne Förderbedarf, ihre Schulen neu gestalten. Hierdurch fördert der Saarlouiser Ansatz die Zugangs- und Verfahrensgerechtigkeit als wichtige Teilaspekte von Umweltgerechtigkeit in besonderer Weise.

Um sicherzustellen, dass die Partizipationsergebnisse auch Wirkung entfalten, nimmt die Schulentwicklerin, die die Zukunftswerkstatt begleitet, bereits vor deren Durchführung alle notwendigen Abstimmungen mit den verantwortlichen Ämtern vor. Dies gewährleistet, dass die Beteiligten der Zukunftswerkstatt bzw. die Schule über das zur Verfügung stehende Budget sowie weitere Rahmenbedingungen (z.B. Verfügbarkeit der Flächen, Erfordernisse des Brandschutzes) informiert sind. Auch werden die Vorstellungen der Schüler*innen auf die dafür erforderlichen Kosten überprüft und die Schüler*innen über die finanzielle Realisierbarkeit ihrer Vorstellungen in

Kenntnis gesetzt. Nicht zuletzt ist die Umsetzung mitbedacht: Die Landkreisverwaltung sichert zu, dass nach der Projektpräsentation spätestens innerhalb eines halben Jahres mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden kann.

Schulhofumgestaltung an der Anne-Frank-Förderschule

Ein für diesen Ansatz beispielgebendes Projekt ist die Gestaltung des Schulhofgeländes der Anne-Frank-Förderschule. An der Anne-Frank-Förderschule werden in 13 Klassen rund 200 Schüler*innen der Klassenstufen 1 bis 10 mit Förderbedarf unterrichtet. Der Schule angegliedert ist zugleich ein Förder- und Beratungszentrum für schulische Integration und Inklusion. Die Schule bereitet ihre Schüler*innen dezidiert darauf vor, für ihre soziale und berufliche Integration initiativ zu werden und Verantwortung zu übernehmen.

Angesichts mangelnder Spiel-, Bewegungs- und Sportmöglichkeiten sowie alters- und gruppenbedingter Nutzungskonflikte wollten die Betroffenen ihren Schulhof neu gestalten. Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt mit Schüler*innen aus den Klassenstufen 7 und 8 und der Grundstufe (Klassenstufe 1 bis 6), Lehrervertreter*innen sowie der Nachmittagsbetreuung wurden die Planungen aufgenommen.



Foto: Landkreis Saarlouis

Neue Sitzgelegenheiten auf Wunsch der Schüler*innen

Handlungsleitend für die Neugestaltung waren eine Reihe von Zielen, wie die Förderung der ökologischen Gestaltung des Schulaußenbereiches, die Unterstützung der Partizipation der Beteiligten über alle Planungsphasen sowie die Stärkung der Eigeninitiative, der Übernahme von Verantwortung und einer ganzheitlichen Kompetenz (vgl. <https://www.kreis-saarlouis.de/Schulentwicklung.htm>). Im Vorfeld der Zukunftswerkstatt gründete sich eine Planungsgruppe, an der Vertreter*innen aus dem Bauamt und der Schule mitwirkten. Begleitet wurde der Prozess von der Schulentwicklerin.



Foto: Landkreis Saarlouis

Verknüpfung von Flächen für Spiel, Bewegung, Sport und Gesundheit

Der eigentliche Beteiligungsprozess im Rahmen der Zukunftswerkstatt umfasste einen zeitlichen Rahmen von rund sechs Monaten (Dezember 2016 bis Mai 2017) und verlief in drei Phasen – einer Kritikphase mit Bestandsaufnahme; einer Visions- und Planungsphase und einer Realisierungsphase (vgl. Sadik o.J.: 3ff.). Dabei stellten die Schüler*innen Umweltbelastungen, wie Lärm und Versiegelung sowie einen Mangel an Grünflächen in ihrem Wohnumfeld fest. Im Ergebnis entwickelten die Schüler*innen eine Gesamtkonzeption, die die Flächen in Funktionsbereiche für unterschiedliche Nutzungen und Nutzungsgruppen einteilte – und somit die verschiedenen Bedarfe berücksichtigte. Diese Gesamtkonzeption mündete in der Erstellung eines Modells, das sich durch eine bedarfs- und nachfrageorientierte Aufteilung der Schulhofflächen und einer Verknüpfung der Themen Bewegung, Sport und Gesundheit, Umwelt und Ökologie auszeichnet (Sadik o.J.: 6). Die Schüler*innen stellten das Modell im Mai 2017 dem Landrat, den Kreistagsmitgliedern, Vertreter*innen aller verantwortlichen Ämter – Schulamt, Bauamt, Umweltamt –, Vertreter*innen des Umweltministeriums und des Bildungsministeriums, Elternvertreter*innen, der Bürgermeisterin sowie weiteren Fördermittelgebenden und der Presse vor. Nur drei Tage nach der Präsentation gab der Landkreis den Startschuss für den Umbau.

Quellenverzeichnis

Landkreis Saarlouis (2017). Schulentwicklungsplan 2017. Saarlouis.

Landkreis Saarlouis (o.J./a): Gemeinsam Schule gestalten: Partizipation als Chance zur Entwicklung und Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften für Demokratie und Kinderrechte. Saarlouis. <https://www.kreis-saarlouis.de/Schulentwicklung.htm> (Zugriff am 19.10.2021).

Landkreis Saarlouis (o.J./b): Ratgeber für die Schulwahl nach der Grundschule. Weiterführende Schulen in Trägerschaft des Landkreises Saarlouis. Saarlouis. https://www.kreis-saarlouis.de/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=389&id=406988 (Zugriff am 7.12.2021).

Landkreis Saarlouis/ Natalie Sadik (2016): Naturnahe Spiel- und Freiraumplanung unter ökologischen Aspekten im Förderschulbereich für Kinder und Jugendliche mit komplexen Hilfebedarfen. Konzept. Unveröffentlicht.

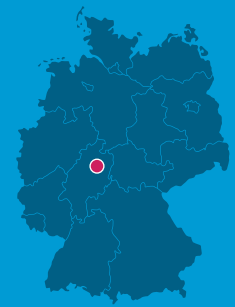


Foto: Wolf-Christian Strauss



Stadtallendorf: Inseln in der Stadt und ein grünes Band

Kurzbeschreibung: Zentrales Vorhaben im Projekt „Inseln der Stadt I“ ist die Neugestaltung eines Parks als zentraler öffentlicher Freiraum für Begegnung und Sport. Der Park liegt in Stadtallendorf Süd, einem Programmgebiet der Sozialen Stadt (jetzt: Sozialer Zusammenhalt). Die Maßnahmen qualifizieren die Freiraum- und Grünqualitäten der Stadt. Der Ausbau der Wegeverbindungen fördert die Mobilität im Nahbereich (Fuß- und Radverkehr).



Beteiligung: Planung und Umsetzung des Vorhabens richten sich an den Wünschen und Bedarfen der Quartiersbewohnerschaft aus. Dabei gelingt eine breite Beteiligung, die u.a. ältere Migrant*innen und Jugendliche mobilisiert.

Koordination und Förderung: Für die Maßnahmen hat der Magistrat der Stadt Stadtallendorf Städtebauförderungsmittel aus dem Programm Soziale Stadt (heute: Sozialer Zusammenhalt) eingesetzt. Nach Auslaufen der ersten Förderperiode wurde auf Antrag des Magistrats der Stadt die Programmumsetzung fortgeführt und auf das Vorhaben „Inseln der Stadt II“ ausgeweitet. Damit werden die Grünzugvernetzung ausgebaut und die Grün- und Freiflächenpotenziale der Stadt noch umfassender erschlossen.

Historie der Stadt prägt Städtebau und Bevölkerungsstruktur

Das Mittelzentrum Stadtallendorf ist mit seinen 22.500 Einwohner*innen eine kreisangehörige Stadt im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Nächstgelegenes Oberzentrum ist Marburg in ca. 20 km Entfernung. Durch die industrielle Nachnutzung der einstigen Sprengstoffwerke entwickelte sich die Stadt in den Jahren des Wirtschaftswachstums zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort in der Region und im weiteren Verlauf zur Modellstadt „Industrie im ländlichen Raum“ (Magistrat der Stadt Stadtallendorf 2019). Bis heute bietet die Stadt eine Vielzahl industrieller Arbeitsplätze und übernimmt eine wichtige Aufgabe als Arbeitsort in der Region. Die Historie und Funktion der Stadt prägen deren soziodemografische Struktur und städtebauliche Situation. Zum einen ist das Stadtbild sehr heterogen: Neben dem alten Dorfkern und Einfamilienhausgebieten dominieren Zeilenbauungen der 1950er- bis 1980er-Jahre. Ein Stadtzentrum fehlte über lange Zeit. Die Siedlungsstrukturen werden durch Industrieanlagen und Verkehrsinfrastruktur zerschnitten. Die Stadtentwicklung orientierte sich über weite Zeiträume vorrangig an den Anforderungen von Industrie und Autoverkehr. Aufgrund der spezifischen Entstehungsgeschichte der Stadt

Stadtallendorf ist das Wegenetz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen lückenhaft.

Zum anderen ist die Stadt seit den 1960er-Jahren durch Zuwanderung geprägt und bezeichnet sich selbst als typische „Arrival City“ (Magistrat der Stadt Stadtallendorf 2019). Der Begriff der „Arrival City“ oder „Ankunftsstadt“ wird von kommunalen Akteuren häufig verwendet, um auf den kosmopolitischen Charakter und die Weltoffenheit einer Stadt zu verweisen (vgl. bpb 2018). Eine Mehrheit der Bevölkerung in Stadtallendorf hat eine Migrationsgeschichte. In der Stadt leben rund 70 Nationalitäten, ein Viertel der Gesamtbevölkerung hat keinen deutschen Pass – in einzelnen Quartieren wächst dieser Anteil auf 40 bis 50 Prozent. Gleichzeitig ist die sozioökonomische Situation der Bewohnerschaft schwierig: Stadtallendorfer*innen verfügen im landesweiten Vergleich über weniger Wohnfläche und haben weniger Geld zur Verfügung. Die Kinder- und Jugendarmut sowie der Anteil der Arbeitslosen und der Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen sind erhöht. Diese sozialen Problemlagen kumulieren bei Bewohner*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Jugendlichen (Magistrat der Stadt Stadtallendorf 2019).



Foto: projekt.stadt Markus Hirth

Neue Freiraumqualitäten in Stadallendorf Süd durch die Neugestaltung des Heinz-Lang-Parks

Impuls durch Städtebauförderung

Im Jahr 2000 setzte der Magistrat der Stadt mit der Mitwirkung am Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ einen neuen Impuls für die Verbesserung der Umweltbelange auf lokaler Ebene. Stadallendorf ist die erste kreisangehörige Stadt in Hessen, die in das Programm aufgenommen wurde.

Erstes Programmgebiet war das Projektgebiet „Inseln der Stadt I“ in Stadallendorf Süd. Es wurde von 2000 bis 2018 gefördert und umfasst ein Viertel der Kernstadt. Auf dem südlich der Bahnlinie gelegenen, 128 ha umfassenden Areal leben rund 6.700 Einwohner*innen. Die einzelnen, teils stark durchgrünten Siedlungen im Fördergebiet „schwammen“ teils beziehungslos als Siedlunginseln im Stadtraum und orientierten sich auf die automobilen Erschließungsachse. Wichtige gesamtstädtische Infrastrukturen liegen in diesem Projektgebiet – dazu gehören das Jugendzentrum und der Heinz-Lang-Park.

Planung und Umsetzung auf Augenhöhe – erfolgreiche Beteiligung, niedrigschwellig und vor Ort

Unter der politischen Federführung des Bürgermeisters sorgte die Projektleitung, das Planungsbüro projekt.stadt, erfolgreich dafür, dass öffentliche

Freiräume neugestaltet, Spiel- und Sportanlagen neu geschaffen bzw. aufgewertet, Wegeverbindungen ausgebaut und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Räumen verbessert wurden. Die umfassende Sanierung und Neugestaltung des Heinz-Lang-Parks zu einem zentralen Begegnungsraum für Stadallendorf stellte hierbei eine Kernmaßnahme dar.

Für die Entwicklung des Heinz-Lang-Parks bezog das Planungsbüro projekt.stadt die Bewohnerschaft durch ein umfangreiches und aufwändiges Verfahren in die Planung ein. Um eine möglichst breite Beteiligung zu realisieren und auch Gruppen einzubinden, für die klassische Planungswerkstätten und die abstrakte Befassung mit Umweltbelangen eine Beteiligungshürde darstellen, konzipierte es beispielsweise ein Planungsfest im Heinz-Lang-Park. Damit wurde der Ort der Beteiligung direkt ins Zentrum des Themas gelegt. Einen ganzen Tag bespielte das Planungsbüro in Kooperation mit dem Quartiermanagement den Park. In einem Planungszelt, das im Laufe des Tages durch den ganzen Park „wanderte“, erläuterten die Planenden das Neugestaltungskonzept leicht verständlich und eröffneten die Diskussion darüber. Hierdurch begaben sich die Planenden auf Augenhöhe mit den Nutzer*innen des Parks und vermittelten Bedarfe und Möglichkeiten zur Qualifizierung der Freiraum- und Grünflächenpotenziale

einfach und direkt. Die vielfältigen Anregungen der Besucher*innen wurden festgehalten. Die auf Basis dieser Ergebnisse geänderte Planung stellte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Quartiermanagement im Rahmen eines Straßenfestes erneut vor und unterzog es der kritischen Prüfung durch die Bewohnerschaft. Das Verfahren war sehr erfolgreich: Viele auch bislang schwerer zu erreichende Gruppen, z.B. ältere Migrant*innen, wirkten am Planungsprozess mit.

Zusätzlich setzte das Quartiermanagement in Kooperation mit dem Planungsbüro sowie örtlichen Einrichtungen und Trägern spezifische Beteiligungsformate für junge Menschen erfolgreich um: Für die Planung eines Platzes zum Skaten („Skateplaza“) luden sie jugendlichen Nutzer*innen zu speziellen Workshops ein. Zur Planung eines Spielplatzes im Heinz-Lang-Park führten sie mehrere kinderspezifische Planungswerkstätten in Schulen und Kitas durch. Insgesamt drei Schulklassen (zwei 3. Klassen und eine 4. Klasse) sowie eine Gruppe des Katholischen Kindergartens Süd wirkten am Beteiligungsprojekt mit. Die Kinder waren eingeladen, ihre Ideen und Wünsche zu zeichnen. „Wie soll der Spielplatz aussehen? Was möchtest du dort gerne spielen? Welche Abenteuer willst du dort erleben?“ Spielerisch wurde Umweltbildung betrieben. Die Stadt dokumentierte und veröffentlichte die Ergebnisse dieser Beteiligungsphase. Sie bildeten die Grundlage für eine Ausschreibung. Unter circa 20 Angeboten wählte die Stadt denjenigen Entwurf aus, der den Vorstellungen der Kinder am nächsten kam. Am Tag der Einweihung lud der Bürgermeister alle Kinder ein, die an der Planung beteiligt waren. Bis heute stößt der Spielplatz auf breite Zustimmung – über die Stadtgrenzen hinaus.



Neuer Spielplatz im Heinz-Lang-Park



Foto: projekt.stadt Markus Hirth

Bürgerpartizipation bei der Planung des Parks

Förderkontinuität und kontinuierlicher Planungsprozess

Ende des Jahres 2016 beantragte der Magistrat der Stadt erfolgreich die erneute Aufnahme von Stadtallendorf in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt – jetzt Sozialer Zusammenhalt. Die neuen Projektgebiete schließen an das Projektgebiet „Inseln in der Stadt I“ an und ergänzen dieses. Das neue Projekt „Inseln in der Stadt II“ erweitert die Städtebauförderung auf nahezu die ganze Kernstadt. Im Fokus der laufenden Maßnahmen steht die Verbesserung der Freiraum- und Grünqualitäten, die bereits ein Handlungsschwerpunkt im Projekt „Inseln in der Stadt I“ waren. Der Ausbau und die Verknüpfung der vorhandenen Grün- und Freiraumpotenziale bilden auch im neuen Fördergebiet einen Schwerpunkt. Als zentrales Ordnungselement wird im Integrierten Handlungskonzept für das Projektgebiet „Inseln der Stadt II“ das „Grüne Band“ beschrieben. Die laufenden Maßnahmen betreffen den Aufbau der zentralen Nord-Süd-Grünachse und ergänzender „Grünsschleifen“. Im Ergebnis sollen bestehende, aufzuwertende und neu zu schaffende Grün-, Frei-, Spiel- und Sportflächen miteinander verbunden werden. Gleichzeitig sollen die innerstädtischen Grünpotenziale mit dem angrenzenden hochwertigen Landschaftsraum verbunden werden. Dabei spielen durchgehend barrierefreie Wegebeziehungen ebenfalls eine wichtige Rolle.

Zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Planungsprozesses und eines niedrighschwelligen Beratungsansatzes gibt es ein Projektbüro Soziale Stadt (Quartiersmanagement): Der als „Südstadt Kiosk“ bezeichnete Ort ist selbst ein Projekt (Magistrat der Stadt Stadtallendorf 2019): Es handelt sich um eine



Foto: projekt.stadt Markus Hirth

Open-Air-Kino im Heinz-Lang-Park

Freizeithalle, die u.a. als Sport- und Boxcamp genutzt wird. Die personelle Ausstattung des Projektbüros ist dabei „atmend“ eingerichtet. Es ist mit einem Sozialpädagogen an zwei halben Tagen pro Woche fest besetzt. Zusätzlich unterstützen Honorarkräfte bei speziellen Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren. In einzelnen Phasen des Projekts rückt das Projektbüro zusätzlich als „wanderndes Büro“ näher an bestimmte Quartiere und deren Anwohnerschaft heran. Es ist unmittelbar vor Ort, indem es andere Räumlichkeiten oder einen VW-Bus nutzt.

Rückendeckung der Verwaltungsspitze und Kommunalpolitik

Für die Zusammenarbeit der verwaltungsinternen und -externen Beteiligten gibt es eine Projektkonferenz. Diese tagt mindestens zweimal jährlich. In ihr sind die wesentlichen Akteure vertreten: Soziale Träger und Verbände, Kirchen, Schulen, Kitas, Vereine und Wohnungswirtschaft sowie die Stadtverwaltung, der Landkreis Marburg-Biedenkopf und die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Zusätzlich werden Anwohner*innen in die Projektkonferenz berufen.

Zur Abstimmung und Koordinierung aller Aktivitäten, die das Projektgebiet betreffen, existiert eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe. Neben den Vertreter*innen aus allen Fachbereichen und den Eigenbetrieben nehmen der Bürgermeister und die

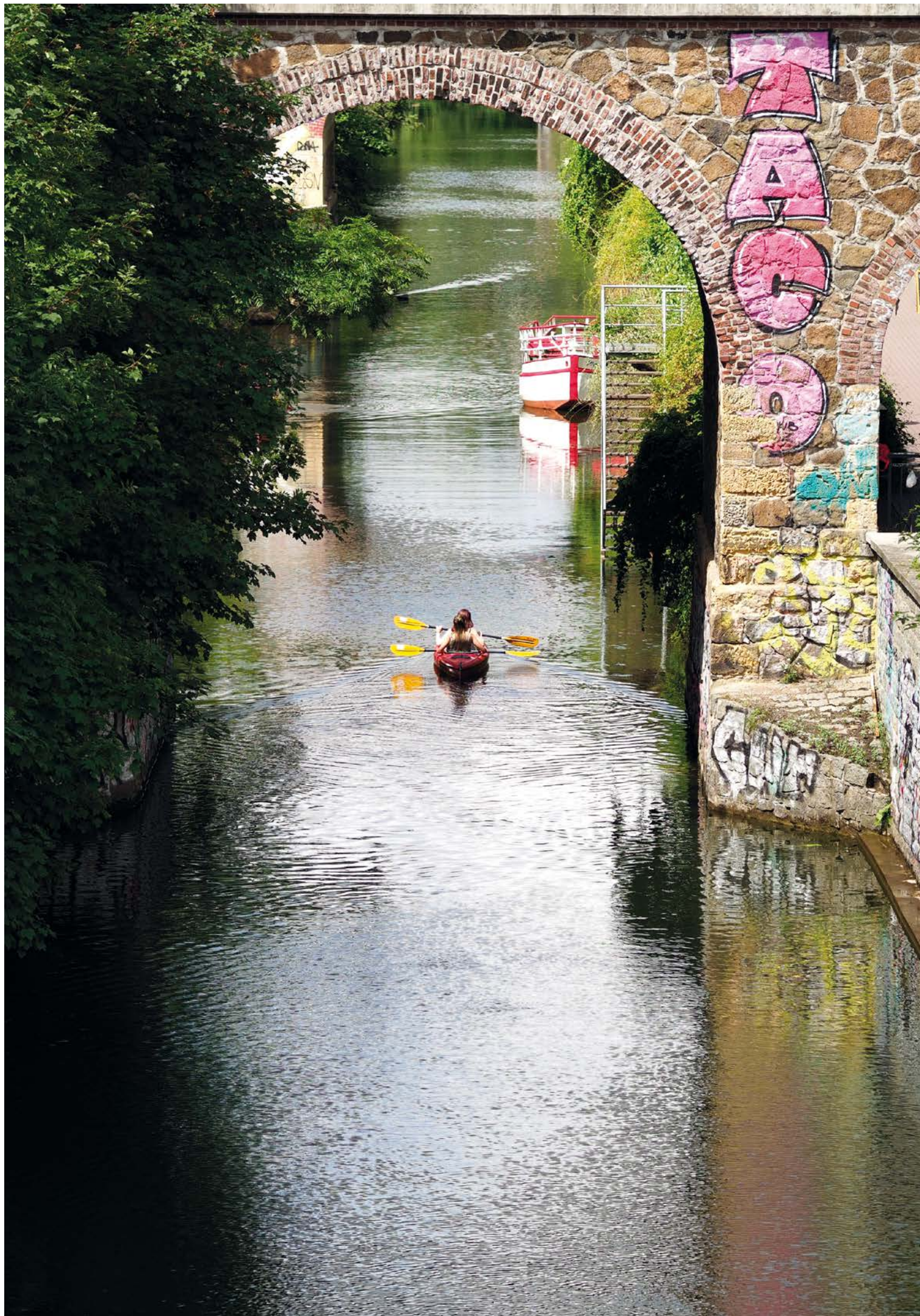
Projektleitung daran teil. Die Koordinierungsrunde trifft sich mindestens alle zwei Monate.

Auch mit dem Landkreis gibt es eine verbindliche Kooperation: Die im Zusammenhang mit dem Projekt „Soziale Stadt Inseln in der Stadt I“ und den Projekten des Europäischen Sozialfonds erprobte Zusammenarbeit mit regelmäßigen Abstimmungstreffen setzt auch das Projekt „Inseln der Stadt II“ fort. Es finden mindestens vier Abstimmungstreffen pro Jahr statt.

Quellenverzeichnis

Magistrat der Stadt Stadtallendorf (Hrsg.) (2019): Soziale Stadt Stadtallendorf Inseln in der Stadt II, Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept, Stadtallendorf (Bearbeitung: Markus Hirth et al.).

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2018): Dossier vom 9.7.2018, Schmidt, Katharina, „Arrival Cities“ – Ankommen in Deutschland? Das Konzept „Ankunftsstadt“ und seine Übertragbarkeit. Berlin. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216878/konzept-ankunftsstadt.htm> (Zugriff am 26.10.2021).





► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/